

maximum overdrive

Zeitschrift für den sexuellen Kampf der Jugend, geistiges Nomadentum und die ravende Revolution

---



IN EINER DUNKLEN GASSE IN CHINA TUN NICHT WEIT VON DEN DOCKS...



IN DIESER FINSTEREN KASCHEMME HABEN SICH DIE SITUATIONISTEN VERSAMMELT.



# START



#### TRUE STORIES

Neues aus den AStA-Reservaten: *Uli Franke* rettet die AStA-Gelder (4), *Klaus Dapp* kämpft um freie Fahrt für freie Studis (9), *Susanne Schuckmann* turns the Radio on (11), *Uli Franke* und *Christian Hözel* setzen sich mit Theorie und Praxis des Wählens auseinander (12), *Marcus Gottsleben* und *Malte Plath* kommentieren den Aufstand alter Männer im Konvent (15), *Christian Hözel* zeigt Fotosensationen des letzten AStA-Ausflugs in unsere ehemalige Hauptstadt (18).

#### POLITIK

Deutsche Tugenden 95-96 analysiert von Volkskommissar *Mostafa Darwish-Mostafa*. (21). Wie toll ist die SPD? fragt *Georg Fülberth* (23). Kick and rush mit *Andreas Klärner* und *Christof Meueler* und der deutschen Reaktion (27). Halts Maul Dummheit fordert der AStA der Uni Augsburg (30). Geheimnisse über die Arbeitslosigkeit - eine nichtveröffentlichte Studie des Bundesverbandes der Arbeitgeber, anonym veröffentlicht in der "TAZ" (35). Politische Gefangene in der Türkei, ein Bericht von *Aylin Deniz* (36). Verbraucher und Benutzer vereinigt euch! *Harald Hellweg-Mahrt* sampelt das neue Buch der beiden letzten deutschen Kommunisten (42).

#### KULTUR

Phallus Overkill - wenn Angst erigiert: Toilettengänge von *Andreas "Reich" Klärner* und *Christof "Kolle" Meueler* (47). Impressum (50). Kampf gegen Windmühlen im Kinderzimmer. Ein Kriminalroman von *Andreas Klärner* frei nach *Herbert Marcuse* (51). Born to be wild: der Volkskommissar zeichnet aus der Welt des Computer-Fachhandels (54). Rockmusik - schlimmer als Krebs? Nachtschwester *Meueler* und Dr. med *Paulo* berichten aus der Forschung (56). Wie werde ich meine eigene Supermacht? Skizzen aus der Hobbythek (58).

# INHALT



## Wir sind nicht bankrott! Zum Jahresabschluß der Studierendenschaft.

Der im November '95 fertiggestellte Jahresabschluß der Studierendenschaft und ihrer gewerblichen Referate (Schloßkeller, Druckerei, Kopierer, Papierladen, Busverleih) für das vergangene Haushaltsjahr (1.7.1994 bis 30.6.1995) ist im gewerblichen Bereich schlechter ausgefallen als erwartet. Ich habe deshalb die Entwicklung in diesen Bereichen sehr gründlich analysiert, weshalb ich meinen Bericht erst jetzt dem Studierendenparlament vorlegen und in gekürzter Version hier veröffentlichen kann. Im Gegensatz zu dem ausführlichen Bericht, der für Interessierte im AStA-Büro Stadtmitte erhältlich ist, verzichte ich in dem folgenden Artikel auf eine detaillierte und zahlenreiche Darstellung, die den Rahmen eines Zeitungsbeitrags und die Geduld der Leserinnen übersteigen würde. Wer meine Ergebnisse nicht nur überblicken, sondern nachvollziehen will, muß sich in den ausführlichen Bericht einarbeiten.

### 1. Allgemeine Situation

Der politische Bereich der Studierendenschaft konnte trotz weiter gesunkener Studierendenzahlen den hohen Betrag von 151.600DM in seine Rücklagen einstellen. Aus finanzieller Sicht ist dieses Ergebnis positiv zu werten, aus politischer Sicht weist es jedoch auf nach wie vor zu niedrige politische Aktivität der Studierenden in allen Bereichen hin.

Bei den gewerblichen Referaten ergibt sich ein anderes Bild. Alle Geschäftsbereiche haben mit einem unerwartet hohen Verlust abgeschlossen. Der Schloßkeller hat ein Minus von 41.500DM, der Laden von 8.800DM, der Busverleih von 18.300DM, die Kopierer von 3.800DM und die Druckerei von 13.200DM. Insgesamt beläuft sich der Verlust der gewerblichen Bereiche also auf 85.600DM.

Neben spezifischen Gründen, die für jeden Bereich einzeln betrachtet werden, gibt es allgemeine Tendenzen, die den gewerblichen Bereich unter Druck setzen:

1. Das Sinken der Zahl der Studierenden und insbesondere der Zahl der Erstsemester führt zwangsläufig zu einer Umsatzsenkung.
2. Die verschlechterte wirtschaftliche Lage eines großen Teils der Studierenden führt zu einer sparsameren Haltung der Betroffenen und damit ebenfalls zu Umsatzeinbußen.
3. Bisher wurden nicht alle Möglichkeiten zur ständigen Kontrolle der Betriebsergebnisse ausgeschöpft, so daß sich die Reaktion auf veränderte Angebots- und Nachfragesituationen unnötig verzögerte. Insofern kann der jetzige Einbruch als Folge versäumter Preiserhöhungen oder Strukturänderungen seit 1994 gesehen werden.

Die Ergebnisse sind allerdings kein Grund zur Verzweiflung. Ich bin zuversichtlich, daß die gewerblichen Referate durch die jetzt erfolgenden Reaktionen zwar noch nicht in diesem, jedoch im kommenden Haushaltsjahr 96/97 entweder nahezu ausgeglichene oder positive Ergebnisse erzielen werden.

Außerdem wird in Bezug auf den ersten Punkt der obigen Aufzählung eine baldige Trendwende prognostiziert, und in Bezug auf den dritten Punkt plane ich, bis zum Ende meiner Amtszeit gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen der gewerblichen Referate und der Geschäftsführung ein Kontrollsystem zu entwickeln.

### 2. Das Personal und seine Kosten

Im Sekretariat und der Geschäftsführung des AStA sind insgesamt fünf Personen beschäftigt: eine allgemeine Geschäftsführerin, ein Buchhalter, eine Sekretärin im Büro Stadtmitte und zwei im Büro Lichtwiese. Die beiden Angestellten in der Geschäftsführung arbeiten je 30 Stunden und die Sekretärin in der Stadtmitte 25 Stunden pro Woche, die Bezahlung und die Urlaubsregelung erfolgen in Anlehnung an

den BAT, erstere entspricht in etwa dem Grundgehalt der Stufe IVa/b ohne Zuschläge. Die beiden Sekretärinnen auf der Lichtwiese teilen sich 15 Wochenstunden und werden etwas über dem HiWi-Satz bezahlt, die Lohnerhöhung erfolgt jedoch in Anlehnung an den BAT und nicht an den HiWi-Tarif. Die Kosten dieser Angestellten (ca. 177.000DM) werden zwischen dem gewerblichen und dem politischen Bereich aufgeteilt.

Im politischen Bereich kommen die Aufwandsentschädigungen der AStA-Referentinnen (maximal 600DM pro Monat, insgesamt knapp 70.000DM) hinzu, die der AStA natürlich alleine trägt. Desweiteren gibt es einen Archivar mit 10 Stunden und seit Mitte 1995 einen Computer-System-Verwalter mit 12 Stunden monatlich, die beide mit dem HiWi-Lohn bezahlt werden.

Der Busverleih und die Kopierer werden von der AStA-Geschäftsführung und den Sekretariaten betrieben. Der Papierladen (sieben Personen) und die Druckerei (fünf Personen) sind als Kollektive konstituiert, die den Betrieb weitgehend selbst organisieren. Das über dreißig Personen umfassende Schloßkeller-Kollektiv hat bestimmte Funktionen und Verantwortlichkeiten auf zur Zeit fünf Geschäftsführerinnen verteilt, die von der aus allen Mitgliedern bestehenden Thekensitzung bestimmt werden. Bis auf die Schloßkeller-Geschäftsführung sind die im gewerblichen Bereich arbeitenden Angestellten stundenweise eingestellt. Alle erhalten für ihre Selbständigkeit und Initiative erfordernde Arbeit einen relativ geringen Stundenlohn in der Größenordnung des HiWi-Lohns.

In den vergangenen drei Jahren erhöhten sich die Gehälter des fest angestellten Personals entsprechend den ÖTV-Tarifverträgen, die Löhne der gewerblichen Kollektive stiegen mit dem HiWi-Satz. Anfang '95, also zur Mitte des betrachteten Haushaltsjahres, mußte die Stundenzahl der beiden Geschäftsführerinnen von 25 auf 30 Stunden dem gestiegenen Aufwand angepaßt werden. Dieser plötzliche Sprung machte sich im Ergebnis der gewerblichen Referate deutlich bemerkbar (insbesondere im Laden, Schloßkeller und Busverleih). Im Vergleich zum vorhergehenden Haushaltsjahr stiegen die Gehälter der Geschäftsführung um 19% und die der Sekretariate um 6%.

Die Faktoren, die die Verteilung der Personalkosten zwischen dem politischen Bereich und den gewerblichen Referaten regeln, wurden nach einer genauen Aufwandsanalyse ebenfalls Anfang '95 zum Nachteil der gewerblichen Bereiche aufwandsgerecht verändert. Die aufwandsgerechte Verteilung ist jedoch nicht die

einzig rechtfertigbare Verteilungsmethode: Erstens ist es nicht selbstverständlich, daß die gewerblichen Bereiche die fixen Personalkosten voll mittragen müssen, da diese Kosten im politischen Bereich ohnehin anfallen würden (beispielsweise hätten die Sekretariate mit oder ohne Busverleih die gleichen Öffnungszeiten), und zweitens liegt es durchaus im Rahmen der kulturellen und sozialen Aufgaben der Studierendenschaft, wenn der Schloßkeller, der Busverleih oder der AStA-Laden zumindest vorübergehend zusätzlich gefördert werden.

Aufgrund solcher Überlegungen hat der AStA beschlossen, die Kostenanteile des Papierladens und des Schloßkellers am Sekretariat (nicht Geschäftsführung!) wegen Geringfügigkeit zu streichen und dem politischen Bereich anzurechnen. Für die drei Bereiche mit nennenswertem Anteil (Busverleih, Druckerei und Kopierer) schien dies nicht sinnvoll, da Subventionen auch dann sichtbar bleiben sollen, wenn sie politisch gewünscht werden. Es wurde beschlossen, die Sekretariatsanteile dieser Bereiche im Verwaltungshaushalt anzusetzen, um sie bei Bedarf aus den Geldern der Studierendenschaft zu übernehmen. Im Studierendenparlament wird dieser Vorschlag bei der Beschlußfassung über den nächsten Haushalt diskutiert werden.

### 3. Der politische Bereich

Im Gegensatz zu den gewerblichen Referaten, die sich im Prinzip selbst tragen sollen, wird der politische Bereich der Studierendenschaft aus den Beiträgen der Studierenden (14DM pro Semester) finanziert. Die Beiträge für das Semester ticket (1994/95: 39DM) gehören formal auch dazu, sie laufen jedoch direkt an die DDV durch und brauchen nicht weiter betrachtet zu werden. Im wesentlichen umfaßt der politische Bereich die Personal- und Sachkosten der AStA-Referate (1994/95: Hochschule, Kultur, Soziales, Information, Ökologie, Verkehr, Finanzen, Projekt Internationale Beziehungen, Frauen, Ausländerinnen, Fachschaften), den Druck von AStA-Publikationen, Veranstaltungen-Honorare, die Unterstützung der Fachschaften und verschiedene Serviceleistungen von Rechtsberatung bis zur Unterstützung der Krabbelstube.

In der Soll-Ist-Liste auf der folgenden Seite ist in den Spalten von links nach rechts die Bezeichnung des Haushaltstitels, der Ansatz im Haushaltsplan 94/95 und der tatsächlich ausgegebenen Betrag angegeben. Die Ansätze für die gewerblichen Referate wurden weggelassen, da sie hier nur durchlaufende Posten sind und die Ergebnisse in den fol-

genden Kapiteln ausführlich diskutiert werden. Im Gegensatz zu anderen Studierendenschaften ist unser Haushaltsplan nur nach Kostenarten aufgeschlüsselt (Ausnahme: 'Fachschaften'), da durch die Vergabe von Kostenstellen, z.B. an die einzelnen Referate oder die Fachschaften, die Entstehung eines Verteilungskampfes bei der Haushaltsaufstellung gefördert würde, und die erstrittenen Mittel dann von den 'siegreichen' Kostenstelle möglicherweise wenig sparsam verwaltet werden, während Geldmangel die Aktivität anderer Kostenstellen bremst.

Doch nun einige Bemerkungen zu einigen Entwicklungen im politischen Bereich. Die zur Bestimmung der studentischen Beiträge auf durchschnittlich 17.800 geschätzte Zahl der Studierenden wurde um über 500 unterschritten, was auch im laufenden Haushaltsjahr wieder der Fall sein wird.

Der Hauptgrund für die überplanmäßig hohen Rücklagen liegt in der niedrigen politischen Aktivität der Studierenden. Dies wird deutlich an den unterausgeschöpften Posten der Aufwandsentschädigungen (AEs) der AStA-Referate (22%), der Reisekosten (27%), der Deckungsreserve (52%) und vor allem der Fachschaften (51%). Bei den Fachschaften ist allerdings anzumerken, daß die mittlerweile durchweg von den Fachbereichen bzw. selbst finanzierten Orientierungswochen eine erhebliche und erfreuliche Entlastung für die Studierendenschaft bedeuten.

Die bei der Telekommunikation erwartete Tendenz vom Postum zum Telefon hat stattgefunden: die Telefonkosten sind absolut um 3.000DM gestiegen, die Portokosten sind um 1.400DM gefallen. Es zeigt sich, daß der Umstieg zur FAX-Kommunikation den Umfang der Kommunikation und damit die Gesamtkosten ansteigen läßt. Bei der Kostensteigerung ist auch zu berücksichtigen, daß der AStA THD sich als hessischer FAX-Verteilerknoten der ASten zur Verfügung gestellt hat.

Die Überschreitung des Kulturetats um 70% hat seine Ursache darin, daß im betrachteten Haushaltsjahr zwei Hochschulfeste stattfanden. Die Mehreinnahmen bei dem Haushaltsposten 'Veranstaltungen' gleichen diese Überschreitung weitgehend aus. Der Informationsetat ist insgesamt unterausgeschöpft. Der hohe Betrag bei den Publikationen entstand vor allem durch die 'Internationale Stimme', was jedoch durch den nicht mehr so häufig erscheinenden und dünneren Hochdruck ausgeglichen wurde. Investitionen sind alle Anschaffungen über 800DM. In diesem Haushaltsjahr

war die Investition ein Computer.

Die bei der Krabbelstube fehlenden 800DM weisen nicht auf mangelnden Bedarf hin, sondern beruhen auf Abstimmungsschwierigkeiten. Sie sind mittlerweile überwiesen.

#### 4. Papierladen

Bis Ende 1991 mußte der Papierladen eine einige Jahre dauernde Mensa-Umbau-Phase in einem provisorisch eingerichteten Bauwagen überbrücken. In dieser Zeit hatte er ca. 40.000DM (30% des

Umsatzes) aus den Geldern der Studierendenschaft erhalten, die jedoch auf einem Verrechnungskonto als Schulden an den politischen Bereich weitergeführt wurden. Seitdem konnte er wieder Gewinn erzielen und begann damit, seine Schulden beim AstA abzubauen.

Im Haushaltsjahr 93/94 war der Papierladen noch der prosperierendste Geschäftsbereich der Studierendenschaft. Bis zum Bekanntwerden des Verlusts von 8.800DM hatten wir mit einem zumindest ausgeglichenen Ergebnis gerechnet, da beim Alltagsbetrieb keine wesentli-

che Änderungen spürbar waren. Die Gewinne der vergangenen zwei Jahre sind jetzt wieder aufgezehrt, so daß der Laden nun wieder mit der vollen 'Bauwagen-Hypothek' dasteht.

Drei Entwicklungen sind als Ursachen für das im Vergleich zum Vorjahr um 11.000DM verschlechterte Ergebnis auszumachen:

1. Eine deutliche Umsatzverringering schmälerte den Gewinn um ca. 4.500DM. Dabei ist bemerkenswert, daß der Umsatz pro Studentin und pro Erstsemester in etwa gleich blieb, obwohl die Umstellung im Maschinenbau-Grundstudium vom Handzeichnen zum CAD Umsatzeinbußen von ca. 10.000DM für die 'MPZ-Sets' bewirkte.

2. Die oben erwähnte Erhöhung der Stundenzahl in der Geschäftsführung brachte 2.500DM Mehrkosten.

3. Die Spanne zwischen Ein- und Verkauf ist beständig gesunken, was mit 6.000DM den dicksten Brocken der Einbußen ausmacht. Diese Tendenz ist nur zum kleineren Teil durch eine zu langsame Anpassung an veränderte Einkaufspreise verursacht. Das Hauptproblem bei der Preisgestaltung sind die Preise der Konkurrenz, die wegen ihrer viel größeren Abnahmemengen günstigere Einkaufspreise bekommt. Schließlich kann sich auch die (quantitativ unbekannt) Diebstahlquote auf den Preisfaktor ausgewirkt haben.

Dennoch werden die Preise zur Zeit systematisch überprüft, mit dem Ziel, ein im Vergleich zur Konkurrenz preiswerteres Angebot zu gestalten, das andererseits eine tragfähige Grundlage für die Existenz des Ladens bietet. Wenn es möglich ist, ohne größere Umsatzeinbußen die Preise durchschnittlich um 10% anzuheben, wird der Laden in Zukunft mit ausgeglichenem Ergebnis arbeiten können.

Obwohl die Personalkosten des Ladenkollektivs keine wesentliche Ursache für den Verlust sind, hat das Kollektiv beschlossen, bis auf weiteres nur einen Teil ihrer Sitzungen als Arbeitszeit aufzuschreiben. Eine weitere relativ kleine Reduzierung der Personalkosten bringt die Streichung des Anteils an den Sekretariatskosten.

Nach meiner Einschätzung liegt die Ursache für die Umsatzeinbußen nicht in der Werbung oder dem schlechten Angebot des Ladens, sondern in den einflussreich genannten allgemeinen Tendenzen bezüglich der Studierendenzahlen und ihrer Kaufkraft. Die Studierendenzahlen sind gerade im Maschinenbau und der Elektrotechnik stark geschrumpft, was den Papierladen besonders trifft, da die-

## Soll-Ist-Liste 95/96

### EINNAHMEN

Titel	Ansatz	Realisiert
1.1. Beiträge der Studierenden		
1.1.1. Studentische Selbstverwaltung	498.400	486.717
1.1.2. Semester-Ticket	1.388.400	1.346.658
1.2. Zuführung aus dem Vermögenshaushalt	0	0
1.3. Kapitalertrag	1.500	3.685
1.4. Förderung Akademisches Auslandsamt	2.000	2.568
1.5. Veranstaltungen	30.000	56.461
1.6. Internationale Studierendenausweise	15.000	14.772
1.7. Außerordentliche Erträge	100	611
1.7.1 Darlehensrückzahlung	1.500	1.400
1.8. Sprachlehrprogramm	49.000	41.675

### AUSGABEN

2.1. Personalkosten		
2.1.1. Aufwandsentschädigung AstA	86.400	67.080
2.1.2. Löhne und Gehälter	110.000	106.242
2.2. Material	5.100	3.068
2.3. Telekommunikation		
2.3.1. Porto	6.000	2.404
2.3.2. Telefon/FAX	10.000	10.524
2.4. Reisekosten	9.000	6.525
2.5. Reparaturen und kleinere Anschaffungen	5.500	1.184
2.6. Versicherung	3.000	1.588
2.7. Zuschüsse und Beiträge	3.000	1.018
2.8. Kapitalaufwand	1.000	411
2.9. Sonstige Geschäftskosten	1.000	2.082
2.10. Kultur	40.000	68.513
2.11. Information		
2.11.1. Abonnements/Bücher	7.000	5.898
2.11.2. Zeitung der Studentinnenschaft	45.000	20.149
2.11.3. Publikationen des AstA	8.000	21.518
2.11.4. Informationsveranstaltungen	6.000	4.147
2.12. Fachschaften	77.000	37.775
2.13. Deckungsreserve	20.000	9.535
2.14. Studierendenparlament	2.000	476
2.15. Rechtshilfe		
2.15.1. Rechtsberatung	10.200	10.200
2.15.2. Gerichtskosten	7.000	977
2.16. AusländerInnenausschuß	2.000	2.568
2.17. Internationale Studierendenausweise	11.250	11.059
2.18. Förderverein	5.750	5.750
2.19. Krabbelstube	2.800	2.000
2.20. Außerordentlicher Aufwand	6.000	2.993
2.21. Sprachlehrprogramm	50.500	43.175
4.1. Investitionen	7.000	6.013
2.26. Semester-Ticket	1.388.400	1.346.658

se Studiengänge in den ersten Semestern recht materialintensiv sind. Ich fürchte, daß sich an den Umsätzen des Ladens solange nicht viel ändern wird, bis die Zahl der Studierenden wieder steigt und sich deren wirtschaftliche Situation verbessert. Mittelfristig muß daher der Ausgleich über den Preisfaktor im Zentrum der Bemühungen stehen.

## 5. Busverleih

Ein erheblicher Teil des buchhalterischen Verlusts von 18.300DM ist gar keiner: die Reparaturkosten eines Versicherungsfalles in Höhe von 6.400DM wurden fälschlicherweise nicht als Forderung, sondern als Kosten verbucht. Somit bleiben nur ca. 11.000DM Verlust übrig. Der durch diesen Verlust entstandene negative Verrechnungsbetrag von 9.000DM gegenüber dem AStA wird durch den Verkauf des abgeschriebenen Pritschenwagens reduziert, so daß in den kommenden Jahren noch ca. 5.000DM (12% des Umsatzes) 'abzutragen' sind.

Der Busverleih ist zum einen deswegen in die Verlustzone geraten, weil ihm erst seit ungefähr zwei Jahren aufwandsgerecht ein Anteil von 3.500DM an den Sekretariatskosten angerechnet wird. Ein weiterer Grund ist die leichte Umsatzsenkung um 7,5%, die nicht durch die Anzahl der Ausleihen, sondern durch ihre Dauer und die zurückgelegten Strecken begründet ist.

Die Anfang dieses Jahres in Kraft getretene Preiserhöhung ist so kalkuliert, daß bei gleichbleibenden Verleihdaten die Einnahmen um ca. 9.000DM steigen. Ein Preisvergleich mit der Konkurrenz hat gezeigt, daß der AStA nach wie vor die günstigsten Preise bietet und daher der Sinn unseres Busverleihs nicht in Frage gestellt ist.

Wegen des neuen Fahrzeugs (der Pritschenwagen wurde durch einen Kastenwagen ersetzt) sind bei den Reparaturen und den Versicherungsbeiträgen geringere Kosten zu erwarten. Andererseits ist der Abschreibungsbetrag durch die Neanschaffung deutlich gestiegen.

Wenn die Preiserhöhung nicht ausreicht, um den Busverleih wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen, könnte der AStA, wie eingangs erwähnt, durch die vollständige oder teilweise Übernahme der fixen Sekretariatskosten den Busverleih um bis zu 3.000DM entlasten, so daß dann sicher ein positives Ergebnis erzielt würde.

## 6. Druckerei

Das Ergebnis der Druckerei muß zunächst quantitativ relativiert werden. Die

Anfang 1992 angeschaffte Sortiermaschine war die bisher größte Investition der Druckerei (73.000DM), deren Wertverlust fast ihren gesamten Abschreibungsbetrag ausmacht. Diese bis Anfang 1997 anfallenden Abschreibungen sind die Ursache der Fehlbeträge seit 1992. Die Maschine läuft noch sehr gut, so daß die Druckerinnen davon ausgehen, daß sie die Abschreibungsdauer im schlechtesten Fall um zwei Jahre überschreiten wird, ohne daß die Reparaturkosten in die Größenordnung des Abschreibungsbetrages ansteigen. Der Druckerei werden also wegen der zu kurzen Abschreibungsdauer der Sortiermaschine momentan Kosten berechnet, für die erst später - nach Ablauf der Abschreibungsdauer - Einnahmen erzielt werden.

Nach meinen auf dieser Überlegung basierenden Berechnungen reicht es, in diesem Jahr den Verlustbetrag auf 9.000DM zu reduzieren und den dann erreichten Zustand zu halten, damit der Eigenkapitalbestand in drei Jahren wieder ausgeglichen ist (natürlich unter der Voraussetzung, daß keine größere Maschine ersetzt werden muß).

Für die verschlechterte Lage lassen sich die folgenden Gründe angeben:

1. Der Umsatz für AStA- und Fachschafts-Publikationen ist moderat zurückgegangen, was wohl in erster Linie mit der verringerten Dicke und Erscheinungshäufigkeit des HochDrucks zusammenhängt. Überraschenderweise haben sich jedoch die Umsätze aus externen Aufträgen halbiert, so daß insgesamt ein Umsatzrückgang um 21% zu verzeichnen ist. Der Umsatzrückgang ist deswegen problematisch, weil zum einen ein gewisser fixer Anteil der Arbeit in der Druckerei selbst existiert, und zum anderen die Personalkosten der Geschäftsführung mittelfristig völlig unabhängig vom Umsatz sind.

2. Fast noch wichtiger als die Umsatzsenkung ist der durch enorme Erhöhungen der Einkaufspreise (Papier!) stark verschlechterte Preisfaktor.

Durch verschiedene Werbemaßnahmen soll nun der externe Umsatz wieder gesteigert werden. Zusätzlich wurden zum 1.2.96 die Preise um ca. 15% erhöht, wobei lediglich die alte Kalkulation mit den neuen Einkaufspreisen für Papier aktualisiert wurde. Diese Preiserhöhung verbessert das Ergebnis bei gleichbleibendem Umsatz um 9.000DM. Bei der Marktanalyse vor der Preiserhöhung haben wir festgestellt, daß die Preise für die in der Druckerei üblichen Auflagen von 500-2000 Stück für Flugblätter und Broschüren sehr deutlich unter den Preisen der günstigsten Konkurrenzbetriebe liegen und daß kleine Flugblattaufgaben

bereits ab 300 Stück der Konkurrenz der Copy-Shops standhalten können. Die Preiserhöhung sollte also nicht zu Umsatzeinbußen führen. Diese Preiserhöhung und die Strategie zur Umsatzsteigerung sind das wesentliche Potential der Druckerei zur Sicherung eines mittelfristig ausgeglichenen Ergebnisses.

Obwohl auch bei der Druckerei die Personalkosten des Kollektivs keine wesentliche Ursache der Probleme sind, ist geplant, durch eine kleine Änderung des Konzepts in den auftragsschwachen Monaten die fixen Personalkosten zu senken.

Nach meiner Schätzung wird im laufenden Haushaltsjahr noch ein Verlust von ca. 9.000DM entstehen, da die geplanten Maßnahmen erst zu seiner Mitte durchgeführt wurden und zum Teil nur langsam greifen. Wenn danach die Preise kontinuierlich an eventuelle weitere Einkaufspreiserhöhungen angepaßt werden und alle Maschinen in den nächsten zweieinhalb Jahren halten, wird das Verrechnungskonto der Druckerei Mitte 1998 wieder ausgeglichen sein.

## 7. Kopierer

Für das Minus des Kopierers von 3.800DM ist zu einem Teil der Umsatzrückgang verantwortlich. Dieser wiederum ist in erster Linie durch den gesunkenen Eigenverbrauch entstanden, was wohl ähnlich wie bei der Druckerei im Zusammenhang mit der rückläufigen studentischen Aktivität steht.

Weiterhin ist aber auch der Kopienpreis wichtig, der bis Anfang '95 hauptsächlich aufgrund des bis dahin eingeräumten Mengenrabatts bei ca. 8,5 Pfennigen lag. Bei der Analyse dieses Jahresabschlusses habe ich festgestellt, daß der Kopienpreis trotz des abgeschafften Rabatts auf fast 8 Pfennige gesunken ist. Nach unserem momentanen Kenntnisstand liegt dies an einem technischen Defekt oder systematischen Fehler des Münzers im Zusammenhang mit dem Sorter, infolgedessen ein Teil der Kopien zwar gezählt, aber nicht bezahlt wird. Der Sorter, der ohnehin wegen seiner Unzuverlässigkeit mehr Probleme als Vorteile brachte, wird demnächst demontiert. Durch Nachzählen der Tageseinnahmen und Vergleich mit dem Zählerstand wird in der nächsten Zeit die Korrektheit der Einnahmen kontrolliert.

Somit sollte im laufenden Haushaltsjahr ein Kopienpreis von deutlich über neun Pfennigen erreicht werden, der sich im kommenden Haushaltsjahr an den angestrebten Betrag von zehn Pfennigen annähert. Gleichzeitig wird die Miete ab Anfang dieses Jahres um 4.000DM pro

Jahr sinken, und die Abschaffung des Sorters sollte die Miete nochmals um 500-700DM verringern. Unter diesen Bedingungen werden die Kopierer bereits ab 95/96 einen erheblichen Gewinn erwirtschaften. Das zu erwartende Ergebnis in 96/97 ist bereits deutlich zu hoch, so daß dann über die Wiedereinführung von Rabatten oder die Durchführung von Sonderaktionen nachzudenken wäre.

## 8. Schloßkeller

Das Defizit des Schloßkellers, der über die vergangenen fünfzehn Jahre hinweg im wesentlichen ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftete, betrug mit 41.500DM immerhin 10% des Jahresumsatzes. Bisher bewegten sich die Verluste in der Größenordnung von 20.000DM, die dann jeweils durch ähnliche Gewinne im Folgejahr ausgeglichen wurden. Insofern ist der Verlust in 94/95 zwar außergewöhnlich hoch, jedoch nicht katastrophal. Der negative Verrechnungsbetrag zum AstA wurde von 16.000DM auf knapp 58.000DM erhöht.

Der Umsatz hat sich um 2,5% auf 410.000DM leicht erhöht. Dennoch macht sich auch beim Schloßkeller indirekt die allgemeine Umsatzschwäche in der Gastronomie bemerkbar, wie noch deutlich werden wird. Die Gründe für das schlechte Ergebnis sind zum Teil bereits aus der Diskussion der anderen Bereiche bekannt:

1. Der Preisfaktor für die verkauften Waren ging seit 1991 (2,10DM Warenerlös für 1DM Wareneinsatz) wegen der gestiegenen Einkaufspreise kontinuierlich zurück, im Vergleich zu 93/94 ist er im betrachteten Haushaltsjahr nochmals um 1,5% gesunken und steht nun bei 1,98.
2. Die gestiegenen Kosten für die Kulturveranstaltungen des Schloßkellers werden nicht durch gestiegene Einnahmen in diesem Bereich gedeckt. Entsprechend ist der 'interne Kulturzuschuß', d.h. der Transfer von Disko-Überschüssen in den Kulturbereich, nochmals um fast 5% auf 95 Pfennige pro Eintritts-DM gestiegen, nachdem er in den letzten Jahren bereits kontinuierlich gewachsen war.
3. Den dicksten Brocken der Kostensteigerungen machen der Schloßkeller-Anteil an den Personalkosten in der AstA-Geschäftsführung (13.000DM), die Erhöhung der Stundenlöhne von 14DM auf 16DM sowie die um 20% gestiegene Anzahl der Arbeitsstunden im abendlichen 'Thekendienst' aus. Die Steigerung der Arbeitsstunden ist jedoch nicht durch einen plötzlichen Produktivitätsverlust begründet, sondern in wesentlichen durch die erhöhte Anzahl der Öffnungstage und durch den vergrößerten Anteil personal-

intensiver Veranstaltungsarten (z.B. Nichtraucher- und Schwulen-Lesben-Diskos). Auf diese Weise konnte zwar, wie oben erwähnt, der Umsatz gehalten werden, jedoch nur auf Kosten erhöhten Aufwands für das Personal.

4. Bei den Sach- und Betriebskosten (Telefon, Einkauf von Tonträgern) sind ebenfalls große Steigerungsraten zu verzeichnen, die jedoch angesichts ihres geringen Anteils an den Gesamtkosten kaum ins Gewicht fallen.

Diese vier Bereiche sind für eine Verschlechterung des Vorjahresergebnisses um ca. 48.000DM verantwortlich. Dies konnte durch die Umsatzsteigerung um ca. 12.000DM und durch die gesunkenen Abschreibungen nur ansatzweise kompensiert werden.

Die erste und wichtigste Maßnahme war die Preiserhöhung vom 1.11.95 um ca. 20%, die bis dahin auf die lange Bank geschoben worden war. Da die Preise immer noch sehr deutlich unter den Preisen anderer Kneipen, geschweige denn Diskotheken, liegen (z.B. 3DM für 0,5 l Bier), sollte dadurch die Nachfrage nicht wesentlich absinken. Unter dieser Bedingung werden die Einnahmen aus dem Warenerlös um über 30.000DM pro Jahr steigen.

Desweiteren hat das Kollektiv einige organisatorische Veränderungen beschlossen (z.B. eine dünnere Besetzung bei Diskos und späteren Einlaß bei Musikveranstaltungen) und damit den Aufwand an Thekenstunden reduziert. Die geschätzte Verringerung des Aufwands um ca. 500 Stunden würde 8.000DM einsparen.

Um weiter gehende Konzeptänderungen zu diskutieren, hat der Schloßkeller eine AG gegründet, die die Kostenstruktur der verschiedenen Aufgabenbereiche analysieren und ggf. Vorschläge für Veränderungen des Konzepts der Kulturveranstaltungen erarbeiten soll. Ein wichtiges Ziel dabei ist es, bei gleichbleibendem Wert des Angebots die Kosten der Kulturveranstaltungen zu senken.

Schließlich sind noch einige kleinere Kostensenkungen in verschiedenen Bereichen zu erwarten oder anzustreben, die

nochmals ein Potential von 10.000DM in sich bergen.

Ohne übertriebenen Optimismus zugrunde zu legen, habe ich kalkuliert, daß nach den genannten Veränderungen der Verlust im laufenden Haushaltsjahr auf ca. 17.000DM begrenzt bleiben müßte und in Zukunft ein Gewinn von knapp 10.000DM zu erwarten ist. In diesem Fall würde es sechs Jahre dauern, bis das Verrechnungskonto wieder ausgeglichen ist.

Falls sich erweisen sollte, daß es nicht möglich ist, unter den gegebenen Rahmenbedingungen das momentane Schloßkeller-Programm kostendeckend zu betreiben, sollte dies nach meiner Ansicht nicht dazu verleiten, das Kulturprogramm zusammenzustutzen. Der Schloßkeller ist eine der wenigen Oasen in der kulturellen Wüste Darmstadts: es gibt ansonsten kaum Möglichkeiten für relativ unbekannte Gruppen, sich einen Namen zu machen. Darüberhinaus verlangt der Schloßkeller im Vergleich zu anderen Kulturveranstaltern außerordentlich niedrige Eintrittsgelder und Getränkepreise. Bemerkenswerterweise gelang dies bisher ohne jede externe Subvention, sondern nur durch die bereits erwähnte interne Umverteilung zwischen den gewinnbringenden und den förderungsbedürftigen Bereichen

Wenn die interne Umverteilung wegen schlechter Ertragslage an ihre Grenzen stößt, halte ich es für deshalb für sinnvoll, daß die Studierendenschaft bestimmte Kulturveranstaltungen bezuschußt. Dieses ist bisher nur in Einzelfällen geschehen. In Zukunft könnte im Haushalt der Studierendenschaft ein Haushaltsposten zur Förderung von Schloßkeller-

Kulturveranstaltungen eingerichtet werden, aus dem der Schloßkeller auf Antrag beim AstA Unterstützung erhalten kann. Dies werde ich bei der Erstellung des nächsten Haushalts zur Diskussion bringen.

## 9. Nachwort

Zuletzt noch einige Anmerkungen zu der Aufbereitung des Themas im gerade vergangenen Wahlkampf, die mich auch persönlich etwas getroffen hat. Als erste Reaktion auf das verteilte Flugblatt des RCDS hatte ich eine Richtigstellung in Form eines Flugblattes herausgegeben,

und ich denke, daß der vorstehende Kurzbericht Interessierten ausreicht, ihre Meinung über die "Finanzlage des ASTA" zu fundieren. Es ist mir jedoch wichtig, auf zwei Aspekte der Wahlkampf-Veröffentlichungen nochmals ausführlicher einzugehen:

Erstens war der Tenor der Angriffe, daß die Verluste voll auf Kosten der Beitragszahlerinnen gingen, insofern falsch, als in den meisten Bereichen nicht angepaßte Preise Hauptursache der Verluste waren. Somit gab es nur eine Umverteilung zwischen den die Angebote des Schloßkellers, des Busverleihs und des Papierladens nutzenden und den diese Angebote nicht nutzenden Beitragszahlerinnen. Der Verlust der Druckerei, deren Hauptkunde der ASTA selbst ist, hat vor allem die Posten 'Information' und 'Fachschaften' im Haushalt der Studierendenschaft entlastet.

Zweitens bedeutet ein Verlust in einem gewerblichen Bereich nicht, daß dann ein Zuschuß aus dem Geld der Beitragszahlerinnen nötig wird. Was der RCDS in einem seiner Flugblätter suggerierte, ist nicht richtig: "Nach Uli Franke werden die Verluste nicht von uns Studierenden gezahlt, nein, nein, sondern aus Rücklagen - wessen Rücklagen? Die der Studierenden...". Ich muß es nochmal wiederholen: alle gewerblichen Verluste werden mit dem ASTA verrechnet und bleiben als Schulden gegenüber dem ASTA bestehen. Spätere Gewinne werden dann an den ASTA zurückgezahlt. Der Papierladen ist der einzige Bereich, der aufgrund des erwähnten 'Bauwagen-Provisoriums' dauerhafte Schulden aufgebaut hat, die er, wie ebenfalls erwähnt, wohl auch nicht so schnell zurückzahlen kön-

nen wird. Alle anderen Bereiche haben mittelfristig -zum Teil über Jahrzehnte hinweg- ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Die Aussage des oben angeführten Zitats wäre nur dann richtig, wenn entweder Schulden gestrichen oder jedes Jahr ohne Aussicht auf Rückzahlung vergrößert werden. Dies ist bei keinem gewerblichen Referat der Studierendenschaft der Fall.

Zuschüsse an die gewerblichen Referate halte ich jedoch, wie oben bereits erklärt, nicht grundsätzlich für falsch: die Studierendenschaft hat soziale und kulturelle Aufgaben, die nach meiner Ansicht auch -falls nötig- durch Subventionierung von Kulturinstitutionen wie dem Schloßkeller oder Dienstleistungsbereichen wie dem Busverleih realisiert werden müssen. Es ist die Politik der ASTA-tragenden Gruppen im StuPa, Zuschüsse aus den Geldern der Studierenden im Haushalt sichtbar und damit politisch verhandelbar zu machen. Bei den entsprechenden Haushaltsdebatten kann darüber diskutiert und abgestimmt werden, ob eine Subventionierung des Busverleihs durch Übernahme der Sekretariatskosten oder des Schloßkellers durch Mitfinanzierung des Kulturprogramms gewünscht wird.

Und ganz zum Schluß noch etwas zu dem populistischen Stil der Oppositionsarbeit. Der RCDS hat seit Jahren keine Initiative unternommen, die Lage der gewerblichen Referate zu untersuchen und Kritik oder gar Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im letzten Jahr entsendete der RCDS niemanden mehr in den Rechnungsprüfungsausschuß, und der in dieser Legislaturperiode gewählte Vertreter ist bei keiner Sitzung des zur Zeit den Haushalt 94/95 prüfenden Ausschusses

erschienen. Als ich Anfang 95 meinen letzten Bericht vorstellte, kam es gar nicht zu einer Diskussion über die Einzelheiten, da selbst die grundlegendsten Kenntnisse nicht vorhanden waren. Bis zur Sitzung des StuPa im Dezember '95 hatte sich wiederum niemand informiert, einige Parlamentarier glaubten jedoch, bereits nach zehnminütiger Lektüre anhand simpelster Quotientenbildungen klare Schlüsse ziehen zu können.

Diese Herangehensweise ohne ernsthafte Recherche, ohne jeden Versuch, in der Diskussion mit mir oder den gewerblichen Referaten die Haltbarkeit von Vorwürfen zu überprüfen, wurde dann auch bei der Stimmungsmache im Wahlkampf beibehalten. Es ging offensichtlich nur darum, den ASTA und speziell mich an den Pranger zu stellen. Die Wahrhaftigkeit, also das Bestreben, den Wählerinnen Fakten und Meinungen zu präsentieren, die gewissenhaft recherchiert, überprüft und gewertet wurden, war offensichtlich zweitrangig hinter dem Ziel des Machterwerbs. Nach der Auszählung der Wahlergebnisse war ich sehr erleichtert, daß die Wählerinnen diesen Politikstil nicht honoriert haben.

Gerade dieser Stil erzeugt den rapiden und allseitigen Vertrauensverlust der Wählerinnen in die Parteien der 'großen Politik', worauf die meisten Politikerinnen nur mit Verlautbarungen, aber nicht mit Veränderungen reagieren. Wenigstens die studentischen Gruppen sollten versuchen, die Ursachen der vielbedauerten 'Politikverdrossenheit' nicht zu reproduzieren.

*Uli Franke, Finanzreferent*

## Das Semesterticket wird teurer!

Große Verwirrung hat die Anhebung der Studiengebühren um 19 DM für das Sommersemester 1996 mit sich gebracht. Freuten sich die Einen schon, daß sie die Bahn mit dem Semesterticket benutzen dürften, fürchteten die Anderen, der ASTA würde ihr sauer verdientes Geld bekommen und die 4 DM pro Studi verpassen (die restlichen 15 DM der Erhöhung bekommt das Studentenwerk). Doch leider bzw. glücklicherweise sind beide Annahmen falsch. Die Darmstadt-Dieburger Nahverkehrs-Gesellschaft mbH (DDV) - unser derzeitiger Vertragspartner für das Semesterticket - hat lediglich von ihrem 1994 vertraglich vereinbarten Recht Gebrauch gemacht, den

Preis des Semestertickets im Rahmen der durchschnittlichen Erhöhung der Preise für den Auszubildendenverkehr zu erhöhen. Das Studentenparlament (StuPa) hat in seiner Sitzung am 07.11.1995 dieser Erhöhung zugestimmt und das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) hat die Erhöhung der Semesterbeiträge am 16.11.1995 genehmigt. Dies bedeutet für das Sommersemester 1996, daß alle Verkehrsmittel der DDV (d.h. alle Busse und Straßenbahnen mit Ausnahme des Airliners im Landkreis Darmstadt-Dieburg, nicht jedoch die Bahnen der DB AG) benutzt werden dürfen. Der Vertrag mit der DDV läuft

nach dem Sommersemester 1996 aus, da dann der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) die Tarifhoheit innehat.

### Und was passiert ab dem Wintersemester 1996/97 ?

Seit April 1995 versucht der ASTA der TH Darmstadt in Zusammenarbeit mit den anderen Asten im RMV-Gebiet mit dem RMV ein Tarifmodell zu erarbeiten. Nach einigem hin und her (Das Verkehrsreferat des ASTA berichtete in zahlreichen Berichten des Hochdruck und Flugblättern) hofften die beteiligten Asten am ersten offiziellen Verhandlungstermin am 26.01.1996 - wie in der Einladung zugesagt - konkrete Angebote zu bekommen.

### Noch immer keine konkreten Angebote für regionale Semestertickets!

Insbesondere die ASten in Marburg, Gießen und Darmstadt sind aufgrund der Wohnortverteilung der Studierenden immer an einem regionalen Semesterticket interessiert gewesen. Das Verkehrsreferat des AstA der TH Darmstadt ist nach wie vor der Meinung, daß ein regionales Semesterticket den Darmstädter Anforderungen eher gerecht wird als ein Gesamtnetzticket, das der RMV von Anfang an durchsetzen wollte und immer noch durchsetzen will. Große Enttäuschung herrschte deshalb bei den Vertretern der genannten drei ASten, als der RMV am 26.01.1996 noch immer kein Angebot für regionale Semestertickets vorgelegt hat und aufgrund von Kapazitätsengpässen in der RMV-Tarifabteilung auf April oder Mai verwies. Dies hätte für die TH Darmstadt wegen der langen Genehmigungsverfahren zur Folge, daß die Fortführung des Semestertickets im Wintersemester 1996/97 stark gefährdet wenn nicht unmöglich wäre.

### Vorschlag des RMV für ein Gesamtnetzticket

Der RMV hat dagegen ein Gesamtnetzticket für alle Hochschulen vorgeschlagen. Entgegen der bisherigen Vorschläge des RMV geht er nicht mehr von einem einheitlichen Preis für alle Hochschulen

- unabhängig von Angebot und Nachfrage - aus, sondern hat zwei Preisgruppen vorgeschlagen: eine für die Frankfurter Hochschulen und eine für die restlichen Hochschulen.

Um das Semesterticket in Gießen und



Darmstadt fortführen zu können haben die Vertreter der ASten dieser Hochschulen zähneknirschend diesem Vorschlag zugestimmt. Die Frankfurter ASten sehen dies für sich als einzig praktikable Lösung an. Die ASten der Hochschulen müssen diese zwei Preise nun unter Berücksichtigung der Gesamtforderung des RMV festlegen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Angebot und die Nachfrage an den ver-

schiedenen Standorten völlig unterschiedlich ist. Alle Beteiligten haben vereinbart, bis zum 9. Februar keine Preisvorstellungen zu veröffentlichen, um in den Gremien, d.h. in Darmstadt vor allem dem Studentenparlament, ohne große Pressekampagnen diskutieren zu können. Die entscheidende Sitzung des Studentenparlamentes der THD findet dazu am 7. Februar statt.

### Das Semesterticket wird noch teurer oder fällt weg!

Eines muß jetzt schon in aller Deutlichkeit gesagt werden: Das Semesterticket wird auf jeden Fall unter der Regie des RMV deutlich teurer werden. Der RMV bezeichnete die Kalkulation der DDV als falsch und wird nach seinen Aussagen auf ein deutlich höheren Preis kommen - unabhängig, ob ein regionales, d.h. jetziger Geltungsbereich, oder RMV-weites Semesterticket angeboten wird.

Das Studentenparlament hat deshalb nur die Wahl, ein teureres Semesterticket hinzunehmen oder das bundesweit erste Semesterticket als erstes Semesterticket in der Bundesrepublik Deutschland wieder abzuschaffen.

30.01.1996 Klaus Dapp, Verkehrsreferat

## NEWS VOM RADIO

tische Interessen sollen dort zu Gehör kommen, ob das jetzt Hochschulpolitik, die Situation an der TH oder FH, Hörspiele, Glossen, Zwischenrufe, studentische Initiativen oder was auch immer ist. Eingeladen ist jedeR, der/die Lust und Laune hat oder seine Initiative vorstellen möchte oder eine Idee hat, die er/sie gerne mal fürs Ohr produzieren möchte.

### Veranstaltungsradio

Radar wird vom 14. - 20. Mai 1996 und während des Heinerfestes Veranstaltungsradio bei der Landesanstalt für privaten Rundfunk beantragen. Solange noch keine Zusage für eine Frequenz da ist. Diesmal wird nicht vom Werkhof aus gesendet sondern aus den eigenen Räumen. Das Sendestudio wird in der Bismarckstr. 3 eingerichtet.

Es sind wieder alle eingeladen sich am Veranstaltungsradio zu beteiligen, in schon bestehende Redaktionsgruppen wie die Frauenredaktion, die Schüler und

Jugendredaktion, die Musik- und U-Redaktion und die Studierendenredaktion kann sich eingemischt werden oder auch eine andere Redaktion mitgegründet werden.

Das Veranstaltungsradio vom 14. - 20. Mai ist überwiegend den Jugendlichen zur Verfügung gestellt. Anlaß ist das Bundesjugendtreffen der deutschen Turnerjugend 1996 in Darmstadt. Jugendliche aus ganz Deutschland treffen sich in Darmstadt und werden das Radio mitgestalten. Die im Rahmen von Radar arbeitenden Redaktionsgruppen und die Turnerjugend werden zusammen das Programm gestalten. Im Zentrum soll nicht, wie zu vermuten wäre, der Sport stehen, sondern Darmstadt. Die zu Besuch kommenden Jugendlichen sollen die Möglichkeit erhalten Darmstadt kennenzulernen.

### Heinerfestradio

Diesmal vom 2. - 9. Juli 1996 wird wieder Heinerfestradio laufen. Für die Ausbildung werden noch Räume

Es gibt inzwischen viele Wege ins Radio einzusteigen. Ein Weg wäre es bei der lokalen Radioinitiative mitzuarbeiten oder beim HR ein Praktikum zu machen. Der einfachste ist wohl vor Ort sich zu beteiligen. Inzwischen gibt es mehrere Redaktionsgruppen bei Radar. So auch die Studieredaktion an der TH. Studenten

gesucht. Die **Technik** wird wohl auch diesmal wieder aus privaten Beständen geliehen werden, wenn sich nicht doch noch ein Spender oder eine Spenderin finden läßt.

### Studiredaktion

An der TH hat sich inzwischen auch eine **Studiredaktion** gebildet. Die Redaktion besteht aus TH und FH Studierenden und trifft sich regelmäßig Dienstags um 20 Uhr im offenen Raum des ASTAs. Auch dazu sind alle Studierende eingeladen. Die Termine hängen am ASTA Brett aus.

Für das **Veranstaltungsradio 14. - 20. Mai 1996** wurde bis jetzt eine Stunde für den Studiefunk während der sieben Tage vorgesehen. Schön wäre es, wenn der Studiefunk es schaffen könnte jeden Tag auf Sendung zu gehen.

Für das **Campusradio** des HR2 (Samstags, von 13.05 - 14 Uhr) machte die Studiredaktion der TH schon mehrere Beiträge, die mit der technischen Unterstützung von Radar hier in Darmstadt produziert werden konnte. Aber nicht nur Beiträge auch moderiert wurde schon von Darmstädter Studierende. Im Campus

Radio geht es um studentische Themen von Hochschulpolitik, Frauen an Hochschulen, Lesben und Schwule, AusländerInnen, Semesterticket, Veranstaltungstips bis Studiogespräche zu dem jeweiligen Schwerpunktthema ist wohl fast alles vertreten. Auch ein Fortsetzungshörspiel, das von den HörerInnen weiter geschrieben wird, ist vertreten. Die Schwerpunkte und ihre Sendetermine hängen am ASTA-Brett aus. Oder guckt im Internet Frankfurter Uni, Studienprojekte nach.

Die Vorteile der lokalen Produktion liegen in der eigenverantwortlichen Arbeit, von der Aufnahme bis zum Schneiden wird alles selber gemacht. Zeitlich ist mehr Muße da, sich Bedingungen der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung selber zu schaffen. Eine doppelte Verwertung der Beiträge d.h. Ausstrahlung im HR2 und Lokalradio ist möglich.

In der Redaktion des Campusradios arbeiten circa 50 Studierende aus fast allen hessischen Hochschulen mit. Die Redaktion trifft sich jeden Montag um 17 Uhr im HR2 Ffm und bereitet die Sendungen vor.

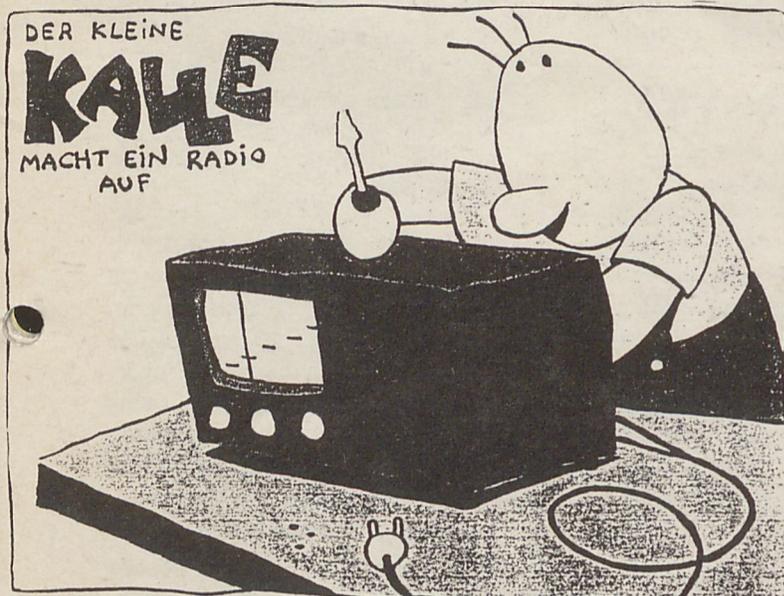
Zur Zeit gibt es einen **Schnupperkurs**. Die nächsten werden im Laufe des Sommersemesters angeboten. Im Rahmen eines Schnupperkurses werden Beiträge produziert, die eventuell während des Veranstaltungsradios gesendet werden können oder im Campus Radio HR2. Diese Beiträge werden selber aufgenommen. Wer Lust hat, kann sich ans Mischpult begeben und die Aufnahme selber regeln. Ziel ist es eine Sendung auf Kassette aufzunehmen (Trockensendung). Diese soll kritisiert werden, Was ist gut? Was könnte noch verbessert werden?. Wichtig ist eigene CDs mitzubringen für den eigenen Teil der Sendung, es sollte jedeR auch moderieren.

Wer mitarbeiten möchte, wendet sich an Susanne Schuckmann, **Radioreferat** im ASTA, Tel: 06151-711247 oder im ASTA.

Wer im **Veranstaltungsradio** mitwirken will oder eintreten oder spenden möchte, kann sich an Norbert Büchner wenden, Tel: 06151-716897.

**Radar** trifft sich regelmäßig alle 2 Wochen im Werkhof, Rundeturmstr. 16, Mittwochs um 19 Uhr. 7.2., 21.2., 6.3., 20.3..

*Susanne Schuckmann, Radioreferat*



## Die Urne ist voll!

### Deutliche Verschiebungen bei den Hochschulwahlen

#### Studierende

Seit 1993 steigt die Wahlbeteiligung bei der Gruppe der Studierenden an: diesmal wählten 22,2% der dazu berechtigten Studis (1994: 19,8%; 1995: 21,6%). In absoluten Zahlen: von 15.066 Wahlberechtigten gingen ca. 3.300 zur Wahl. 249 ungültige Stimmen zeugen entweder von Unkenntnis elementarer Ankreuztechniken oder von als unzulässig gewerteten Protestäußerungen. Mehr als 11.000 Leute fanden es nicht nötig, ihre Stimme abzugeben.

Nach Fachbereichen aufgeschlüsselt zeigt sich, daß die kleinen Fachbereiche die höchsten Wahlbeteiligungen erzielen können. Dies dürfte, ebenso wie bei kleinen Hochschulen im Vergleich zu großen, am engeren Zusammenhalt und dadurch

wirkungsvoller Mund-zu-Mund-Propaganda liegen. Zu den „Eckwerten“: Die Mathematik, die früher durch intensive Agitation über 60% Beteiligung erreicht hatte, ist in den letzten Jahren rapide abgefallen und hat sich jetzt im oberen Mittelfeld eingereiht. Weniger durch politische Argumente als durch eine offene Bestechungsstrategie gelang es der Biologie-Fachschaft, sich in der Tabelle einen Platz vor die Mathematik zu setzen. Überraschungseier an Wählerinnen verteilen - Kinderchokolade und ebensolches Plastikspielzeug als erfolgreiches Mittel im politischen Kampf ... Schlußlichter sind wie immer die Fachbereiche der Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften sowie Architektur. Die Studis im Fachbereich 15 scheinen trotz widrigster Studienbedingungen zu glauben, man könne sich auch ohne gemeinsames politisches Handeln mit der Situation arrangieren. Deutet die chronisch niedrige Beteiligung des Fachbereichs 2 auf ein

chronisch gestörtes Verhältnis von Theorie und Praxis hin?

Und nun zu den Ergebnissen: Im Kasten am unteren Rand der Seite ist die bisherige und die neugewählte Sitzverteilung im Studierendenparlament (StuPa) und im Konvent angegeben. Zur Visualisierung der Gewinne und Verluste der StuPa-Sitze dient die Grafik auf der folgenden Seite.

Die AStA-tragenden Gruppen FACHWERK, Jusos und Internationale Liste (IL) konnten ihre Mehrheit auf komfortable 22 zu 17 Sitze ausbauen. Der intensive Wahlkampf und das dadurch geschärfte Profil von FACHWERK führte zu einer Kräfteverschiebung innerhalb der Koalition. Die Stammwählerschaft der Jusos, die vor drei Jahren noch acht Sitze hatten, vertraute diesen trotz ausgefallenen Wahlkampfes die Vertretung jungsozialistischer Inhalte im Studierendenparlament an. Getreu dem IL-Motto 'Nur wer's Maul aufmacht, kann Zähne zeigen' betrachten wir den Zugewinn der AStA-tragenden Gruppen als Votum gegen die sozial untragbaren Pläne zur Einführung von Studiengebühren und Demontage des BAföG sowie als Votum für ein freieres Studium.

Auch wenn die anderen Gruppen bis hin zum RCDS zumindest in ihrem Wahlkampf ähnliche Positionen äußerten, konnten die AStA-tragenden Gruppen letztlich durch verschiedene AStA-Aktionen (z.B. die Demo am 13. Juni) eine eindeutige Politik in dieser Richtung glaubwürdiger vertreten als der RCDS, der bei seiner Unterschriftensammlung im Juni den Protest auf die Kürzungen der hessischen Landesregierung einschränken wollte.

### Wahlbeteiligung der Fachbereiche

1.	FB12	Vermessungswesen	41%	(34,39%)
2.	FB21	Materialwissenschaft	45,63	(37,09)
3.	FB11	Geowissenschaften	38,94	(25,91)
4.	FB04	Mathematik	36,52	(41,16)
5.	FB10	Biologie	34,53	(27,79)
6.	FB05	Physik	30,74	(30,25)
7.	FB01	Rechts- & Wirtschaftswiss.	30,58	(28,33)
8.	FB06	Mechanik	27,14	(37,14)
9.	FB18	Nachrichtentechnik	26,02	(28,73)
10.	FB17	Energietechnik	24,91	(29,67)
11.	FB19	Regelungs- & Datentechnik	22,9	
12.	FB16	Maschinenbau	22,04	(21,19)
13.	FB13	Bauingenieurwesen	19,56	(19,41)
14.	FB07	Chemie	18,66	(17,25)
15.	FB20	Informatik	18,56	(18,11)
16.	FB03	Pädagogik, Psychologie, Sport	12,5	(9,15)
17.	FB02	Gesellschafts- & Geschichtswiss.	11,78	(12,29)
18.	FB15	Architektur	11,38	(12,8)

### Neue und alte Sitzverteilung

	FACH WERK	Jusos	Intern. Liste	LSD	Vorwärts	RCDS	UDS
Studierendenparlament (bisher)	14	6	2	4	1	8	4
	11	7	3	4	-	9	5
Konvent (bisher)	7	3	1	2	-	5	2
	6	4	1	2	-	5	2

Die LSD (Liberalen Studenten Darmstadt), die sich in der Wahlzeitung ebenfalls deutlich gegen Studiengebühren und für mehr Wahlfreiheit im Studium geäußert hatten, dürften an diesen Punkten ebenfalls deutliche Positionen im StuPa vertreten. Von den AStA-tragenden Gruppen unterscheiden sie sich jedoch in ihren Vorstellungen über Wettbewerbsstrukturen an der Hochschule, in ihrer Befürwortung von Werbung zur Mitfinanzierung der Studentenschaft und in verschiedenen allgemeineren politischen Fragen von Drogenpolitik bis Internationalismus, weswegen bisher im AStA und StuPa nur eine eher lose Zusammenarbeit gesucht wurde.

Die beiden rechten Gruppen, der RCDS (Ring christlich demokratischer Studenten) und die Gruppe der Verbindungen UDS (Unabhängige Darmstädter Studenten) haben je einen Sitz verloren. Die wütenden Angriffe des RCDS auf das Finanzreferat des AStA und auf die Zusammenarbeit von FACHWERK und Jusos mit der ungeliebten Internationalen Liste konnten offenbar nur die Stammwählerinnen überzeugen. Auch für Unabhängigkeit, Sachlichkeit und Konstruktivität als Programm der UDS gegen einen angeblichen linken Dogmatismus scheint das Stimmenpotential im wesentlichen auf die Stammklientel in den Corps und Burschenschaften beschränkt zu sein.

An welcher Stelle im politischen Spektrum die neu angetretene WI-Gruppe 'Vorwärts' zu verorten ist, läßt sich bisher schlecht abschätzen.

Koalitionserklärungen können natürlich nur die StuPa-Gruppen abgeben. Wir wagen jedoch die Prognose, daß der

## Namen der Mitglieder im StuPa

### Fachwerk

1. Susanne Schuckmann	3
2. Jürgen Wald	13
3. Uli Franke	6
4. Christian Hölzel	2
5. Marcus Gottsleben	4
6. Thilo Klinger	4
7. Martin Klausch	4
8. Andreas Winning	4
9. Dieter Baumann	2
10. Ezzat Kabel	2
11. Daniel Rybski	16
12. Mustafa M.-Darwish	2
13. Christof Meueler	2
14. Harald Hellweg-Mahrt	2

### Jusos

1. Markus Theile	1
2. Heidi Müller	1
3. Dirk Menne	13
4. Markus Wolf	16
5. Rolf Pogacar	20
6. Erik Lenhard	1

### Intern. Liste

1. Aydin Kaya	16
2. Inan Nebioglu	16

### LSD

1. Claudia Zimmer	1
2. Jan Malmendier	1
3. Stefan Kohn	1
4. Peter Engemann	1

### Vorwärts

1. Jörg Bauer	1
---------------	---

### RCDS

1. Holger Nawrath	13
2. Frank Kromer	5
3. Wolfgang Dörner	1
4. Sven Markmann	16
5. Winfried Buß	17
6. Oliver Schmidt	10
7. Andreas Form	1
8. Jörg Brill	13

### UDS

1. Frank Holzer	1
2. Wilhelm Hammel	13
3. Gregor-A. Schlitt	1
4. Alexander Rüstig	16

## Namen der studentischen Mitglieder im Konvent

### Fachwerk

1. Uli Franke	6
2. Christian Hölzel	2
3. Marcus Gottsleben	4
4. Thilo Klinger	4
5. Dieter Baumann	2
6. Andreas Klämer	2
7. Martin Klausch	4

### Jusos

1. Dirk Menne	13
2. Martina Maisel	10
3. Erik Lenhard	1

### Intern. Liste

1. Thekla Papastergiupoulou	13
-----------------------------	----

### LSD

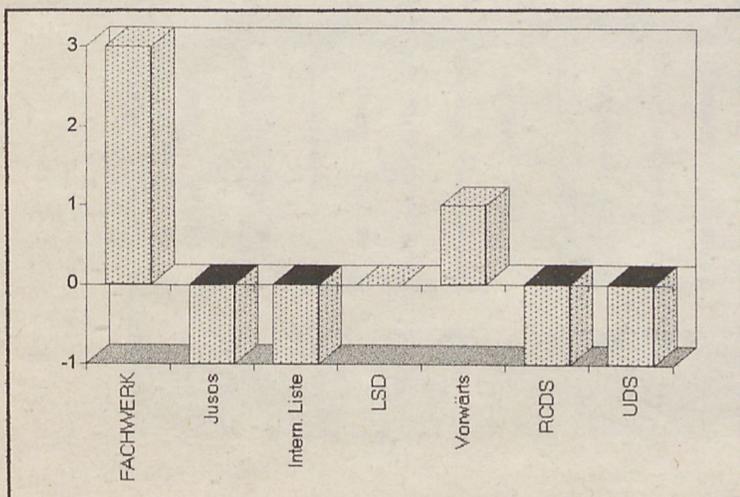
1. Christoph Weimer	7
2. Peter Engemann	1

### RCDS

1. Daniel Nicolaus Muth	1
2. Markus Waletzki	1
3. Xenia Lydia Goes	13
4. Peter Plöger	16
5. Sven Markmann	16

### UDS

1. Frank Holzer	1
2. Oliver Bornträger	7



nächste AStA wieder von FACHWERK und den Jusos getragen wird und daß diese beiden zumindest mit der IL und den LSD über Ziele und Arten der Zusammenarbeit reden werden.

## Wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

Neben den 20 Studierenden setzt sich die nichtprofessorale Minderheit im Konvent aus insgesamt 24 Mitarbeiterinnen (16 wissenschaftliche und acht nichtwissenschaftliche) zusammen. Bei diesen erübrigt sich eine politische Einschätzung, da dort keine Grup-

pen mit einem klaren politischen Profil antreten, sondern (ähnlich wie bei den meisten Fachschaften) nur eine Liste eingereicht wird, aus deren Kandidatinnen durch Persönlichkeitswahl die Konventsmitglieder bestimmt werden.

## Profen

Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts darf das Selbstbestimmungsrecht der Professorinnen zwar durch die Ministerien, aber nicht durch die Studierenden und Mitarbeiterinnen eingeschränkt werden. Deshalb sind 46 der 90 Konventsmitglieder leider Professorinnen. Diese treten auf drei Listen gegeneinander an: die konservative 'Leistungsfähige Hochschule', die

mittlere 'Liste der Mitte' und die tendenziell linke 'Demokratische Hochschule'. Bislang hatte die erstere so viele Sitze wie die beiden anderen zusammen, nun sind zwei Sitze von den 'Demokraten' zu den 'Leistungsfähigen' gerutscht. Somit verfügt die 'Leistungsfähige Hochschule' ab dem Sommersemester 96 über 27 Sitze, die 'Liste der Mitte' weiterhin über 10 Sitze und die 'Demokratische Hochschule' nur noch über 11 Sitze.

Als Gründe für diese aus studentischer Sicht unerfreuliche Sitzwanderung wurden die Vergeßlichkeit einiger 'demokratischer' Professorinnen bezüglich des Wahltermins, das schlechte Bild der 'Demokratischen Hochschule' bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen Som-

mer oder gar ein Wandel der allgemeinen politischen Tendenz bei den neu Berufenen genannt.

Insgesamt ist vorerst das politische Gefüge im Konvent noch stabil, da die 'Leistungsfähige Hochschule' bei den anderen Statusgruppen kaum Zustimmung findet. Sollte sich diese Tendenz jedoch fortsetzen, wären einige zentrale Institutionen wie die Hochschuldidaktische Arbeitsstelle, das Zentrum für interdisziplinäre Technikforschung gefährdet, und schließlich drohten dann, wie an anderer Stelle dieser Zeitung nachzulesen ist, weitere Rückschritte in der Hochschuldemokratie.

Christian Hölzel, Uli Franke

**WORLD  
DOMINATION  
ENTERPRISES**

## Ein Aufstand alter Männer...

### Konservative Professoren manö- vrieren sich ins Abseits

Auf seiner Sitzung am 24. Januar verabschiedete der Konvent der THD mit breiter Mehrheit gegen die Stimmen der Professorenliste "Leistungsfähige Hochschule" eine Stellungnahme zum Bericht der hessischen Hochschulstrukturkommission (HSK).

### Die Hochschulstrukturkommission

...war Ende 92 von der damaligen Wissenschaftsministerin Evelies Mayer einberufen worden und sollte als unparteiisches BeraterInnengremium von außen Anregungen zur Hochschul- und Studienreform geben. Es lag an ihrer Zusammensetzung, daß dies nur in sehr begrenztem Umfang gelingen konnte: Zwar stammten alle Mitglieder der Kommission von außerhessischen Hochschulen (insofern unparteiisch), aber sie sind allesamt ProfessorInnen (und insofern parteiisch, sobald es um Interessengegensätze oder auch nur unterschiedliche Perspektiven zwischen den Statusgruppen geht) und zudem mehrheitlich Mitglieder in Organisationen wie Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz und ähnlichen Organisationen (womit auch eine bestimmte (hochschul)politische Richtung im Grunde vorgegeben war).

1994 hatte die Kommission einen Zwischenbericht "Zur Struktur universitärer Studiengänge" vorgelegt, der an den Hochschulen teilweise kontrovers diskutiert wurde. Kritische Stellungnahmen etlicher Fachschaften und Fachbereiche legten die Kommissionsmitglieder jedoch offenbar ungelesen ad acta.

Jedenfalls schlug sich davon so gut wie nichts im Abschlußbericht der HSK nieder, der im März vergangenen Jahres veröffentlicht wurde und immerhin über 500 Seiten umfaßt. Einige wesentliche Punkte aus diesem Bericht:

\* Trennung zwischen berufsqualifizierendem Erststudium (bis zum Diplom/Magister/Staatsexamen) und (evtl. gebührenpflichtigem, zulassungsbeschränktem) Aufbau- oder Graduiertenstudium

\* Kürzungen bei weiterführenden Inhalten im "Erststudium"

\* Studienzeitverkürzung durch Straffung der Studien- und Prüfungsorganisation (z.B. Teile des Vordiploms/der Zwischen-

prüfung verbindlich nach dem 2. Semester, studienbegleitende Prüfungen, weniger Prüfungsfächer, kürzere Diplomarbeiten, Freiversuch)

\* Ausbau von Tutorien, Lernzentren, Orientierungs- und Beratungsangeboten (wobei allerdings auch Prüfungen unter "Orientierung und Beratung" zählen!)

\* Verteilung von Geld und Sachmitteln auf Hochschulen, Fachbereiche und Einzelpersonen nach (noch festzulegenden) Leistungskriterien

\* Schaffung kleiner Exekutivorgane auf Hochschul- und Fachbereichsebene (Präsidium bzw. Dekanat), auf die wesentliche Befugnisse der 'parlamentarischen' Gremien (Konvent, Fachbereichsrat, Ausschüsse) übertragen werden sollen, und in denen der/die jeweilige Vorsitzende (PräsidentIn bzw. DekanIn) ein Vetorecht haben soll; Stärkung des Senats; längere Amtszeit für DekanInnen (3 Jahre).

Für eine ausführlichere Darstellung der Vorgeschichte und der Vorschläge der HSK sei hier auf frühere Artikel in HOCHDRUCK und MATHE-INFO verwiesen.

### Meinungsbildung an der THD

Im Sommersemester wurden die Fachbereiche und die Ständigen Ausschüsse aufgefordert, sich zu dem HSK-Bericht zu äußern; aus diesen Statements sollte eine Stellungnahme des Konvents erarbeitet werden. Im Oktober kamen dann (auf Initiative des neuen Präsidenten Wörmer) die an dieser Arbeit Interessierten aus Ausschüssen und Hochschulverwaltung zu einer großen Runde im Senatssaal zusammen, in der Arbeitsgruppen zu den fünf Kapiteln des HSK-Berichts gebildet wurden. Da es sich hier um keine offiziellen Hochschulgremien handelte, mußten die Professoren in diesen Arbeitsgruppen auch nicht in der Mehrheit sein; dies wirkte sich - zumindest in einigen der Gruppen - sehr positiv auf das Diskussionsklima aus.

Einige Punkte aus den Diskussionen der Arbeitsgruppen:

#### I. Studium und Lehre:

Ablehnung von Zweiteilung des Studiums und ausschließlicher Ausrichtung am Arbeitsmarkt; Betonung der Wichtigkeit von Freiräumen im Studium: Keine Studienzeitverkürzung 'mit Gewalt', d.h. durch Zwangsmaßnahmen gegenüber Studis; weniger vorgeschriebene Pflichtveranstaltungen, mehr Wahl- und Wahlpflichtbereiche; weniger (Teil-)Prüfungen und Scheine; weniger Verschulung,

mehr selbständiges Lernen (auch in den Ingenieurwissenschaften). Didaktische Qualifikation der Lehrenden.

#### II. Personalstruktur, Forschung, wissenschaftlicher Nachwuchs:

Von Professoren dominiert; einseitig ingenieurwissenschaftlich. WiMis waren nicht beteiligt, obwohl es um sie ging. Dauerstellen abbauen; Stipendien billiger als Stellen; WiMi-Stellen nur Durchgangsstation ("wissenschaftlicher Nachwuchs"), Wissenschaft als Beruf wird außerhalb von Professuren nicht anerkannt; Vergabe von WiMi-Stellen an Leistungsmessung knüpfen, nicht aber ProfessorInnenbesoldung.

#### III. Frauenförderung:

Kaum Kritik an HSK-Empfehlungen in diesem Kapitel, aber Defizite: Nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen (überwiegend Frauen) kommen im HSK-Bericht praktisch nicht vor. Obwohl Frauenförderung Querschnittsaufgabe, stehen diese Empfehlungen isoliert da; teilweise Widersprüche zu anderen Kapiteln. Kritik an Studienzeitverkürzung und -reglementierung, am Karrieremuster des "one best way". Kritik an Habilitation. Mehr Stipendien für Doktorandinnen. Frauenforschung nicht zu 'Dumpingpreisen', sondern längerfristig mit Stellen absichern.

#### IV. Ausbau und Umstrukturierung der hessischen Hochschullandschaft:

Problem: Wettbewerbsfetischismus von Prof. Heike. Kleinster gemeinsamer Nenner: mehr Geld.

#### V. Steuerungsverfahren und Entscheidungsstrukturen:

Weitgehende Einigkeit, daß HSK-Vorschläge abzulehnen sind. Stattdessen: Konvent stärken; Entscheidungen über Gremienstruktur und -zusammensetzung an die Hochschule zu(rück-)holen (d.h. z.B. Viertelparität ermöglichen).

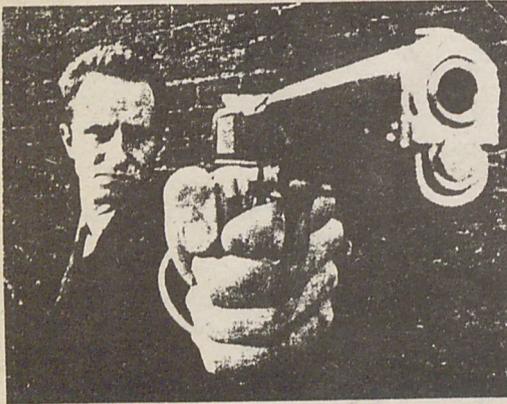
In etlichen Arbeitsgruppensitzungen und zwei weiteren 'großen Runden' wurde bis zur Weihnachtspause ein Entwurf der THD-Stellungnahme erarbeitet und an die Konventsmitglieder verschickt.

### Die Konventssitzung

Etwa eine Woche vor der Konventssitzung, auf der die Stellungnahme der TH verabschiedet werden sollte, wurde ein Änderungsantrag der Professorengruppe "Leistungsfähige Hochschule" öffentlich. Darin wurden neben ein paar Ergänzungen vor

allem Streichungen in der Einleitung und den Abschnitten I und V ("Studium und Lehre", "Steuerungsverfahren und Entscheidungsstrukturen") vorgeschlagen. Bei näherem Hinschauen drängte sich der Eindruck auf, daß Freiheit des Studiums, studentische Mitbestimmung und demokratische Legitimation von Entscheidungen auf Hochschulebene den "leistungsfähigen" Professoren ein Dorn im Auge sind. Wir wollen nicht zu sehr ins Detail gehen (1), doch ein paar Einzelheiten müssen wir zur Erläuterung nennen. Nach dem Willen der "Leistungsfähigen Hochschule" sollte u.a. ein Absatz über die (möglichst) freie Gestaltung des Studiums gestrichen werden, in dem gefordert wird, daß Studierenden, die sich (hochschul-)politisch engagieren, daraus kein Nachteil entstehen dürfe.

Auch die Bestrebung, "die Anzahl der Prüfungsereignisse auf das notwendige Maß zu beschränken", lehnen die "Leistungsfähigen" ab - mit der Begründung, daß "ausführliche Zeugnisse und der Nachweis über breitgestreute Kenntnisse" die Einstellungschancen verbesserten. Das ist aber noch gar nichts gegen die Strei-



chungen, die im Abschnitt V vorgenommen werden sollten: Von elf Absätzen sollten sieben gestrichen werden. Was danach übriggeblieben wäre, hätte nicht einmal mehr den Namen "Skelett" verdient. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Begriffe "Gruppenuniversität" (2) und "demokratische Mitbestimmung" die roten Tücher waren, die diese Streichorgie ausgelöst hatten. Offenbar läuft in den Augen der "Leistungsfähigen Professoren" jeder Ansatz, Demokratie zu wagen, der Leistungsfähigkeit der Hochschule zuwider (3).

In dem Antrag war auch keine inhaltliche Begründung gegeben, warum der Entwurf der Stellungnahme in diesem Punkt auf solche Ablehnung stieß, geschweige denn ein Vorschlag, was an die Stelle der gestrichenen Absätze treten sollte. Wir waren äußerst gespannt auf die ausführliche Begründung in der Konvents-sitzung.

Die Sitzung begann dann - nach den üblichen Mitteilungen und einer erfreulich problemlosen Verabschiedung einer Resolution gegen die Studiengebühren-Pläne der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mit einer Diskussion, wie man mit dem Antrag der "Leistungsfähigen Hochschule" umgehen solle. Von verschiedenen Mitgliedern des Konvents kam das "Angebot" an die Gruppe der "Leistungsfähigen" Professoren, sie sollten doch ihren Antrag zurückziehen. Außerdem wurde Unverständnis über das Vorgehen der Antragsteller geäußert.

Man einigte sich schließlich darauf, die Begründung anzuhören, und die verschiedenen Punkte des Antrages einzeln durchzugehen. Professor Tolle (FB 19), der nominell als Antragsteller auftrat, begründete zunächst, daß man im großen und ganzen auf Streichungen setze, um eine ausufernde Diskussion zu vermeiden. Warum allerdings die nennenswerten Bedenken, die der Antrag aufzeigte, nicht schon in den Diskussionsprozeß eingebracht wurden, erklärte er nicht.

Bei der Behandlung der einzelnen Änderungsvorschläge zeigte sich, daß die "Leistungsfähige Hochschule" weder mit überzeugenden Begründungen, noch mit der notwendigen Mehrheit ihre Vorschläge durchsetzen konnte. Zunächst diskutierte man zum Thema Autonomie und Profil der Hochschule, wobei das Verständnis des Begriffes Autonomie bei den Rechten recht diffus zu sein schien. Ob damit die Autonomie der Fachbereiche innerhalb der Hochschule (möglichst keine verbindlichen Entscheidungen auf Hochschulebene) oder aber etwas mehr Einfluß auf den gesetzlichen Rahmen der Hochschulstruktur gemeint war, blieb unklar.

Bei dem oben erwähnten Absatz zur Freiheit des Studiums wurde dem Entwurf angedichtet, er befürworte das "Langzeitstudententum", aber stichhaltige Argumente oder Formulierungsvorschläge, wie diesem Eindruck zu begegnen sei, hatten die "Leistungsfähigen" nicht anzubieten. Dafür erwarteten sie, daß die übrigen Konventsmitglieder ihrer Gleichsetzung von "breitgestreuten Kenntnissen" mit einer großen Anzahl von Einzelprüfungen folgen würden. Dies war (zum Glück) nicht der Fall. Einzig darauf, einen Verweis auf die Möglichkeit eines Hochschulwechsels aufzunehmen, konnte man sich einigen.

Zu den Abschnitten II, III und IV gab es glücklicherweise nur ein paar redaktionelle Anmerkungen von verschiedenen Leuten. Man sparte sich das Pulver für den letzten Abschnitt.

Dort ging es dann auch zur Sache: Vertreter der Listen "Demokratische Hochschule" und "Liste der Mitte" verlangten von den Mitgliedern der "Leistungsfähigen

Hochschule", daß sie ihr Demokratieverständnis klarstellten, wo sie doch mit ihren Streichungsvorschlägen auch die Betonung der demokratischen Grundlagen der Hochschule zu eliminieren drohten. Die "Leistungsfähigen" wünschen, wie es auch die HSK vorschlägt, eine Stärkung des Senats, in dem mehrheitlich die Dekane das Sagen haben. Sie sehen offenbar keinen Widerspruch zwischen den Partikularinteressen der Fachbereiche und der Notwendigkeit, auf Hochschulebene zwischen den Bedürfnissen der einzelnen Fachbereiche abzuwägen. Dies mag noch verständlich sein, solange die Ständigen Ausschüsse Entscheidungsbefugnis haben, da dort sachorientiert und mit längerfristigen Perspektiven gearbeitet werden kann. Doch dies hält die HSK nicht für "effizient", und wenn die "Leistungsfähigen" Professoren anderer Meinung sind, so haben sie jedenfalls versäumt, dies zu erkennen zu geben.

(1) Der Entwurf der Stellungnahme (19 Seiten) sowie der Änderungsantrag der "Leistungsfähigen Hochschule" können im AStA eingesehen oder auch per WWW am Bildschirm gelesen werden.

(2) Universität als Organisation, in der alle vier Statusgruppen (ProfessorInnen, wissenschaftliche und sonstige MitarbeiterInnen sowie Studierende) Mitbestimmungsrechte haben

(3) Wir können nicht umhin zu bemerken, daß wir *solche* Leistungsfähigkeit unsererseits als unvereinbar mit dem Gedanken der Demokratie ansehen.

Marcus Gottsleben, Malte Plath

## Die rote Sonne im Herzen

Während *Easy Listening* als Abkömmling einer Mischung aus *Acid Jazz* - Szene und den Einflüssen der jeweils aktuellen Retro - Bewegungen von *Disco* bis *Adult Contemporary* der 50er, 60er und 70er Jahre heute hauptsächlich eine reproduzierende *Second Hand DJ* - Veranstaltung darstellt, konnten sich dennoch in der ersten Hälfte der 90er Jahre zwei Bands mit einem eigenen *Easy Listening* - Konzept auf dem Markt etablieren. Dies sind zum Einen natürlich die *Cardigans*, deren Namensähnlichkeit mit den *Carpenters* nicht Zufall, sondern Programm ist, und die es tatsächlich geschafft haben, den sorglos-naiven *Carpenters* - Sound in die 90er zu übertragen. Was künstlerischen Einfluß und Gehalt betrifft, kann man die

schwedische Gruppe getrost vergessen, konzeptuell setzen sie allerdings ein kleines Highlight in der ansonsten wenig selbständigen *Easy Listening* - Szene. Aus einer anderen Nische des breiten Spektrums kommen Pizzicato Five, laut Eigenwerbung „Japan's coolest Combo“, und als solche die zweite Band, die sich anschiekt, kommerzielle Erfolge mit *Easy Listening* -Eigenkompositionen einzufahren. Auf ihrem 94er Album „Made in America“ blieben sie den Beweis noch schuldig, daß Kenntnis der Stilmittel mit deren Beherrschung einhergehe, und der Song „Twiggy, Twiggy“ verdankt seinen Hit-Status hauptsächlich dem Einsatz von Samples der Marke *Incredibly Strange Music* aus dem unerschöpflichen Burt Bacharach/Lalo Schiffrin - Fundus. Während dieser P 5 - Hit, immerhin gut zwei Jahre alt, noch mehrmals täglich MTV - Airplay erfährt und inzwischen sogar von den SWF 3 - Mainstream - Onkels entdeckt wurde, hat sich die Band mit ihrer 95er - CD „The Sound of Music“ längst über das Niveau einer Copy-Combo erhoben. Mit geschickt dosierten Kombinationen aus Jazz - basierten Kompositionen und *Easy* - Instrumentalisierung liefern sie ein Meisterstück an Understatement, das zwischen erstaunlich dummen und erstaunlich intelligenten Songs wechselt. Ist das Stück „Happy Sad“, leider englisch gesungen, mit seinem platten *Mike Post* - Intro und schwachen *Style Council* - Reminiszenzen noch ein tausendmal gehörter 80er Jahre - Querschläger, bieten „Strawberry Sleighride“ und „Sweet Thursday“ genau das Etwas an Retro - Akkorden und sonnigem Gilberto - Swing, das in Verbindung mit Maki Nomiya's frischem japanischen Sing-Along für den ganz leichten Plastik - Sound sorgt, der einem spätestens beim zweiten Durchlauf von „The Sound of Music“ klarmacht, daß das Leben eben doch nur ein Spiel ist. Auch die etwas säurehaltigeren Stücke der CD verharren nicht in aufdringlicher Pose künstlerischer „Musts“, die man mit der Skip - Taste übergeht, sondern fügen sich mit ihrem aparten Charme nahtlos in das ästhetizistische Timbre des *Gesamtwerks*. Insgesamt eine Platte, die man im *Repeat* - Modus den ganzen Tag begleiten läßt, um Sonne ins Herz und ein Lächeln auf die Lippen zu zaubern. Pizzicato Five - The Sound of Music Matador 7567-92622-2

Tilmann Schneider, Beauftragter für Schallplattenwesen



In tiefer Trauer gedenken wir des  
Todes von Francois Mitterrand.  
Der Sinn unseres Lebens ist fortan  
ein verdunkelter.

redaktion maximum overdrive

# "Wir brauchen kein Elite-Land"

bundesweite Demonstration am 1.2. in Bonn gegen Bildungsabbau

Niemand solle glauben, durch diese Veranstaltung werde der Beschluß des Rüttgers'schen BAföG-Modells durch den Bundestag verhindert; man könne aber zeigen, daß die Studierenden nicht bereit sind, sich stumm alles bieten zu lassen. So beschrieb Organisator Matthias Waldner (Landes-ASten-Treffen Nordrhein-Westfalen) bei der abschließenden Kundgebung die Motivation der rund 6000 Studierenden, die bei klirrender Kälte und strahlender Sonne lautstark durch Bonn zogen. Mit dabei waren fast 70 Leute von FH, TH und EFH (ev. Fachhochschule) Darmstadt. Anstelle eines ausführlichen Berichts hier ein kleiner Bilderbogen:



Bei der Darmstädter Demo am 13.6. hing dieses Transparent am Verwaltungsgebäude. In Bonn marschierten wir damit vorneweg.



Man informiert sich.





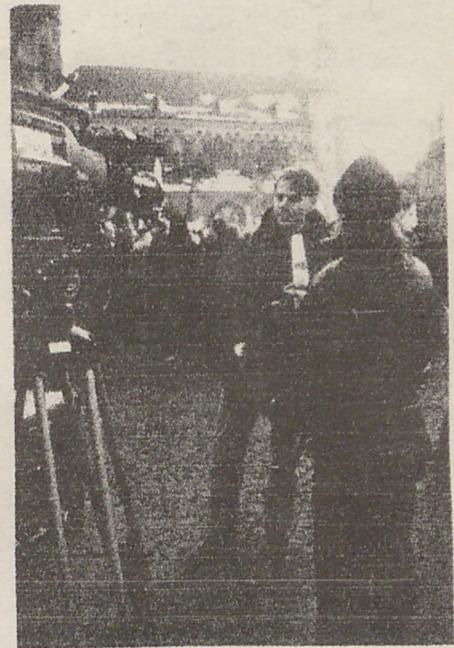
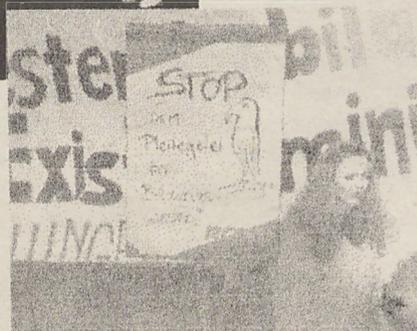
Immer vor Ort, wenn's was zu berichten gibt: rasende Radio-Reporterin Susanne Schuckmann.



Sozialreferent und BAföG-Experte Markus Wolf findet deutliche Worte zu geplanten BAföG-Verzinsung.



Absurd: RCDS-Frau gibt Interview vor unserem Banner.



Fotos: Uli Franke, Christian Hölzel



Sehr geehrte Telefonkundin,  
sehr geehrter Telefonkunde,

bekanntlich ist uns am Neujahrstag in unserem Telefonnetz bei bestimmten Vermittlungscomputern ein Software-Fehler unterlaufen. Das tut uns leid.

Ansonsten läuft die Umstellung auf die neue Tarifstruktur bestens. Die Aktion "Telefonieren wird teurer, aber gerechter" ist ein Erfolg. Wir freuen uns diebisch darüber, wie Ihr, liebe Kunden, Euch die Köpfe zerbricht, wann man jetzt wie lange am günstigsten telefoniert. Ich darf hier offen sagen: das ist wurscht.

Die Telefonrechnung wird für alle ansteigen - es sei denn, sie sind Nachtwächter und telefonieren täglich mit ihrer Tante in Massachusetts. Da ist uns tatsächlich ein Fehler unterlaufen. Aber das macht insgesamt nichts, denn diese Panne in der Tarifstruktur kostet uns - über den Daumen gepeilt - einen Furz. Über die zu erwartenden Gewinne durch die größte Abzockerei von Privatkunden seit Erfindung des Telefons lacht sich unser Zahlmeister schon heute bucklig.

Für die Wettbewerbsfähigkeit und für sehr viele Arbeitsplätze in diesem Land wird sich die ganze Sache auch bemerkbar machen. Wir setzen zum Beispiel erst mal weitere Arbeitskräfte frei. Die stehen dann der Wirtschaft wieder zur Verfügung.

Ist das alles nicht prima ?!

Aufwiederhören.

*Quaak!*

Der Postfrosch

Psst .. Wenn sie Fragen haben, können sie uns mal gern haben. Ändern tut sich nämlich nix!

0130 / 11 18

# Pünktlichkeit ist angesagt !

**Die, die die menschlichen Angelegenheiten mit philosophischen Blick betrachten, erstaunt nichts mehr, als die Leichtigkeit, mit der Viele von wenigen beherrscht werden können.**

(David Hume)

Pünktlichkeit wird derzeit wieder als deutsche Tugend gehandelt.

Pünktlich zur neuen Weltmachtrolle Deutschlands, tauchen die wichtigen Personen mit wichtigen Argumenten auf, um zu helfen, die Zukunft möglichst wichtig zu gestalten.

Die laufende und kommende Beteiligung

deutscher Truppen zu Friedens- und Kriseneinsätzen, die größere politische Rolle dieses Landes, braucht moralischen Rückhalt in der Bevölkerung.

Um aber den notwendigen Rückhalt zu erhalten, müssen Vorstellungen über die Vergangenheit neu definiert werden. Die im Herbst 1995 vom ZDF ausgestrahlte Serie "HITLER" zeigt wie es geht, denn, - Schuld hatte ja nur der komische Irre - und gewußt, als die Juden dann alle weg waren, haben wir uns schon Gedanken gemacht, aber daß die Endlösung so endet, das hat uns schon tief betroffen. Es sollte die These von den „verführten Massen“ durch den Füh-

rer aufgestellt werden, wobei ausgelassen wurde, daß es sich bei den Komparaten, so anständig sie danach auch waren, um einige Millionen Mitglieder handelte, die der nationalsozialistischen Idee von einem arischen Großreich unter deutscher Führung nachgingen.

Wir wissen von nichts, Schuld haben nur die anderen, und im Grunde genommen wollen wir ja in Zukunft nur Frieden bringen.

Schillernde Begriffe wie „Moral“,

bringen habe.

Gerade in diesem Kontext wird offensichtlich, daß „Moral“, „Freiheit“, „Frieden“ relative Begriffe sind, die je nach Bedarf von den ideologischen Staatsapparaten eingesetzt werden und Gefolgschaft verlangen. Man hat ja Angst, denn die Situation ist ja schon beschissen genug und den Rest an materiellen und geistigen Wohlstand will man ja auch nicht verlieren. Mit diesen Argumenten werden die Massen von der Notwendigkeit

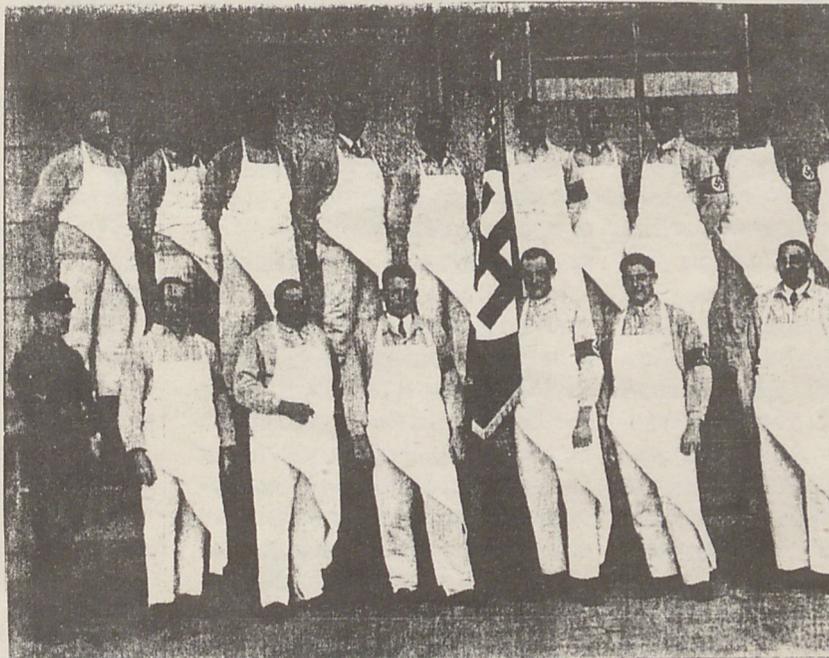
von Kriegen und des Verzichts überzeugt, damit die Unabänderlichkeit der da ewig stehenden Marktwirtschaftlichen Gesetze wieder ihre Bestätigung erhalten und man weiterhin oder in Zukunft schnelle Autos fahren kann.

Im bisherigen Verständnis galt der Fas-

schismus als „nationalistisch“ und „antidemokratisch“, heute gewinnt er neue Qualitäten. Die beschwörenden Worte der Politik, ihm keine Möglichkeiten mehr einzuräumen, gelten dem Alten - um dem Neuen Platz zu machen.

Der neue Faschismus wird nicht nur auf nationale Identitäten abzielen, er vermittelt sich vielmehr durch die ökonomische Macht der westlichen Industrienationen; eine gesunde patriotische Einstellung zum eigenen Land kann da nur zuträglich sein. Man ist ja stolz zum Club der Exklusiven zu gehören (G7)

Um in Deutschland patriotisches Denken wieder hoffähig machen zu



„Freiheit“, „Frieden“ und sind heute so selbstverständlich geworden, daß ihre Abwesenheit gar nicht bemerkt wird. Im Gegensatz dazu schweigt man den Faschismus von gestern tot. Heutzutage ist es jedem unangenehm zuzusehen, wie politische und ökonomische Interessen nur mit Gewalt durchzusetzen sind - wobei Gewalt physische wie psychische Druckmittel mit einschließt. Ob nun militärische Kampfverbände ökonomisch relevante Gebiete „befreien“ oder „schützen“ sollen oder die Bevölkerung über die Medien vermittelt bekommt, daß man kein „Freizeitpark“ sei und gefälligst mehr Leistung bei geringerem Einkommen zu

können, muß die Massenamnesie weiter vorangetrieben werden. Dies ist der Schlüssel um in Zukunft weltweit durchgeführte Kriseneinsätze legitimieren zu können.

Der güldene Historikerclub Nolte, Zitelmann (während der Sendung von einem Anrufer als Motherfucker tituliert), aber auch Moderatoren wie Guido Knopp (Fernsehhistoriker) als Vorauskommando, ziehen da an einem Strang, sehr zum gefallen rechtskonservativer Politiker. Deutschland als Wirtschaftsmacht, muß natürlich seine Interessen geltend machen, der Versuch aus der "Vergangenheit zu lernen", verkommt zum Sonntagsreden-geblubber der Politiker, bei ehemaligen Opfern, Gedenktagen oder nach Anschlägen rechtsradikaler Gruppierungen auf Ausländer.

Die Tendenz zu solchen Anschlägen ist eng gekoppelt an die "Marktlage", die -wie gerade heute zu beobachten ist- mal stärker, mal schwächer in Erscheinung tritt. Hierbei sind die Ereignisse in Rostock, Mölln und Solingen nur ein Vorgeschmack. Steigende Arbeitslosigkeit und die von den Medien behandelten Themen von „Asylantenflut“ (Spiegel), oder „Ausländerkriminalität“ (Focus) bereiten den Cocktail für eine Reichskristallnacht vor. Das erst seit ca. 6 Jahren verstärkt Anschläge auf Asylantenheime verübt werden, ist sicherlich nicht unabhängig von dieser Entwicklung zu sehen, auch wenn argumentiert wird, daß ja auch zum eil brennende Zigaretten, explodie-

rende Heizungskessel oder psychopathische Ausländer solche Katastrophen herbeigeführt haben sollen. Merkwürdigerweise hat in den 80er Jahren nie etwas gebrannt, obwohl schon in dieser Zeit und davor Asylsuchende in diesem Lande lebten. Vielleicht sollten mal die Heizungen erneuert und ein Rauchverbot eingeführt werden, dies könnte ja als Präventivmaßnahme die Situation verbessern.

Aber am Stammtisch, weiß man es besser: „Der Ausländer ist, wie früher der Jude, Schuld an unserer Misere“ (Außenpolitisch: Weltjudentum, böse Diktatoren, der Kommunismus, der Islam u.s.w).

Findet das Kapital gute strukturelle Bedingungen vor um sich ungehindert entfalten zu können, dominiert der Liberalismus, mit dessen Ideen von Freiheit den Massen eine goldene Zukunft vorgegaukelt wird. Damit ist es aber schnell vorbei, wenn durch das Kapital selbst verursacht Veränderungen eintreten die, die Marktbedingungen gefährden, verändern oder einschränken. Die Krise der FDP zeigt auf sehr anschauliche Weise, daß bisherige Positionen "out" sind und man sich der aktuellen Lage (pünktlich) anzupassen hat, ergo Rechtsruck. Der Rücktritt der liberalen Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger beweist, wohin man kommt, wenn man sich solchen Tendenzen nicht anschließen möchte und eben nicht die Fahne nach dem Wind hängen will. Aber hier wird offenbar, daß es heutzutage schwieriger ist, an

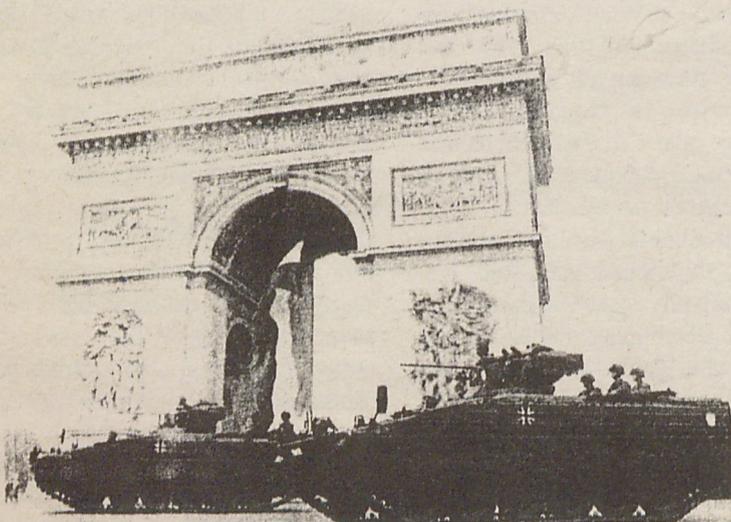
linksliberalen Positionen festzuhalten als an rechten, da eben rechtes Gedankengut gesellschaftliche Strukturen vorfindet, in der es sich wirksam entfalten kann.

Die ZDF Hitlerserie ist nur ein weiterer Versuch, die alte Last abzustreifen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Den wenn schon der nächste Krieg um ökonomische Ressourcen geführt wird, dann bitte mit einem „reinen“ und „gesunden“ Verständnis von Freiheit und Demokratie.

Die Folgen für die innenpolitische Entwicklung ist noch nicht abzusehen.

Im Gegensatz zum Nationalsozialistischen System, wo es eher nicht wünschenswert war, dem Volk die auf Zelluloid gebrannten Aufnahmen der rationellen Eliminierung Millionen von Menschen vorzuführen, mutiert in der Zeit der Kommunikationselektronik jeder Krieg zu einem großen klinisch durchgeführten "Cyber-Performance", damit auch noch das letzte Opfer im wahrsten Sinne des Wortes nicht UMSONST gelitten hat. Den Unterhaltungswert bestimmen dann wir durch die Einschaltquoten. Das ist wahre Demokratie!

Mustafa Darwish-Mostafa



*ON THE ROAD AGAIN*



# SPD OHNE SÜNDEN- FALL

Zieht die SPD unter Lafontaine nach links, nach rechts, nach vorne, nach hinten oder wie oder was? Eine Analyse von Georg Fülberth.

## 1. Wieder einmal eine Fehlprognose

Vor dem Mannheimer Parteitag der SPD hatten Untergangs-Prophезeizungen Konjunktur. Aus strukturellen Gründen, so hieß es, sei diese Partei erledigt.

Dann wechselte sie den Vorsitzenden, und plötzlich schien alles anders auszusehen: Aufbruch.

Hier haben wir ein anschauliches Beispiel dafür, daß Kommentare die Wirklichkeit nicht nur wiedergeben,

sondern daß diese nur nach Maßgabe der Vorstrukturierung durch die Medien überhaupt sichtbar wird. Was ist denn nun wahr? Die SPD am Ende oder vor einem neuen Anfang?

Die Frage bietet sich für die deutsche Sozialdemokratie deshalb immer wieder neu an, weil nur durch solcherlei melodramatische Einfärbung Schwung in den Bericht kommt. Sieht man die Partei als ein Kontinuum, das von nur langsam sich wandelnden Interessen geprägt ist, entsteht der zutreffende Eindruck von Trägheit, Langeweile und Stabilität - wer will so etwas lesen? Deshalb also: Verrat I: Kriegskredite 1914; Verrat II 1918/19: an der Revolution; Zörgiebel; Verrat III in Bad Godesberg: am Marxismus; Willy Brandt; Verrat IV: Nachrüstung, Welt- und Parteiuntergang - und merkwürdigerweise gibt es die SPD immer noch.

Das ist die spannende Geschichte. Die zähflüssige, aber wohl zutreffende, geht so:

Der Kapitalismus ist nicht blöd. Seine Flegeljahre waren in den Ländern, in denen er sich durchgesetzt hat, jeweils nur kurz. Bald organisierte er sich so, daß das, wovon er lebt, die Arbeitskraft, einigermaßen geschützt wird. (Lesen!: Karl Polanyi, The

Great Transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1990). Daran waren viele beteiligt, zum Beispiel der Staat, aber auch das dauerhafteste Resultat der bürgerlichen Revolutionen, der Konservatismus. Dessen Vertreter trugen den siegreichen Liberalen einiges nach und bildeten sowohl in England als auch im Bismarck-Reich latente, niemals öffentlich ausgesprochene Koalitionen mit den angeblichen Umstürzern von morgen gegen die sich grenzenlos gebende Umwälzung von heute: Arbeiterschutz und Sozialversicherung contra absolut ungenierte Kapitalverwertung.

Zur Erreichung dieses Zieles wurde einiges nötig. Eine organisatorische Voraussetzung unter anderem war die Arbeiterbewegung mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften. (Dies gilt übrigens nicht für alle Länder und nicht immer: in den USA konnte länger darauf verzichtet werden.) Der institutionelle Rahmen war der Nationalstaat. Dies erklärt, weshalb Sozialdemokraten dann, wenn ihr Vaterland angegriffen wurde, es verteidigen wollten und im übrigen auch nur scheinbar dagegen waren, wenn es - wie Deutschland 1914 - seiner-

seits zur Attacke übergang. Die Partei blieb damit in einer Tradition des bürgerlichen Nationverständnisses, das sich bis in die Anfänge des Nachdenkens über kapitalistische Gesellschaft zurückverfolgen läßt.

Die Theoretiker des Gesellschaftsvertrags, zum Beispiel Hobbes und Locke, kannten immer auch ein Außenverhältnis - es gab Kriege. Im Absolutismus wurden diese nur vom Monarchen verantwortet, die Untertanen hatten subjektiv nichts damit zu tun. Das war Hobbes, dessen Verständnis vom Staat insofern noch eher universalistisch war, als die Völker nicht voneinander getrennt waren. Anders John Locke: die Teilnehmer am Gesellschaftsvertrag sind nicht über die Spitze, an welche die öffentliche Gewalt delegiert ist, miteinander verbunden, sondern sie bilden eine Gemeinschaft. Damit konnten Marx und Engels später gewiß nichts anfangen, wohl aber Lassalle und Kurt Schumacher - sozialdemokratische Propagandisten der Nation.

Auch ein affirmatives Verhältnis zum Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung ist begründbar. Er macht die Arbeitskraft zur Ware. Damit weist er sie den Proleten - anders als in der Antike den Sklaven und als im Feudalismus den Fronenden oder zinspflichtigen Bauern - immerhin als ihr Eigentum zu, das sie als freie Menschen je nach Marktbedingungen und eigener gewerkschaftlicher Kampfstärke verkaufen können. Eine Ordnung, die so etwas zuläßt, kann vielleicht sogar gegen ein System verteidigungswert erscheinen, welches die Arbeitskraft nicht in der Verfügung des Individuums beläßt, sondern sie verstaatlicht. Damit hätten wir eine nachvollziehbare sozialökonomische Basis des sozialdemokratischen Antikommunismus.

Rote Fahnen sieht man allerdings besser. Bevor die Bourgeoisie sich bereitfand, auch für die Arbeitskraft das fortschrittliche Prinzip der Nachhaltigkeit zu akzeptieren, wurde sie mit der Gefahr ihres eigenen Untergangs konfrontiert. So entstand der revolutionäre Sozialismus - in seiner marxistischen Substanz vor allem ein Produkt der wilden Gründerjahre des Kapitalismus, danach immer wieder einmal aktualisiert, natürlich dann,

wenn das System das Gebot der Pfleglichkeit vergaß oder ihm nicht durchgehend gerecht werden konnte. (Selbstverständlich hatte dieses Erfordernis nur in den Zentren eine Chance zur Realisierung.)

Aber nicht nur der Kapitalismus stand stets unter dem Anpassungszwang, aus dem Innovation resultiert, auch die Sozialdemokratie. Bevor etwas Neues kommt, gerät das Alte in die Klemme. Das sieht dann fälschlicherweise nach Untergang aus, obwohl es nur Variantenwechsel ist. So kommt es zu Fehlprognosen.

Dies soll im folgenden an der Geschichte der SPD belegt werden.

## 2. Die zweite Partei des „Goldenen Zeitalters“

Wenn irgendwann einmal Eric Hobsbawms Buch „Das Zeitalter der Extreme - Weltgeschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts“ auch in der letzten Redaktionsstube gelesen (oder wenigstens bekanntgemacht) ist, wird sich herumgesprochen haben, daß die Jahre 1945-1975 „The Golden Age“ gewesen sind, das Goldene Zeitalter des nordwestlichen Kapitalismus: schnelles Wachstum des Bruttosozialprodukts, Durchschlagen technologischer Innovation auf den Massenkonsum, hohe soziale Mobilität, „Wohlstand für (fast) alle“. Der britische Historiker spricht sogar davon, daß auf diese Weise eine soziale Revolution trotz grundsätzlicher Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sich ereignet habe.

Sie fand vorwiegend unter der Herrschaft von konservativen Parteien statt. In Großbritannien führte der Tory-Premier Harold Macmillan einen Wahlkampf unter der Parole „You never had it so good“ und befand, daß 5% Inflation seien besser als 5% Arbeitslosigkeit. Das italienische und japanische Wirtschaftswunder entwickelten sich unter der Dauerherrschaft der Democrazia Cristiana und der Liberal-konservativen. Die wichtigste sozialpolitische Errungenschaft in der Geschichte der Bundesrepublik, die große Rentenreform von 1957, wurde von Adenauer durchgesetzt. In der Zeit der absoluten CDU-Mehrheit

fallen weitere Verbesserungen für die Lohnabhängigen, bis hin zum Schlechtwettergeld. De Gaulle war gewiß ein Rechter, aber verstand seine „Union pour la Nouvelle République“ als Volkspartei - anders als später die Geldleute um Giscard d'Estaing.

Wir lernen: der Konservatismus ist zur Sozialreform durchaus imstande - zwar nur unter dem Druck der Arbeiterbewegung, doch muß er sich im notwendig werdenden Kompromiß in der Regel weniger verleugnen als der Liberalismus. Zum „Goldenen Zeitalter“ hat er über die Ausübung von Regierungsgewalt mehr beigetragen als die Sozialdemokraten. Die waren damals nämlich meistens in der Opposition.

In Großbritannien immerhin hatte Labour ab 1945 große Verstaatlichungen und den Sozialstaat hingekriegt. Während der fünfziger Jahre - und bis 1964 - regierten dann aber wieder die Konservativen, und sie vollzogen damals keine marktradikale Wende. Thatchers Aufstand war ja gerade eine Abrechnung mit den Anhängern des Wohlfahrtsstaats in der Führung ihrer Partei.

In Italien wurden die Sozialisten zwar ab 1962 in Regierungen des Centro Sinistra einbezogen, aber sie blieben da Juniorpartner. Die Achse, auf der auch dieses Land ins „Golden Age“ glitt, verlief zwischen den herrschenden Christdemokraten und den oppositionellen Kommunisten.

In der Bundesrepublik war die SPD auf Bundesebene bis 1966 in der Opposition. Aber sie regierte in mehreren Bundesländern und in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen. Zusätzlicher Druck zur Sozialreform kam aus der Systemkonkurrenz mit der DDR. Dort war zwar vieles schlechter als in der BRD, aber das mußte dann auch immer wieder bewiesen werden. Bei der Entscheidung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (nach einem langen Streik) 1957 war gewiß dienlich, daß es das schon in der DDR gab.

Offizielle ökonomische Doktrin war der Erhard'sche Wirtschaftsliberalismus. Bei genauerem Hinsehen entpuppt er sich allerdings als Ideologie, welche sich in deutlicher Differenz

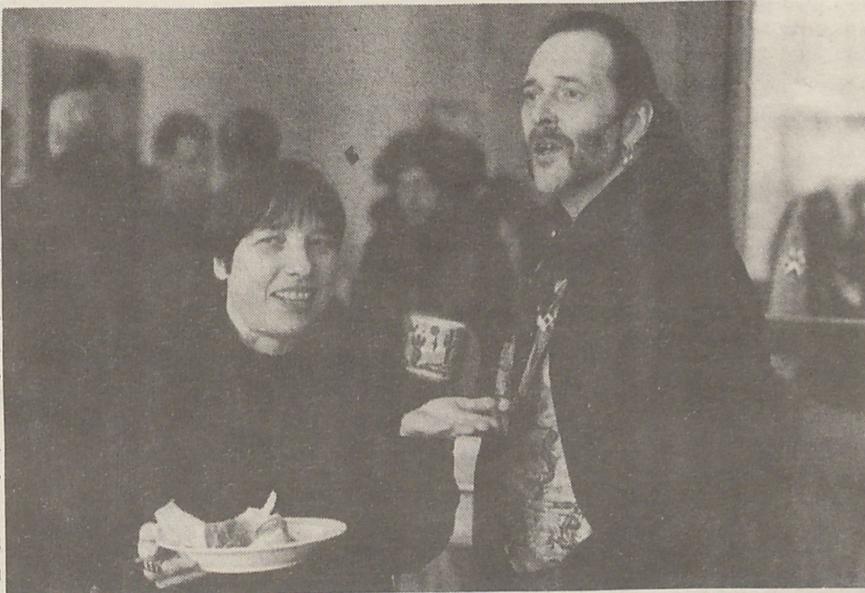
zur Realität befand. In Wirklichkeit wurde in den fünfziger Jahren ziemlich viel dirigiert und umverteilt, unter anderem beim Lastenausgleich, der nun wirklich kein Marktergebnis war. Selbst Erhard fand sich schließlich doch zu dem Eingeständnis bereit, was er ange- richtet habe (und letztlich auch wolle), sei nicht eine Freie Marktwirtschaft, sondern eine Soziale. Dazu konnte die SPD nicht allzu laut nein sagen. In der allgemeinen Politik dominierte der Konservatismus, der sich zugleich als Anti-Totalitarismus verstand. Im Kampf gegen die DDR sollten alle mitmachen können, und die

SPD fand hier gleich zwei Anknüpfungspunkte für sich: durch ihr Eintreten für die freie Arbeitskraft (statt der verstaatlichten) nebst Zubehör (Menschenrechte) und durch ihr Bekenntnis zur einheitlichen Nation, in dem der Kulmer Kurt Schumacher dem Kölner Adenauer sogar an Heftigkeit eindeutig überlegen war. So befand sich die Partei längst auf der Höhe des Status Quo, als sie sich 1959 in Godesberg ein neues Grundsatzzprogramm gab. Es war kein Verrat, sondern Treue zu dem, was sie ohnehin schon seit langem tat. (Eduard Bernstein hätte gesagt: „Und was sie ist, das wage sie zu scheinen!“) Zusätzlich konnte sie sich selbst Fortschrittlichkeit attestieren, da sie ja für keynesianische Teilsteuierung eintrat („So viel Markt wie möglich, so viel Plan wie nötig“). Das wich zwar von der offiziellen Regierungsideologie ab, entsprach aber der realen Praxis nicht nur der SPD, sondern auch der CDU in den fünfziger Jahren.

### 3. Der letzte Läufer

Wir alle kennen das von den Sport-Übertragungen im Fernsehen: eine Stafette ist, wenn eine Mannschaft

nicht schon heillos überlegen ist, nach dem letzten Wechsel am spannendsten. Welcher Schlußläufer ist zuerst am Ziel? Man vergißt zu leicht, daß er seine große Show nur hat, weil die drei anderen vor ihm auch nicht faul waren.



*Auch Antje Vollmer und Bommi Baumann fragen sich "wer hat uns verraten?"*

So ist es mit der Sozialreform in Deutschland. Viele haben daran mitgewirkt: Bismarck, der Zentrumsminister Braun in der Weimarer Zeit (in seine Amtszeit fällt die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung 1927), Adenauer, eine Masse Sozialdemokraten - es war ein parteiübergreifendes Projekt. Dann aber, nach Godesberg, übernahm die SPD den Stab für die letzte Strecke und so entsteht im nachhinein der Eindruck, als sei sie es alleine gewesen.

Eine Ursache für diese verzerrte Optik ist, daß die CDU ihr eigenes Reformpotential für einige Zeit weitgehend erschöpft hatte. (So etwas kann sich aber erneuern: Pflegeversicherung!) Die SPD setzte dem, was schon geleistet worden war, noch ein bißchen was hinzu, vor allem die Bildungsreform. Die wurde erst möglich, nachdem andere Bedürfnisse einigermmaßen befriedet waren, dann war sie allerdings auch unentbehrlich. Ein Geschenk für die Sozialdemokraten war der US-amerikanische Strategiewechsel unter Kennedy. Indem Bahr dies schnell aufgriff, konnte die Sozialdemokratie in der Außenpolitik als Reformpartei nicht nur

erscheinen, sie war es auch. Dieser Impuls trug bis zum Abschluß der Konferenz von Helsinki 1975.

Der sozialpolitische Progreß aber wurde jetzt dort am kräftigsten durchgesetzt, wo er nicht nur eine Sache der Linken war: nämlich in der Großen Koalition 1966-1969. Die Gewerkschaftsflügel von SPD und CDU wirkten zusammen und erwirkten ein paar Dinge, zu deren Abschwächung sich die Kohl-Regierung nach 1982 sehr anstrengen mußte, zum Beispiel das Arbeitsförderungsgesetz mit seinem später so umstrittenen Paragraphen 116.

Auf der Negativseite mag die Notstandsverfassung von 1968 stehen. Die SPD trug dazu bei, daß die Zweidrittelmehrheit, welche zu dieser Grundgesetzänderung nötig wurde, zustande kam. Ein Verrat war auch das nicht. Der Anwendungsfall konnte nur in einem Konflikt des Kalten Krieges als möglich gedacht werden, und daß der Kapitalismus gegen die Bolschewisten verteidigt werden müsse, war sozialdemokratischer Glaube spätestens seit 1917. Gemessen an diesem Ziel war (und ist) die - bis heute niemals angewandte - Notstandsverfassung sogar recht milde, auch im Hinblick auf das meistens viel gröbere Ausnahmerecht anderer Staaten oder auch auf das, was der christdemokratische Innenminister Schröder 1958 vorgehabt hatte. Dafür konnte man sich die Machtbeteiligung wohl sogar mit einigermmaßen gutem Gewissen erkaufen.

Zumal danach die herrlichen Zeiten von Willy Brandt und Karl Wienand anbrachen. Über die Berufsverbote kann, wer sie schofel fand, mit der Sozialdemokratie rechten, sie selbst wird sich nichts vorzuwerfen haben, denn es war kein Verrat an ihrer Tradition und an ihren kapitalismus-



*Oskar und Rudi verraten sich gegenseitig*

verteidigenden Grundsätzen, und außerdem hatte sie in ihrer Geschichte schlimmeres gekannt, zum Beispiel Noske. Daß auch die Ostpolitik derselben Logik folgte, wird gegenwärtig Egon Bahr nicht müde zu betonen: es ging um die Schwächung des Feindes mit anderen Mitteln und um die Vorbereitung dessen, was damals auf andere Weise nicht befördert werden konnte: der Einheit der Nation.

Sozialpolitisch brachten die Jahre 1969-1974 allerdings weniger als vorher die große Koalition. Sie waren ökonomisch der letzte Ausläufer jenes „Goldenen Zeitalters“, das wachsende Masseneinkommen und die - häufig genutzte - Möglichkeit des Staates gebracht hatte, umzuverteilen, ohne das diejenigen, denen dabei etwas genommen wurde, allzu arg bluten mußten.

#### 4. Was war schlecht an Schmidt?

Mit der Krise 1975 war Schluß mit lustig. Wäre die SPD das gewesen, was ihre konservativen Gegner ihr andichteten: eine Partei der Verschwender, die nur aus dem Vollen schöpfen konnte, aber völlig versagte, wenn nicht mehr so viel da war - sie hätte jetzt den Betrieb einstellen müssen. Statt dessen muß erklärt werden, weshalb die sie sich immerhin noch bis 1982 an der Macht halten konnte.

Dabei stoßen wir auf ein weiteres. Mal auf die Besonderheit, daß die

SPD nicht nur aus radikal-demokratischen und reform-sozialistischen Quellen zu schöpfen vermag, sondern auch aus konservativen. Inzwischen hatte sie diese sogar zu parteiinternen Ressourcen machen können, während sie bei Bismarck und Adenauer noch auf Bande hatte spielen müssen. Hieß es früher: wir müssen die

regierenden Rechten ablösen, so lautete die Parole jetzt: Wenn die dran kommen, wird alles noch viel schlimmer, deshalb müssen wir, um das zu vermeiden, einiges von dem selber machen, was die Konservativen auf jeden Fall viel schärfer exekutieren würden. Nebenbei kam auch noch Vernünftiges zustande, zum Beispiel das „Zukunfts-Investitionsprogramm“ von 1977.

Mit dem Aufleben des Kalten Krieges und in der letzten, entscheidenden Runde des Wettrüstens trieb Schmidt allerdings die traditionelle sozialdemokratische Systemverteidigungspolitik so weit, daß darüber tatsächlich die Einheit der Partei in Frage gestellt wurde: nicht der Organisation, sondern ihres Wählerpotentials. Der von ihm mit-initiierte Mittelstrecken-Raketen-Rüstungsbeschluß der NATO 1979 gehörte zu jenen äußeren Faktoren, die - neben zahlreichen inneren - dem Realen Sozialismus den Garaus machten. Ihre prokapitalistische Funktion hat die SPD dabei so vollendet erfüllt, daß sie darüber heute kaum noch zu reden wagt: es war ein den Atem verschlagender Erfolg.

Erkauft wurde er mit dem Verlust des wahlpolitischen Monopols links von der CDU/CSU und FDP. Diesen Raum muß sich die SPD seit Schmidt mit den Grünen teilen. Das wird ihm ein bißchen übelgenommen. Durch das Abwandern der Grünen in die Mitte hätte wieder weiterer Platz für die SPD auf der Linken freiwerden

können, hätte ihr nicht ein weiterer Sieg neue Probleme gebracht.

#### 5. Broad Church?

Die deutsche Sozialdemokratie ist in gewisser Weise eine Bewegung der Selbstaufopferung. Wenn sie Ziele erreicht, die dem Kapitalismus und der Nation dienlich sind, siegt sie sich zugleich zu Tode. Die Unterstützung der kaiserlichen Kriegspolitik durch die SPD hatte 1917 zur Abspaltung der USPD geführt, Eberts Bündnis mit Hindenburg und das zu späte Aussteigen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Gründung und dann sogar zum Masseneinfluß der KPD.

Einen ähnlichen Bumerang-Effekt hatte die Wiedervereinigung. Sie war eine Erfüllung sozialdemokratischen Sehns, führte aber zugleich dazu, daß die SPD im Osten noch die Konkurrenz einer weiteren Partei auszuhalten hat, die der PDS.

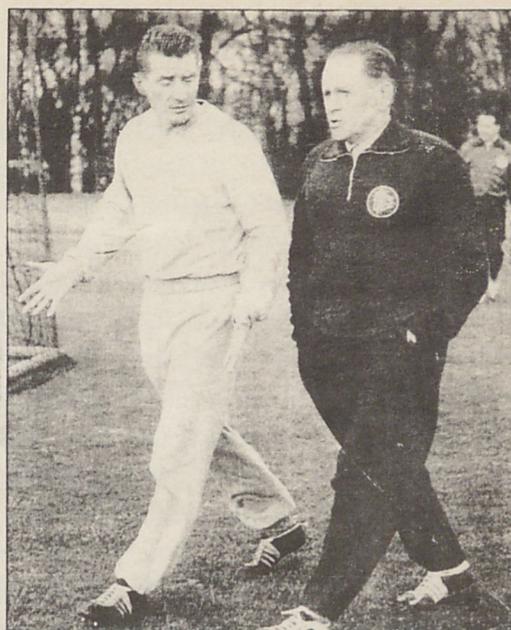
Scharpings Abgrenzung gegen diese Partei war der hilflose Versuch gewesen, eine organisatorische Vereinheitlichung der sozialdemokratischen Bewegung durch Kaputtmachen der Konkurrenz zu erreichen. Lafontaine probiert dasselbe mit Hilfe der Kooperation. Wahrscheinlich hat er Erfolg damit: nach Schily kämen dann Bisky und Gysi. Die SPD würde zu dem werden, was Neil Kinnock von der Labour Party dachte: eine „Broad Church“. Außerdem blieben dann immer noch die Grünen.

Kann aber noch nicht einmal die PDS geschluckt werden, dann müßte Mannövrierfähigkeit auf der (Halb-)Linken notgedrungen unter Beibehaltung einer Organisations-Dreifaltigkeit gesucht werden, und zwar auf der Basis eines gemeinsamen Bekenntnisses zu einer sozialen und ökologischen Liftung des übrigen zu hegenden und zu pflegenden Kapitalismus.

*Abt. Politischer Fußball*

## Rainer-ich-will-auch-mal-was-sagen-Zitelmann weiterhin ohne Punktgewinn

Was passiert, wenn die Neue Rechte die CDU besucht, um über Deutschland über alles zu diskutieren? Man muß sich solche politischen Begegnungen wie ein Fußballspiel vorstellen, meinen Andreas Klärner und Christof Meueler, die für Sie auf der Tribüne saßen.



Rainer Zitelmann wäre gerne wichtig. Mindestens so wichtig wie Mario Basler. Eine Persönlichkeit, die sich nicht einschätzen läßt und die viel Rücksicht braucht, um sich richtig zu entfalten. Natürlich umstritten, aber dabei immer genial. Gottgleiche Freistöße treten und zur eigenen Belohnung den Trainer verachten. Dummerweise kann Rainer Zitelmann keine Freistöße schießen und einen Trainer hat er auch nicht. Aber er hat viel Kondition, denn er will Deutschland retten - vor Frauen, Ausländern und 68ern. Er glaubt, Frauenquoten würden Unglück bringen, Ausländer wollten die Deutschen verjagen und die 68er die Medien und damit den Staat beherrschen. Rainer Zitelmann ist neben Ernst Nolte der wichtigste Ideologe der sogenannten *Neuen Rechten*. Diesen Leuten geht Deutschland über alles. Sie sind dafür sogar bereit, in die Berliner FDP einzutreten und so zu tun, als wäre Rainer Zitelmann der Führer, auf den die deutsche Reaktion 50 Jahre lange warten

mußte. Sozusagen ein Jörg Haider für die BRD. Leider hat die deutsche Reaktion daß noch gar nicht mitbekommen. Und so muß Zitelmann mit seinen Freunden viel durch Deutschland touren, um seine Botschaft zu verkünden. Fußballerisch gesprochen: ein Freundschaftsspiel nach dem nächsten absolvieren, um irgendwann einmal bundesligatauglich zu werden. Sein ewiger Gegner heißt dabei CDU, denn die stellen den Kanzler und die Wählermassen. Doch Zitelmann denkt, er käme über Kampf ins Spiel, so wie in der Regel die deutsche Nationalmannschaft. Ob Seminar oder Podiumsdiskussion - jede CDU-Veranstaltung, zu der er geladen ist, wird auch von ihm tapfer besucht, auch wenn die CDU ihn nur als Buhmann benutzt, von dem sie sich moralisch abgrenzen kann, um ihre eigene Politik zu feiern. Diese Konstellation gab es Anfang November '95 erneut zu begutachten, als die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung nahe Bonn ein Seminar zum Thema

„Alte Linke und neue Rechte“ veranstaltete, um die Stärken und Schwächen ihrer linken und rechten Gegner auszuloten. Die geladenen Linken waren alle Milde-Sorte, brave Buben von der Universität. Die Rechten waren Publizisten aus der WELT AM SONNTAG, der JUNGEN FREIHEIT etc. und hatten ungefähr das Niveau von Onkel Franz aus der LINDENSTRASSE.

Zitelmann war hoffnungsfroh angereist. Das Seminar versprach ein leichtes Freundschaftsspiel, denn es ging ja implizit nicht *über*, sondern *gegen* links. Womit Zitelmann nicht gerechnet hatte: die geladenen Linken folgten blind der alten CSU-Parole aus dem Bundestagswahlkampf 1976 und stritten munter für die Freiheit statt für den Sozialismus. Die Freiheit kann Zitelmann gar nicht leiden, denn er möchte ein geschlossenes Wahnsystem, das Deutschland heißt und in dem alle zwanghaft ununterbrochen nur von dem einen reden: nämlich von Deutschland und sonst

nichts. Das nervt selbst die CDU, die dann bereit ist, unter ihrer Führung gegen Zitelmann ein Auswahlteam mit Milde-Sorte-Linken zusammenzustellen. Die Linken kämpfen darin für die Freiheit des Wortes und die CDU für die Freiheit des Geldverdienens. Die CDU gibt den Ton an und fühlt sich dabei sogar weltoffen, demokratisch und verantwortungsvoll. Ungefähr so wie die Führungsgruppe beim FC BAYERN. Die Linken dürfen mit und sich endlich als die von der CDU anerkannte, staatstragende Erwachsene begreifen. Sie verhalten sich wie Edioreservisten beim FC BAYERN: immer kurz vor dem Rauswurf stehen und total glücklich sein, wenn der Trainer einmal weiß, wie man heißt. Man gönnt sich ja sonst nix...

## 1. Halbzeit

Dem Anpfiff des Spiels, der Vertreter der Christlich-abendländische Fundamente der parlamentarischen Demokratie gegen die Schreihäse der nationalistischen Wiederbelebung, folgte eine furiose Auftakt-offensive des Alt-Linken Hauke-Brunkhorst (frankfurter Philosophie-Prof) mit seiner Definition „des Amtes der Intellektuellen“. Von Jesaja bis Adorno sei das „Leben ohne Leitbild“ Grundmotiv jedes Intellektuellen gewesen. Die Kritik des Bestehenden, der Diskurs über eine bessere Zukunft muß Aufgabe der Intellektuellen sein, nicht das Metaphysische Fabulieren über Wesenheiten wie Volk, Nation und Werte, von denen nicht einmal diejenigen, die darüber re-

den, wissen was deren Inhalt sein soll. Der erste gut vorge-tragener Angriff war ein scharfer Schuß vom 16-Meter-Raum: „Die Tugenddiskussion der Rechten ist ein reines Überbauphänomen“ streifte leider nur die Latte. Trotzdem befand die Rechte sich in der Anfangsphase in dauernder Defensive bis ihr Libero Ulrich Schacht (WELT AM SONNTAG) versuchte, mit Brunkhorsts Plädoyer gegen die Vergötzung der Nation mit einem Befreiungsschlag aus dem Gefahrenraum zu katapultieren: Die ökonomische Maschine müßte durch den Nationalstaat eingedämmt werden, so sein Argument. Dieser Ball kam aber postwendend zurück, da er im Mittelfeld keinen Abnehmer fand. Spieler Brunkhorst konnte die Situation sogar nutzen und mit einem sehenswerten Solo das erste Tor der Partie erzielen. Die Situation in der verlangsamten Wiederholung: Brunkhorst nahm den Querschläger von Schacht geistesgegenwärtig auf, umdribbelte die unzulänglich postierte Verteidigung der Neuen Rechten und wies darauf hin, daß die gegenwärtigen Probleme, verursacht durch die Globalisierung des Weltmarktes, kaum durch die Abkoppelung von eben diesem zu lösen seien. 1:0 für die CDU plus Milde-Sorte-Linke. Kurz darauf schoß die Neue Rechte ein klassisches Selbsttor. Mit der Bemerkung, die Vereinbarung der DDR-Volkskammer und des Bundestages über den Einigungsvertrag seien rechtmäßig, und eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung sei daher nicht mehr not-

wendig. Damit erkannten sie die Volkskammer als demokratisch legitimiertes Organ der DDR-Bürger an!? Dieses Tor wurde jedoch wegen einer eindeutigen Abseits-jeglichen-Diskurses-Entscheidung nicht anerkannt. Schön anzusehen war es trotzdem.

Mitte der ersten Halbzeit trat der CDU-Spieler Noack (früher FAZ) in Aktion, konnte aber außer einiger Verwirrung wenig erreichen. Einzig mit der Bemerkung seit dem Golfkrieg sei es in der BRD wieder möglich, gleichberechtigt zwischen Links und Rechts zu diskutieren, leitete er unfreiwillig die Gegenoffensive durch den Spieler Zitelmann ein. Er konnte in dieser Phase der Partie mehrere Schüsse aufs CDU-Tor abgeben, die jedoch allesamt das Tor, respektive die Realität, weit verfehlten. Nur ein Beispiel für diese Wiederkehr des Immergleichen-Zitelmann-Arguments: „Linke Medienkartelle beherrschen die deutsche Meinungsbildung“ - meint Herr Zitelmann; den Gedanken in diesem Moment auf die übermächtige BILD-ZEITUNG hinzuweisen - die die öffentliche Meinung wohl unbestreitbar beherrscht, wie kein anderes Blatt - hatte leider keiner der, in dieser Phase des Matches allesamt etwas müde wirkenden, Akteure der CDU-plus-Milde-Sorte-Linke. Deutlich wurde hierbei nur die seelische Verfassung von Zitelmann, der außer an deutlichem Realitätsverlust auch noch an nicht mehr zu übersehenden Minderwertigkeitskomplexen zu leiden scheint: „Ich will auch mal was sagen, Ich will daß mir jemand

zuhört“, nur zu glücklich, daß im Moment noch niemand gezwungen werden kann langweilige Blätter, wie FOCUS, die JUNGE FREIHEIT oder DIE WELT zu lesen. Was niemand interessiert, will auch niemand hören, Herr Zitelmann! Oder anders ausgedrückt: Wer schlecht spielt kommt auf die Tribüne (und kann dort so laut schreien, wie er will).

## 2. Halbzeit

Die zweite Halbzeit begann erneut mit einer bedingungslosen Offensive der CDU-Mannschaft gegen die mit Ernst Jünger in den Kulturkampf ziehende und mittlerweile nur noch aus drei Stammspielern (Zitelmann, Klaus-Rainer Röhl - Ex-Meinhof-Ehemann und Nolte-Doktorand -, Schacht) bestehende Formation der Neuen Rechten. Vorgetragen wurden diese Angriffe im Alleingang vom Milde-Sorte-Linken Herzinger (Berliner Germanist), der nachweisen konnte, daß 1. die Strategie der Neuen Rechten gar nicht so neu ist („Botho Strauß versucht den literarischen Bürgerkrieg der Moderne wiederzubeleben“) und 2. in die Katastrophe des Nationalsozialismus geführt hatte. 2:0.

In der Folgezeit sah sich Herzinger aber einer Reihe von gefährlichen Angriffen ausgesetzt, denen er aber geistesgegenwärtig mit einem klassischen Cattenachio begegnete. Die Angriffe („das nationale Interesse steht im Vordergrund“, „die Westbindung ist nur eine Option“) perlten an Herzinger ab; statt dessen konnte er die Situation nutzen und mit einem Kon-

ter („Nationalismus ohne die Verteidigung der westlichen Werte, ohne die Prinzipien der offenen Gesellschaft ist nichtsagend“) den dritten Treffer der Partie erzielen 3:0.

Damit schien das Match Mitte der 2. Halbzeit schon entschieden, es kam aber noch schlimmer: Die Neue Rechte sammelte sich, außerhalb des Strafraums, vergaß aber den Torwart im Kasten zu lassen. Die „Pathologie des (von den 68ern dominierten) politischen Diskurses in Deutschland“ (Zitelmann) wurde vom CDU-Kapitän Peter Müller (Chef der CDU-Saarland) einfach nicht gesehen, der Ball aber dankbar aufgegriffen und im Gewühl (der Name Müller verpflichtet) in den Maschen des gegnerischen Tores versenkt („Die Linkverschiebung findet nicht statt“), 4:0.

Die weiteren verzweifelten Angriffsbemühungen der Neuen Rechten landeten denn auch allesamt, dank der begnadeten Stürmerqualitäten von Peter 'Gerd' Müller in ihrem eigenen Tor.

Und hier die schönste Szene des Spiels noch einmal in der Super-Slo-Mo: Schacht versucht einen Ausfall aus der „lebensgefährlichen“ (K.-H. Rummenigge) Situation mit der Bemerkung „Bei der Entscheidung um das Europäische Währungssystem geht es um die Aufgabe der nationalen Souveränität, hier muß das Volk befragt werden“, dieser Angriff wurde eiskalt abgefangen und von Müller mit einem Heber galant abgeschlossen (wo war der Torwart!?) „Wenn jemand glaubt unsere Probleme seien

national zu lösen, ist er erstens nicht von dieser Welt und gefährdet zweitens den Wirtschaftsstandort Deutschland“, 5:0.

Leider konnte sich Müller nicht zurückhalten und in dieser Situation den Gegner in unflätiger Weise zu beschimpfen: „Herr Zitelmann, sie sind eine Randgruppe in einer Splitterpartei“, womit er wohl andeuten wollte, daß dieser Gegner gnadenlos überschätzt und überbewertet wurde. Diese Aktion ging aber im allgemeinen Jubel unter und wurde nicht geahndet. Auch nicht weiter ins Gewicht fiel der Ehrentreffer der Neuen Rechten in den letzten 10 Minuten der Partie, die unter dem Motto „political correctnes“ standen, diesen Treffer konnte KR Röhl mit der Bemerkung „Alle Diktaturen fangen mit Sprachregelungen an“ erzielen. Endstand: 5:1.

## 3. Halbzeit

Die Abreise der demoralisierten Truppe der Neuen Rechten geschah Bernd-Schuster-like im weißen Jaguar von Klaus-Rainer-Röhl (Kennz. K-RR 1928) unter den höhnischen Rufen der Fans: „Ihr könnt nach Hause fahr'n, ihr könnt nach Hause fahr'n, ihr könnt, ihr könnt nach Hause fahr'n.“



# Argumente gegen Dummschwätzer



Vom "Focus" bis zum "Bundeskanzleramt" ist klar: Staatsfeind Nr.1 sind die Sozialschmarotzer. Mit den Asylanten, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ver-saufen die Studis unser Staat sein klein Häuschen. Wer studieren will, soll künftig dafür zahlen! Der AStA der Uni-Augsburg hält dagegen.

## 1 "Das Geld ist alle!"

„Die öffentlichen Kassen sind am Ende ihrer Ausbeutungsfähigkeit angekommen, durch die Wiedervereinigung und mit dem Zusammenbruch des Ostens sind der BRD finanzielle Belastungen entstanden, die eine ausreichende staatliche Finanzierung der Bildung nicht mehr möglich machen.

Wir müssen überall sparen!“

So in etwa lautet das beliebteste Argument, das jede politische Maßnahme-rechtfertigen zu scheint. Richtig muß es heißen: Geld - wenn auch knapp - ist genug vorhanden. Es wird nur aufgrund politischer Entscheidungen nicht in Bildung, sondern andere Dinge investiert. Wenn die Politik überhaupt mit solcherlei Aussagen Politik betreiben will, muß ehrlich sein und sagen: „Wir geben das Geld lieber für andere Dinge aus.“ Nur die kleinsten Beispiele, um niemanden allzusehr zu strapazieren: Im Bundesverkehrswege-plansind 11.000 km Autobahnen und Fernstraßen ausgewiesen, eine minimale Kürzungum 400 Km brächte Finanzmittel von 4 bis 4,6 Mrd. DM (Uni-Präsident Daxner, Oldenburg). Auch der ehemalige Bildungsminister Ortleb sprach seiner Zeit dieses Thema an. Demnach würde die minimale Kürzung des Bundesverkehrswege-planes um jährliche 50 Kilometer aus-

reichen, um den nötigsten Bedarf der Hochschulen bereitzustellen. Die Bundesrepublik hat aber noch wesentlich mehr Geld und sie gibt es für noch sinnlosere Dinge aus: Die Hälfte der Staatsausgaben für Forschung fließt weiterhin in Rüstungsforschung! Die Bundesrepublik „verteidigt“ sich mit Landminen, deren Produktion jährlich 340 Millionen verschlingt. Abgesehen davon, daß dies eine der grausamsten Waffen ist, die überhaupt existieren und sie weltweit geächtet worden sind, ist dies einer der sinnlosesten Ausgaben im Haushalt der Bundesregierung. Das derzeitige Bauvolumen für den Berlin-Umzug beträgt 10,5 Mrd. DM, Schätzungen reichen bis über 30 Mrd. endgültige Umzugskosten. Man kann dies - im Gegensatz zu den beiden vorher genannten Ausgabenposten als wichtig und richtig empfinden, als politische Entscheidung sowieso, aber es darf vor dem Hintergrund dieser Zahlen nicht mehr von der Geldknapp-

heit gesprochen werden. Im Gegensatz dazu sind die realen Nettoausgaben für den Hochschulbereich (ohne Kliniken) von 1980 bis 1991 nur von 12,472 Milliarden auf 14,761 Milliarden gestiegen. Der Anteil der realen Nettoausgaben für den Hochschulbereich (ohne Kliniken) am Bruttoinlandsprodukt ist damit von 0,85 Prozent 1980 auf 0,56 Prozent 1991 gefallen.

## 2. "Es wird zu lange studiert!"

„Studierende nutzen den Staat aus und machen sich auf seine Kosten ein schönes Leben. Wenn sie für das Studium bezahlen müßten, würden sie die Sache wieder ernster nehmen.“

Das schöne Studentenleben gibt es genauso lange wie die Universitäten. Seit Ende der 80er wird wieder verstärkt über das „parasitäre Leben“ der Studierenden lamentiert. Jedoch leben die Studierenden in ihrer überwiegenden Mehrheit weder auf Kosten des Staates (vgl. 3. soziale Gründe gg. Studiengebühren), noch studieren sie unverhältnismäßig lange. Die überwiegende Mehrheit der StudentInnen absolviert - trotz der rapide verschlechterten Betreuungsrelation, den real zurückgehenden Mitteln und den steigenden Prüfungsanforderungen - in überraschend zügiger Weise ihr Studium.

In allen Fächern nahm die Zahl der Studierenden von 1980 - 1990 stark zu:

Geisteswissenschaften: + 40%  
Jura, WiSo: + 47,1 %  
Naturwissenschaften: + 46,5 %  
Ingenieurwissenschaften: + 37,5 %  
Medizin: + 9,0 %

Die realen Ausgaben sind - wie oben bereits genannt - kaum angestiegen. Der Anteil der Ausgaben für Hochschulen am Bruttosozialprodukt hat seit Ende der 70er um 20% abgenommen, die Studierenden haben sich verdreifacht! Seit Mitte der 70er wurden keine neuen Stellen für Professor(inn)en geschaffen. Kaum für Ausgleich sorgen konnten die we-

nigen neuen Stellen für Dozenten und Dozentinnen. Wenn immer mehr Studierende von gleichbleibend wenig Professor(inn)en ohne Veränderung der Rahmenbedingungen betreut werden, führt dies automatisch zur **V e r l ä n g e r u n g** der Studienzeiten. Gleichzeitig wird das Studium tendenziell verschult. Die „Massenuniversität“ muß Veranstaltungen und Prüfungen möglichst breitenwirksam und effizient durchführen. Statt Kleingruppenseminaren gibt es Vorlesungen mit mehreren hundert Studierenden oder zulassungsbeschränkte Seminare. Statt Prüfung der individuellen Fähigkeiten werden Klausuren im Multiple-Choice-Verfahren zum Nachweis für Wissen und Bildung. Die sinkende Qualität der Lehrveranstaltungen sowie die Einführung von im vornherein festgelegten „Quoten“ für diejenigen, die die Prüfung bestehen können, führen selbstverständlich zur Verlängerung der Studienzeiten. Wenn in einzelnen Fächern ein bestimmter Prozentsatz an Studierenden in Prüfungen durchfallen muß, dann dauert das Studium - unabhängig vom Wissen der Studierenden - länger. Zudem kommen sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen. Immer weniger Studierende können und wollen sich um nichts anderes als ihr Studium kümmern. Das BAFÖG reicht zum Lebensunterhalt entweder nicht vollkommen aus oder sie erhalten gar keins. Andere Studierende wollen auf etwas Luxus zugunsten einer kürzeren Studienzzeit nicht verzichten und arbeiten trotz elterlicher Unterstützung neben ihrem Studium, um sich Urlaub, Kultur, Kleidung und anderes leisten zu können. Es ist durchaus legitim, für sein Studium etwas länger zu benötigen, wenn nebenher gearbeitet werden muß.

Gearbeitet wird noch aus weiteren Gründen. JedeR weiß, daß ein Studium allein noch keine Garantie für einen attraktiven Arbeitsplatz ist. Wer vorbereitet sein will, muß Praxis erwerben, sich möglichst schon bei einigen Firmen bekannt machen oder über Arbeitsverhältnisse Kontakte knüpfen. Nichts anderes hört man bei den Vorträgen der Personalchefs an Universitäten, nichts anderes bekommt von den bereits fertigen KommilitonInnen gesagt. Diejenigen,

die „durchmarschiert“ sind, müssen nach ihrem Studium die mangelnde Praxis oft erst noch mit Hilfe von Trainee-Programmen, Volontariaten oder Jobs ähnlicher Art erwerben. Die Studierenden, die während ihres Studiums nicht nur pure Theorie in sich hineingefuttert haben, können sich die Stellen oft aussuchen! Es sind immer mehr Zusatzqualifikationen über die prüfungsrelevanten Studieninhalte hinaus nötig, wie Sprach- und Computerkenntnisse, Praktika in In- und Ausland, soziale Kompetenzen, Kritikfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein. Ob diese in den willkürlich festgelegten Regelstudienzeiten überhaupt erlangt werden können, ist fraglich - unter den derzeitigen Studienbedingungen jedenfalls nicht. SchmalspurkurzzeitabsolventInnen haben daher oft große Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche. Studierende, die egal aus welchem Grund arbeiten und deren Studium damit zumindest kein Vollstudium sein kann, benötigen länger. Das muß auch erlaubt sein. Warum sollten ausgerechnet diejenigen zahlen, die sowieso seltener anwesend sind? Sie belasten die universitäre Infrastruktur kaum. Zudem stimmt es schlicht nicht, daß die Studienzeiten unerträglich angewachsen wären. Zwischen 1980 und 1991 haben sich nach den neuesten Zahlen des Wissenschaftsrates die AbsolventInnen in jedem Studienbereich beinahe verdoppelt.

\* Sprach- u. Kulturwissenschaften: 5.054 (1980) - 10.247 (1991)

\* Rechts-, Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften: 7.781 (1980) - 14.456 (1991)

\* Mathematik, NaWi: 7.781 (1980) - 14.625 (1991)

\* Ingenieurwissenschaften: 5.537 (1980) - 11.313 (1991)

\* Diplom-, Magisterprüfungen insgesamt: 25.205 (1980) - 55.839 (1991)

Die durchschnittliche Studiendauer, die sowieso kaum aussagefähig sind, da sie nichts über die Verteilung aussagen und wieviele Studierende denn jetzt innerhalb der administrativ-willkürlichen Studienzzeit bleiben und wieviele um wieviele Semester länger studieren, hat im selben Zeitraum kaum zugenommen:

\* Sprach- u. Kulturwissenschaften: 5,6 Jahre (1980) - 6,6 Jahre (1991)

\* Rechts-, Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften: 5,5 Jahre (1980) - 6,0 Jahre (1991)

\* Mathematik, NaWi: 6,3 Jahre (1980) - 6,7 Jahre (1991)

\* Ingenieurwissenschaften: 5,8 Jahre (1980) - 6,7 (1991)

\* Diplom-, Magisterprüfungen insgesamt: 5,7 Jahre (1980) - 6,4 Jahre (1991)

Berücksichtigt man weiterhin die Tatsache, daß in allen Studienfächern die Prüfungsanforderungen - korrespondierend mit dem Grad der Überlastung, aber auch irgendwelchen seltsamen natürlichen Gesetzen folgend - ständig steigen, muß man geradezu überrascht sein, daß so viele Studierende in relativ kurzer Zeit ihr Studium absolvieren. Ferner müssen natürlich bei der Bewertung der veränderten Studienzeit die Veränderung der sozialen Verhältnisse der Studierenden berücksichtigt werden. (Die Zahl der BAFÖG-EmpfängerInnen ist „seit Kohl“ um über 12% auf 20,75 % (1980) gesunken, von Vollqualifikationsförderung wurde auf Teilförderung umgestellt.

### 3. "Teurer: besser?"

„Wenn die/der einzelne Studierende Gebühren für sein/ihr Studium zahlen muß, kann er auch die Qualität und den Ort der Ausbildung bestimmen. Die Hochschulen werden sich mehr anstrengen, um möglichst viele Immatrikulierte und damit Geld zu erhalten. Damit wird die Qualität der Lehre steigen.“

Bildung zählt nicht zu den Gütern, die den Gesetzen des Marktes unterworfen werden können. Zum Beispiel hat die Wahl des Studienstandortes in vielen Fällen nichts mit dem „Ruf der Universität“ und der dortigen Qualität der Lehre zu tun. Zum einen sind viele StudienanfängerInnen aufgrund ihrer finanziellen Situation gezwungen, am Heimatort zu studieren. '91: 23% aller Studierenden wohnen bei ihren Eltern! Deren Zahl wird durch Studiengebühren noch ansteigen (für sie gilt

die Konsumentensouveränität überhaupt nicht).

Zum anderen wird die Entscheidung für oder gegen eine Universität eher über die Attraktivität der Stadt gefällt. Vollkommene Markttransparenz läßt sich über die Qualität der Lehre auf keinen Fall herstellen. Sie ist weder bundesweit evaluierbar noch sind bisherige Hochschulrankings repräsentativ (5 - 15 Befragte). Zudem strotzen sie vor ungeeigneten Kriterien (Zahl der Veröffentlichungen, Bewertung durch Personalmanager, etc.). Weiterhin entscheidend sind Aufnahmekapazitäten der Universitäten sowie die der Städte (Wohnungsangebot) für die Wahl des Hochschulortes. Wenn man in einer Stadt keine Wohnung be-



kommt, wird man gezwungenermaßen in eine andere zum Studieren gehen. Die „Marktorganisation“ der Hochschulen würde dazu führen, daß die Hochschulen daran interessiert wären, möglichst viele StudentInnen mit möglichst wenig Aufwand durch ihr Studium zu bringen. Dies führt zu noch mehr und noch größeren Massenveranstaltungen und damit zu schlechte-

rer Lehrqualität. Gerade wenn StudentInnen für ihr Studium bezahlen müssen, sind sie darauf angewiesen, nach ihrem Studium eine entsprechende Arbeitsstelle zu bekommen. Da die Abschlußnoten dabei oft auch eine entscheidende Rolle spielen, suchen sie sich die Hochschule aus, die die leichtesten Prüfungen und die besten Noten verspricht (dies zeigen auch die Erfahrungen aus den USA), nicht unbedingt die mit der besten Lehrqualität. Die Qualität der Lehre ist durch Studiengebühren nicht zu verbessern. Verbessert werden könnte diese, wenn den StudentInnen mehr Mitspracherechte in der Lehre eingeräumt würden. Denn gerade sie als Betroffene können ihre Vorstellungen und Wünsche wohl am besten einbringen.

Offene (unbeantwortbare) Fragen zur Erhebung von Studiengebühren: Nach welchen Kriterien sollte gezahlt werden? Schließlich haben die Studiengänge eine unterschiedliche Wertigkeit und verursachen auch unterschiedlich hohe Kosten, die im übrigen kein Mensch exakt berechnen kann. Die Ausgaben für die jeweiligen Fächer an unterschiedlichen Universitäten sind umgelegt auf den einzelnen Studierenden so unterschiedlich, daß nicht einmal das Fach als Kriterium hinreichend sein könnte. Welche Kosten werden tatsächlich durch die Studierenden verursacht? Schließlich werden Gebäude, Infrastruktur und sogenannte „Lehrkörper“ auch noch für andere Dinge eingesetzt.

### 4. "Sind Studiengebühren demokratisch?"

Studiengebühren stellen einen sozialen Numerus clausus dar. Allein durch ihre Existenz werden sie den freien Zugang zu den Hochschulen begrenzen - auch wenn dies bei einigen Modellen gar nicht intendiert ist. Auch Studiengebühren, die über zinslose Darlehen, bzw. über angehoebene BAFÖG-Sätze oder über „Gutscheine“ kompensiert werden sollen,

schrecken Studierwillige - insbesondere die sozial Schwächeren - zwangsläufig ab. Wegen dieser Abschreckungsfunktion können Studiengebühren niemals als sozialverträglich gelten, egal wie ihre soziale Abfederung gestaltet ist. Das Beispiel Bayerns, wo es seit letztem Jahr bereits Studiengebühren für GasthörerInnen gibt, belegt die Abschreckung eindeutig: Die Zahl der Gasthörer ist deutlich zurückgegangen. Wer für Studiengebühren argumentiert, vergißt trotzdem (fast) nie zu betonen, daß diese sozial abgedeckt sein müßten. Dabei wird jedoch nicht auf die soziale Situation des Studierenden selbst Bezug genommen, sondern auf die Einkommenssituation seiner Eltern. So beziehen sich die Pläne für einen „Ausgleich“ meistens auf höheres BAföG oder den Familienlastenausgleich. Dies würde in verstärktem Maße bedeuten, daß Studierende finanziell von ihren Eltern abhängig sind und bleiben. Andererseits wird gerade von Studierenden (mehr als vom „Durchschnittsbürger“!) erwartet, daß sie selbständig, verantwortungsvoll, mündig etc. sind. Dann ist es doch mehr als widersprüchlich, wenn sie ausgerechnet in ihrer Existenzgrundlage (denn leider entscheidet ja die finanzielle Situation darüber, ob eineR StudentIn wird oder nicht) und noch lange nach ihrer Volljährigkeit unmündig und abhängig gemacht werden. Nicht umsonst fordern wir immer das elternunabhängige BAföG - die gleichen Argumente gelten auch gegen Studiengebühren, nur daß es hier noch mehr Leute betreffen würde. Die Eltern, die das Studium ihrer Kinder finanzieren - und das tun sie zumindest teilweise, indem sie ihren Kindern Unterhalt, Miete und/oder Taschengeld zahlen - ermöglichen diesen eine Qualifikation, die nicht nur die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichern hilft, sondern auch die Versorgung derjenigen ermöglicht, die selbst keine Kinder erziehen. Familien sind heute schon durch unser Steuer- und Sozialleistungssystem gegenüber Kinderlosen benachteiligt; Studiengebühren würden eine zusätzliche Belastung und Benachteiligung darstellen. Nun aber einige Worte zur sozialen Lage der StudentInnen selber: Die Lebenshaltungskosten der StudentInnen sind in den letzten Jahren stark angestiegen.

Wegen der hohen Mieten ist vor allem das Wohnen teurer geworden, aber auch die schlechten Studienbedingungen tun das ihrige, um die studentischen Ausgaben zu erhöhen. Insbesondere die mangelhafte Ausstattung von Bibliotheken an Lehrbüchern zwingt die StudentInnen zur Anschaffung teurer Fachbücher. Ein Fachbuch kostet von 50 DM an aufwärts und man braucht davon leider nicht nur eines pro Semester. So hat die GEW für 1991 durchschnittliche Ausgaben von 1072 DM monatlich pro Studierenden errechnet. Der BAföG-Höchstsatz liegt hingegen nur bei 940 DM. Verglichen mit dem Sozialhilfesatz kann den Studierenden auf keinen Fall Verschwendung vorgeworfen werden. So ist es denn kein Wunder, daß 1991 7 Prozent der Uni-StudentInnen und 9 Prozent der FH-StudentInnen angaben, daß sie sich verschulden mußten, um ihr Studium zu finanzieren. 20 (Universitäten) bzw. 25 (FH) geben an, daß sie dafür auf Ersparnisse zurückgreifen müssen und 41 Prozent kommen gerade so mit ihrem Geld aus. Im selben Jahr finanzierten die Studierenden ihr Studium zu einem Viertel aus eigener Erwerbstätigkeit. Eine neuere Umfrage ergibt, daß 55 % der StudentInnen nebenher arbeiten müssen. Die Zahlen von 1991 sind die letzten verfügbaren, man darf jedoch getrost davon ausgehen, daß sich die Situation inzwischen noch verschärft hat. Die Mieten stiegen in den letzten Jahren noch weiter, wegen steigender Studierendenzahlen bei gleichbleibendem Hochschuletat verschlechterten sich die Studienbedingungen weiterhin. Und nicht zuletzt führte wohl die schlechte konjunkturelle Lage zu einer Erschwernis von studentischer Erwerbstätigkeit. Dies läßt erkennen, daß Studiengebühren nicht nur diejenigen vom Studium abhalten werden, die es sich ansonsten gerade noch leisten könnte, sondern bedeuten natürlich auch für „Trotzdem-StudentInnen“ eine extrem höhere finanzielle Belastung, die durch (zusätzliche) Erwerbsarbeit erbracht werden müßte. Dies trifft vor allem die sozial Schwächeren. Die Chancengleichheit im Bildungswesen wird dadurch immer weiter ausgehöhlt, da die Möglichkeit eines Studiums mehr und mehr von der finanziellen Kapazität statt von Eignung und Interesse abhängt. Die

Ausgrenzung von StudentInnen aus sogenannten „niedrigen sozialen Schichten“, die in den letzten Jahren bereits in starkem Maße erfolgt (von 1982 bis 1991 ist der Anteil dieser StudentInnen stetig von 23 auf 15 Prozent gesunken) wird damit noch einfacher. Der Weg zur Eliteuniversität, jedoch nicht der Bildungs-, sondern der Geldelite, steht somit Tür und Tor offen.

## 5. "Sind Studiengebühren volkswirtschaftlich sinnvoll?"

In einem sind sich alle Studien zur Zukunft der Arbeit einig: Es werden mehr qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden als heute „produziert“ werden und der Bedarf an HochschulabsolventInnen wird sehr stark ansteigen (BfA, MCKinsey, Tessaring). Bedarf an HochschulabsolventInnen steigt bis zum Jahre 2010 um 80%! [Tessaring (1991) stellvertretend für viele] Wer vor diesem Hintergrund vor der „drohenden Akademisierung der Gesellschaft“ wie Kanzler Kohl warnt oder weiterhin behauptet, es gäbe zuviele Studierende, lügt schlechtweg und ist - so würden es die Politiker zumindest ausdrücken - „eine Gefahr für unsere Zukunft“. Selbst Kultusminister Zehetmair spricht in jüngster Zeit davon, daß Meldungen, wie „Mehr Studenten als Lehrlinge“ ein schiefes Bild vermitteln würden. Auch das spricht für seine Lernfähigkeit, da er noch vor einem Jahr mit gerade diesem Argument ebenfalls vor den zuvielen Studenten gewarnt hatte. Wer so tut, als ob nur jedeR einzelne Studierende individuellen Nutzen aus seinem Studium ziehen würde und folglich dafür auch zur Kasse gebeten werden müsse, mißachtet den hohen volkswirtschaftlichen Nutzen jeder Bildung, der allen - insbesondere Unternehmen und dem Staat - zugute kommt. Die Bildungsökonomie errechnet einen zwischen 20- und 80-prozentigen Anteil der Bildung am volkswirtschaftlichen Wachstum! Selbst, wenn wir die mageren 20 % nehmen und von einem mageren

wirtschaftlichen Wachstum mit einem Volumen von 50 Mrd. DM ausgehen, kommen wir auf 10 Mrd. DM, um die allein aufgrund der Bildung unsere Volkswirtschaft in einem einzigen Jahr angewachsen ist. Die Bildungsausgaben amortisieren sich auf jeden Fall und sind in Deutschland die wichtigste Größe wirtschaftlichen Wachstums und Fortschritts! Der Beitrag der Bildung zum qualitativen wirtschaftlichen Wachstum dürfte noch um einiges höher liegen, und auf dieses Wachstum wird es in Zukunft ankommen. Bildungs- und gesellschaftspolitische Argumentation gegen Studiengebühren Die Gebührenfreiheit des Studiums ist eine wesentliche Errungenschaft unseres Gemeinwesens, das sich zur Förderung von Kultur und sozialem und wissenschaftlichem Fortschritt verpflichtet hat. Bildung ist ein Grundrecht. Studiengebühren - gleich welcher Form - widersprechen dem freien und gleichberechtigten Zugang zur Hochschulbildung und damit dem Grundrecht einer freien Berufswahl. Diese beiden Rechte sind heute schon sehr eingeschränkt und müssen in ihrer praktischen Umsetzung stark verbessert werden. Studiengebühren widersprechen dem Grundsatz der Chancengleichheit. Der Hochschulzugang würde durch die Erhebung von Studiengebühren eine Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit der Studierwilligen und immer weniger eine Frage der individuellen Befähigung und Neigung. Besonders Frauen würde der Hochschulzugang erschwert. Wenn sich Eltern entscheiden müssen, ob sie Sohn oder Tochter ein Studium finanzieren, wird die Tochter meist den Kürzeren ziehen. Die schon vorhandene strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft wird dadurch noch verstärkt. Studiengebühren führen zu einer Entdemokratisierung der Gesellschaft. Bildung ist Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie in unserer technologisierten Informationsgesellschaft und muß daher allen gesellschaftlichen Schichten zugänglich sein. Forderung nach einer Hochschul- und Studienreform unter gleichberech-

tigter Einbeziehung der StudentInnen Studiengebühren reduzieren Bildung auf ein Konsumgut und vernachlässigen die Tatsache, daß Bildung Investition in Wohlstand und Gesellschaft ist. Bildung ist nicht zu stützen auf reine Ausbildung, es geht auch um die Vermittlung von sozialem Lernen, usw.. Bildung ist also ein öffentliches Gut. Deshalb hat der Staat Aktivitäten in diesem Bereich zu Recht dem Markt entzogen, so daß diese nichtmehr dem Prinzip der Profitmaximierung unterliegen. Bildung ist ein Menschenrecht und muß als solches frei und kostenlos bleiben bzw. werden und allen sozialen Gruppen zugänglich sein. Wir fordern eine Aufstockung der finanziellen und personellen Mitteln gemäß den Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz 1992 in Höhe von 9,0 Mrd. Mark. Die HRK sollte besser diese Forderung mit Vehemenz gegenüber der Politik vertreten, anstatt die Schröpfung sozial Schwacher zu organisieren. Es muß endlich Schluß sein mit der Verleumdung der Studierenden als Langzeit- und Pseudostudierende. Daß die realen Studienzeiten über den Regelstudienzeiten liegen, haben nicht die Studenten und Studentinnen zu verantworten. Die Regelstudienzeiten wurden willkürlich festgelegt und sind absolut realitätsfern. Die Anforderungen der allermeisten Studiengänge sind in dieser Zeit nicht zu erfüllen. Es ist skandalös genug, daß sich die BAföG-Bewilligung immer noch an dieser absurden Zahl orientiert. Dagegen setzen wir die Forderung nach einer Studienreform, die an den Formen der Lehre und den Inhalten statt an Studienzeiten und Finanzen ansetzt. Auch wir sind an einer echten Reform des Studiums interessiert und jederzeit bereit, in die Diskussion darüber einzusteigen. Solange jedoch ausschließlich Mängelverwaltung betrieben wird, und über finanzielle Bestrafungen und Einschränkung der Bildungsmöglichkeiten billigend die Zukunftschancen junger Menschen und damit unserer Gesellschaft aufs Spiel gesetzt werden, ist mit unserem Widerstand zu rechnen

## 6. Studentische Forderungen

Wir wollen uns gleichberechtigt an einer Hochschulreform und an der Verwaltung der Hochschulen beteiligen. Wir wollen mitbestimmen, nicht nur gehört werden. Dafür ist die paritätische Besetzung aller Hochschulgremien nötig. Solange ausschließlich Professorinnen und Professoren über die Belange der Hochschulen entscheiden, werden auch nur ihre Interessen berücksichtigt werden. In Bayern und Baden-Württemberg muß die Verfaßte StudentInnenschaft wiedereingeführt werden. Nur so können sich Studierende sinnvoll organisieren und ihre Interessen wirkungsvoll vertreten. Wir müssen - wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen auch - zu allen politischen Fragen unsere Meinung äußern dürfen. Langfristig ist eine konsequente Öffnung der Hochschulen für alle Bildungssuchenden anzustreben, unabhängig von sozialer Herkunft und ohne formale Zugangsberechtigungen. Ob ein Mensch sich bilden oder weiterbilden will, muß in jeder Lebensphase seine eigene Entscheidung sein. Das darf weder vom Geldbeutel der Eltern, noch von Entscheidungen abhängen, die er in früher Jugend getroffen hat, oder für ihn getroffen wurden. Wir wollen ein selbstbestimmtes Studium mit möglichst vielen Freiheiten und der Möglichkeit, auch einmal über den Teller rand des Studienfachs herauszuschauen. Die Hochschulen sollen keine „Fachidioten“ produzieren, sondern umfassend gebildete Menschen, die sich ihrer Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft bewußt sind, heranbilden.



# Stammtischthesen zur Arbeitslosigkeit

*Wer arbeiten will...*



**These 1:** "Wenn Erwerbslose weniger Arbeitslosengeld bekämen, würden sie sich mehr um neue Jobs bemühen."

Die traurige Wahrheit: Es gibt keine Jobs, auch nicht genügend schlecht bezahlte. Im Osten kommen statistisch rund 30 Erwerbslose auf eine dem Arbeitsamt gemeldete offene Stelle, im Westen liegt das Verhältnis bei etwa zehn zu eins.

**These 2:** "Man müßte den Akademikern auch mal schlechter bezahlte Jobs zumuten, dann fänden sie schon was."

Gerade bei den Jobs für geringer Qualifizierte ballen sich die BewerberInnen. Ein Beispiel aus der Statistik (West) vom Jahre 1992: Bei den Un- und Angelernten betrug das Verhältnis von Arbeitslosen zu entsprechenden offenen Stellen acht zu eins, bei den Erwerbslosen mit Berufsausbildung dagegen nur knapp fünf zu eins. Eine Herabstufung würde nur zu einer Verdrängung von oben nach unten führen.

**These 3:** "Die Tariflöhne sind zu hoch. Die UnternehmerInnen müßten auch mal weniger bezahlen können, dann würden weniger Jobs ins Ausland verlegt."

Erstens gibt es in Deutschland schon erhebliche Lohnunterschiede, und zweitens sind die Niedriglöhne im Ausland ununterbietbar. So bekommt etwa eine Facharbeiterin in der Bekleidungsindustrie in Ostdeutschland schon einen Ecklohn von nur acht Mark die Stunde - in der Tschechischen Republik sind es dagegen immer noch nur vier Mark.

**These 4:** "Es gibt doch genug Arbeit, zum Beispiel in der Altenpflege. Da müßte man nur Niedriglöhne zulassen, zum Beispiel für Langzeitarbeitslose."

Die niedrig bezahlten Kräfte würden dann mit den tariflich bezahlten PflegerInnen konkurrieren. Die Gefahr einer „Abwärtsspirale“; entstünde: Mies bezahlte HilfsbetreuerInnen könnten dann zum Beispiel gelernte AltenpflegerInnen oder Krankenschwestern in die Arbeitslosigkeit drängen.

# Die Geschichte der politischen Gefangenen ist die Geschichte ihres Kampfes

In der Türkei gibt es nach offiziellen Berichten etwa 50.000 Gefangenen in den Gefängnissen. Etwa 10.000 von ihnen befinden sich wegen politischer Vergehen in Haft. KämpferInnen fast aller oppositionellen revolutionären Organisationen in der Türkei befinden sich in Haft, viele von ihnen sind zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe ist in der Türkei momentan ausgesetzt, in jüngster Zeit wurde aber in Regierungs- und Militärkreisen über eine Wiederaufnahme dieser Praktik diskutiert.

Die Haftbedingungen, denen die politischen Gefangenen in der Türkei unterliegen, sind anders, als die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in Deutschland.

Das liegt zum einen an der finanziellen Situation des türkischen Staates. Die Gefängnisse in der Türkei sind chronisch überbelegt. Bis zu 100 Gefangene in einer Zelle, sind keine Seltenheit. Zum anderen hat gerade der Widerstand der politischen Gefangenen in der Türkei

eine große Tradition. Aufgrund dieses Widerstandes konnten die politischen Gefangenen einige ihrer Rechte gegen den Willen des türkischen Staates durchsetzen und verteidigen. Eines dieser Rechte ist die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen nach eigener Wahl.

Die politischen Gefangenen in der Türkei führen seit Jahrzehnten in den Gefängnissen einen Kampf um ihre politische Identität. Auch unter den schwierigen Haftbedingungen ist es ihr erstes Ziel, ihre Würde als po-

litische Menschen, nicht zu verlieren. Ihre Mittel reichen von der Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Gefängnispersonal, indem sie sich beispielsweise weigern, sich zählen zu lassen, über demonstrative Proteste beispielsweise durch das Entzünden von Feuern im Hof des Gefängnisses bis zum Hungerstreik, der nicht selten als Todesfasten geführt wird. Dabei sind sie sich ihrer Vorbildfunktion für die Widerstandsbewegung außerhalb der Gefängnisse, aber auch der großen Solidarität der Menschen in diesem Widerstand bewußt. Die Namen der Toten aus den Todesfasten in den Gefängnissen sind auch heute hoch geachtet. Anders als in Deutschland gibt es anlässlich von Hungerstreiks in den Gefängnissen regelmäßig



"Wir haben die Gefallenen der Revolution nicht vergessen und wir werden nicht zulassen, daß sie vergessen werden"  
Die Zelle einer Gruppe politischer Gefangener

breite Solidaritätshungerstreiks und große Protestkundgebungen, die von verschiedensten Organisationen und Vereinen unterstützt werden, die sich mit den Gefangenen solidarisieren.

Der Staat versucht seit langem, die Identität der politischen Gefangenen zu zerstören und so den Widerstand in den Gefängnissen auszuschalten. Dazu benutzt er die verschiedensten Mittel. Anfangs setzten die Militärs neben der Unterdrückung durch Entzug von Rechten oder unmenschliche Haftbedingungen eher auf Zugeständnisse wie Hafterleichterungen oder

Rehabilitation, um die politischen Gefangenen zur Aufgabe zu bewegen und sie in das System der Türkei zu integrieren. Gefangene, die dem Willen des Staates folgten und ihre 'Schuld' bekannten, wurden aus der Haft entlassen und rehabilitiert. Solche Gefangenen wurden vom Staat benutzt, um den Widerstand Leistenden zu suggerieren, ihr Kampf sei sinnlos, da doch ihre entschiedensten Kämpfer und Kämpferinnen den Weg zum System gefunden hätten.

Besonders großen Erfolg hatte diese Strategie des Staates jedoch nicht. Gerade die politisch bewußten Gefangenen gingen nicht in die goldene Falle, die der Staat ihnen stellte. Sie weigerten sich, ihre Identität für ein Leben ohne Gitter zu verkaufen. Daraufhin änderte der Staat seine Strategie und versuchte die Gefangenen durch Terror zur Aufgabe zu zwingen. Prügel und Folter in den Gefängnissen gehören seitdem ebenso zum Alltag politischer Gefangener, wie der Druck, sich entwürdigenden Praktiken zu unterwerfen. Es ist kein Zufall, daß die politischen Gefangenen gezwungen werden sollen, Einheitskleidung zu tragen und sich militärischen Erziehungsmethoden beispielsweise dem Antreten in Reih' und Glied beim Morgenappell. Diese Praktiken sollen die Persönlichkeit des oder der Einzelnen negieren helfen und die Menschen zu Objekten von Befehl und Gehorsam ohne eigenen Willen machen.

## **Der Widerstand in den Gefängnissen hat Tradition**

Die Geschichte dieser Unterdrückung und des Kampfes der politischen Gefangenen gegen den Verlust ihrer Würde ist lang. Die bekanntesten Beispiele stammen aus den Jahren nach dem September Putsch von 1980. In vielen Gefängnissen kämpften damals die politischen Gefangenen gegen alle Repressionen und unter Einsatz ihres Lebens und machten deutlich, daß sie um keinen Preis ihre politische Identität preisgeben würden.

1983 beispielsweise wurde den Gefangenen in Gefängnissen der Besitz von Papier und Stiften verboten. Kurze Zeit später wurden auch Bücher verboten und beschlagnahmt. Im Juli 1983 wurde dann die "Einheitskleidung" Regelung eingeführt. Wer die Einheitskleidung nicht tragen wollte, wurde ins Sagmalcilar Gefängnis in Istanbul überführt, dessen Zellen für die Isolationshaft präpariert wurden. Als nächstes war geplant, die führenden Gefangenen aller Organisationen in Einzelhaft stecken. Diese Pläne des Staates wurden durch ein Todesfasten, an dem 2000 politische Gefangene teilnahmen und der 4 Ge-

fangene das Leben kostete, durchkreuzt.

1989 beschloß der Staat einen Teil der politischen Gefangenen in das Gefängnis von Eskisehir, eine Staat westlich von Ankara zu verlegen. Dieses Gefängnis war speziell für politische Gefangenen gebaut worden, die Gefangenen sollten in Isolationshaft gesteckt werden. Diese Pläne des Staates lösten in vielen Gefängnissen Protestaktionen aus, die wieder bis zum Todesfasten gingen. Zwei Gefangene kamen dabei ums Leben. Der Staat konnte sein Willen auch nicht diesmal durchsetzen. Das Gefängnis von Eskisehir wurde kurze Zeit später geschlossen.

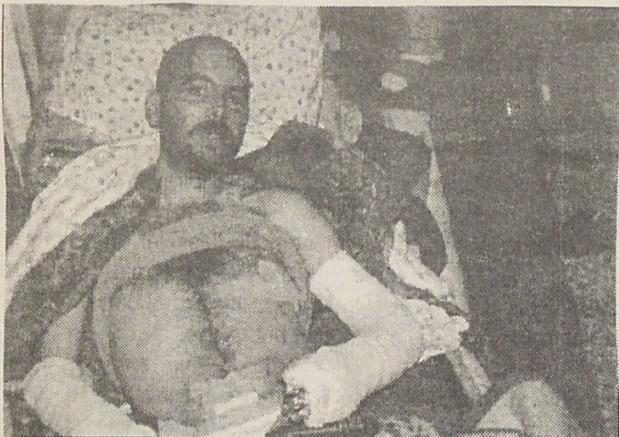
Vor diesem Hintergrund verlieren die jüngsten Ereignisse in den Gefängnissen der Türkei ihre Einzigartigkeit. Die jüngsten Massaker des türkischen Staates an den politischen Gefangenen sind vielmehr die staatslogische Fortsetzung der Politik gegen die politischen Gefangenen. Allerdings hat diese Politik durch die Massaker eine neue Dimension bekommen. Nie zuvor hatte der Staat derart massiv und vor allem in aller Öffentlichkeit die Gefangenen angegriffen und umgebracht.

## **Die Massaker seit September 1995**

Nachdem im August 1995 vier politischen Gefangenen der DHKP-C die Flucht aus dem Gefängnis in Buca/Izmir gelungen war, verhängte die Gefängnisleitung gegen die Zurückgebliebenen Gefangenen schwere Sanktionen. Die Zellen der Gefangenen wurden regelrecht geplündert, bei den Fahrten der Gefangenen zu den Gerichtssälen kam es immer öfter zu Prügelorgien. Das Besuchsrecht der Gefangenen und das Recht auf den Besuch der AnwältInnen wurde gestrichen. Die Gefangenen wehrten sich gegen die Angriffe und den Entzug ihrer Rechte mit der Verweigerung der Anordnungen durch das Gefängnispersonal.

Gleichzeitig wurde in den Medien eine Hetzkampagne gegen die politischen Gefangenen gestartet. Die Zeitungen beschrieben die Gefängnisse als Ausbildungslager für politische Militante, die Kader in den Gefängnissen wurden beschuldigt, die verbotenen Organisationen von den Gefängnissen aus zu führen. Solche Beschuldigungen wurden durch Geständnisse von Menschen belegt, die unter Folter gezwungen wurden auszusagen, sie hätten Befehle aus den Gefängnissen erhalten. Darüber hinaus wurden die Zustände in den Gefängnissen als, verglichen mit der Situation eines Normalbürgers, geradezu paradiesisch beschrieben.

Derart ideologisch vorbereitet, versuchte die Polizei dann im September die Zellen der politischen Gefangenen vor allem der DHKP-C zu stürmen. Die Gefangenen waren allerdings auf den Angriff vorbereitet. Durch die Hetzkampagne in den Medien und weil



Ein bei dem Angriff am 4. Januar verletzter Gefangener

sich die Gefängnisleitung und die politisch Verantwortlichen für den Entzug der Rechte jedem Verhandlungsangebot verweigert hatten, ahnten sie, daß ein größerer Angriff gegen die Gefangenen folgen würde. Aus diesem Grunde gelang es ihnen, rechtzeitig die Zellen zu verbarrikadieren und sich zunächst erfolgreich gegen die Angriffe der Polizei zu wehren.

Als es den Spezialeinheiten der Polizei und der Gendarmerie nicht gelang, die Barrikaden zu stürmen, setzten sie Gasbomben ein, indem sie Löcher in die Zellendecken schlugen und die Bomben hinein warfen. Danach gelang es den Staatskräften in die Zellen einzudringen und ein Massaker zu verüben. Viele der Gefangenen wurden durch Schläge mit Eisenstangen schwer verletzt, drei Gefangene wurden buchstäblich totgeschlagen.

Das Massaker bewirkte einen Aufstand in den anderen Gefängnissen in der Türkei. In 23 Gefängnissen traten politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik. Die KämpferInnen aller Organisationen in den Gefängnissen außer der PKK schlossen sich zu diesem Hungerstreik zusammen. Die Gefan-

genen in Buca schlossen sich, sobald sie körperlich dazu in der Lage waren, diesem Hungerstreik an. Sie protestierten gegen das Massaker in Buca und stellten einen Forderungskatalog auf. Die Forderungen der Gefangenen waren die Wiedereinsetzung ihrer Rechte, die Schließung eines neuen Gefängnisses in Ümraniye/Istanbul, das ausschließlich für politische Gefangene gebaut wurde und die Bestrafung der für das Massaker Verantwortlichen.

Fünfundvierzig Tage dauerte der Hungerstreik an. Außerhalb der Gefängnisse zeigten die Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen ihre Solidarität, indem sie an verschiedenen Orten, vor allem aber vor dem Gefängnis in Buca demonstrierten und gegen das Massaker protestierten. Als Ausdruck ihres gemeinsamen Protestes gründeten sie die Vereinigung 'Solidarität und gemeinsamer Kampf mit den revolutionären Gefangenen' (DETUDAP). AN dieser Vereinigung beteiligten sich viele Gruppen, wie z.B. die Plattform für Recht und Freiheit oder die Plattform für den demokratischen Kampf. Viele Menschen Außerhalb der Gefängnisse schlossen sich dem Hungerstreik an. Die Mütter der Gefangenen beteiligten sich ab dem 20ten Tag bis zum Schluß an dem Hungerstreik. In Istanbul wurde eine der Bosphorus-Brücken



Die Konterguerilla bereitet sich auf ihren Einsatz vor

besetzt. Auch im Ausland traten FreundInnen der Gefangenen in einen Solidaritätshungerstreik.

Nach 45 Tagen hatte der Widerstand zunächst gesiegt. Alle Forderungen der Gefangenen mußten vom Staat akzeptiert werden. Das Gefängnis von Ümraniye wurde evakuiert, die Gefangenen in das Istanbuler Gefängnis Sagmalcilar verlegt. Es wurde zugesagt,

daß die Zellen in Zukunft nur noch von Gefängniswächtern und nicht mehr von Soldaten durchsucht werden. Den VertreterInnen der Organisationen wurde das Recht zugestanden, gemeinsame Treffen durchzuführen. Jegliche Besuchseinschränkungen für AnwältInnen wurden abgeschafft. Den Gefangenen wurde das Recht, sich gegenseitig zu besuchen, zugesagt. Die Einschränkung der Besuche auf nächste Familienangehörige wurde abgeschafft. Einschränkungen für den Bezug von Zeitungen und Zeitschriften wurden aufgehoben.

Wie sich kurze Zeit später zeigte, war die Kapitulation des Staates vor dem Widerstand der Gefangenen eine rein taktische Verzögerungspolitik. Wenige Wochen nach dem Massaker wurde das inzwischen wieder belegte Gefängnis in Ümraniye/Istanbul angegriffen. Auch hier ging dem Angriff der Entzug der Rechte bei gleichzeitiger Verweigerung von Verhandlungen voraus. Daraufhin verweigerten die Gefangenen nach dem Hofgang die Rückkehr in ihre Zellen und hielten den Hof besetzt. Daraufhin ließ die Gefängnisleitung bewaffnete Soldaten in den Trakten des Gefängnisses Stellung beziehen. Als das nichts nützte, wurden Spezialeinheiten der Polizei zur Unterstützung geholt. Diese

versuchten, den Hof zu stürmen. Bei den Auseinandersetzungen setzte die Polizei unter anderem Plastik- und scharfe Munition, Gasbomben und Tränengas ein. Erst nach 9 Stunden konnten die Spezialeinheiten den Hof stürmen. Die Gefangenen konnten sich in ihre Trakte zurückziehen und Barrikaden errichten. Stundenlang versuchte die Polizei die Trakte zu stürmen, sie konnten die Barrikaden aber nicht überwinden.

Inzwischen mobilisierte sich außerhalb des Gefängnisses der Protest gegen das staatliche Vorgehen. Der Angriff auf die Gefangenen war nicht unbemerkt geblieben. Auf Druck der Öffentlichkeit hin wurden Verhandlungen eingeleitet. Drei AnwältInnen des Menschenrechtsvereins IHD und des Vereins der zeitgenössischen JuristInnen CHD wurden als VermittlerInnen zugelassen. Das Ergebnis der Ver-

handlungen sah den Abbau der Barrikaden gegen den Verzicht des Staates auf besonderer Repression gegen die am Widerstand beteiligten Gefangenen vor. Insbesondere sollte niemand in Einzelhaft verlegt werden. Aufgrund der Zusagen des Staates wurden die Barrikaden abgebaut, die Gefangenen kehrten in ihre Zellen zurück.

Die Ruhe war nicht von langer Dauer. In den Vormittagsstunden des 4. Januar 1996 griffen Einheiten der Gendarmerie die politischen Gefangenen nach der morgendlichen Zählung mit Eisenstangen an. Die Angriffe kamen völlig unerwartet, so daß es den Gefangenen nicht gelang, sich gegen die Angriffe wirksam zu verteidigen. Die drei Gefangenen Abdülmcit



Das Gefängnis in Buca/Izmir

Seckin, Riza Boybas und Orhan Özen starben unter den Schlägen der Gendarmerie, 58 Gefangene wurden zum Teil schwer verletzt. Die Verletzten wurden in das Hayardapasa Krankenhaus gebracht, aber die Gendarmerie versuchte die ÄrztInnen und das Pflegepersonal an der Behandlung der Verletzten zu hindern. Die medizinischen Kräfte mußten sich gegen die Gendarmerie und Polizei durchsetzen. Sie berichteten, daß die Polizei noch auf die in den Betten liegenden Verletzten einschlug. In einer gemeinsamen Erklärung der ÄrztInnen des Hayardapasa Krankenhauses und der Ärztekammer von Istanbul hieß es: "Aufgrund unserer Untersuchungen haben wir festgestellt, daß die Gefangenen einer Operation ausgesetzt wurden, die das Ziel hatte zu massakrieren. Alle Gefangenen wurden ausnahmslos am Kopfbereich verletzt. (...) Wir wissen, daß vor kurzer Zeit eine ande-

re Operation von Staatskräften durchgeführt wurde. Es wurden zwar diesmal keine Schußwaffen eingesetzt, aber es ist ganz klar, daß durch diese Schläge am Kopfbereich der Tod der Menschen erzielt wurde." Mittlerweile ist auch der Gefangene Gültekin Beyhan an den Folgen der Schläge gestorben. Weitere Gefangene schweben noch immer in Lebensgefahr.

Auf das Massaker hin fanden in mehreren Städten der Türkei Protestaktionen statt. Am 5. Januar 1996 sammelten sich die Angehörigen der ermordeten und verletzten Gefangenen und 500 weitere Menschen vor dem Gericht in Sultanahmet/Istanbul, um Anklage gegen die Verantwortlichen zu erheben. Verantwortlich gemacht wurden auch die Medien, die mit ihren Hetzkampagnen versuchen, das brutale Vorgehen des Staates zu legitimieren. Die Protestkundgebung wurde von den Spezialeinheiten der Polizei brutal angegriffen, 150 Menschen wurden dabei unter Prügeln festgenommen. In mehreren Stadtteilen Istanbuls kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

Bei einer Demonstration im Stadtteil Ümraniye setzte die Polizei unter anderem Panzer gegen die DemonstrantInnen ein. Ein Demonstrant wurde von den Polizisten angeschossen, 8 weitere wurden festgenommen. Im Stadtteil Okmeydani schoß die Polizei auf DemonstrantInnen, ein Demonstrant wurde verletzt.

### **Angriffe der Polizei auf die Beisetzung der in Ümraniye Ermordeten**

Am 6. Januar 1996 wurden zwei der vier revolutionären Gefangenen, die bei dem Angriff der Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs auf das Gefängnis von Ümraniye umkamen, in Alibeyköy/Istanbul beigesetzt. 2000 Menschen, die auf den Friedhof wollten, darunter der Journalist Metin Göktepe wurden festgenommen. Göktepe wurde wie viele andere in die Sporthalle von Eyüp gebracht wo sie von Polizisten zusammengeschlagen wurden. Obwohl oder gerade weil er seinen Presseausweis zeigte, Göktepe war Mitarbeiter bei der progressiven Zeitung Evrensel, wurde er "einer Spezialbehandlung unterzogen" und zu Tode geprügelt. Seine Leiche wurde in einem Park in Eyüp abgesetzt. Am Abend des 6. Januar rief jemand bei Evrensel an und sagte daß Metin Göktepe unter Folter ermordet wurde. Auf diesen Anruf hin wendete sich der Anwalt Kamil Sürek an die Staatsanwaltschaft von Eyüp. Die Staatsanwaltschaft teilte ihm mit, daß sich die Leiche von Göktepe im Gerichtsmedizinischen Institut befände. Die Festnahme

von Metin Göktepe wurde von der Staatsanwaltschaft bestätigt, er sei allerdings gleich am selben Tag wieder freigelassen worden. Nach seiner Freilassung soll er in einen Teegarten gegangen und dort von einem Stuhl gefallen sein. Doch der Obduktionsbericht beweist eindeutig, daß Göktepe durch Schläge auf den Kopf, die zu einer Gehirnblutung führten, getötet wurde. Laut dem Bericht wies sein Körper viele Knochenbrüche auf.

Die Ermordung des Redakteurs durch die Polizei löste besonders unter Journalisten großen Protest aus. Am 9. Januar 1996 demonstrierten Journalisten vor dem Istanbuler Landgericht. Am gleichen Tag gaben viele fortschrittliche linke Zeitungen eine gemeinsame Presseerklärung ab. "Der Mörder von Metin ist der Staat. Er wurde durch die Polizei, die Vollstreckerin staatlicher Folter und Massaker, umgebracht. In Metins Person hat der Staat alle Fortschrittlichen, Patrioten, Demokraten und Revolutionäre angegriffen." sagten sie in ihrer Presseerklärung.

Metin Göktepe wurde am 10. Januar 1996 beigesetzt. Mehr als zehntausend Menschen nahmen an der Trauerfeier teil.

Am 8. Januar 1996 nahmen die Spezialeinheiten der Polizei im Stadtteil Alibeyköy mehr als 2000 Menschen fest, die an der Beisetzung von Orhan Özen und Rıza Boybas teilnehmen wollten. Auch Boybas und Özen kamen bei dem Angriff der Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs auf das Gefängnis von Ümraniye ums Leben.

Als die Familien der Ermordeten am Tag der Beisetzung in dem Gerichtsmedizinischen Institut ankamen, um die Leichen abzuholen, sahen sie, daß das ganze Gebiet von Spezialeinheiten der Polizei umzingelt war. Die Polizei verweigerte stundenlang die Übergabe der Leichen an ihre Verwandten. Als sie die Leichen schließlich doch herausgaben, zwang die Polizei die Angehörigen der Ermordeten die Leichen ohne religiöse Zeremonie und Trauerfeier gleich beizusetzen. In der gleichen Zeit fingen sie an, Menschen, die zu der Beerdigung kommen wollten festzunehmen. Sogar die Geschwister von einem der Toten wurden festgenommen. Unter der Bedingung, daß alle Festgenommenen freigelassen werden, akzeptierten die Familien die Toten ohne Trauerfeier beizusetzen.

Als gegen 12.00 Uhr die Leichen aus dem Gerichtsmedizinischen Institut auf das Friedhof gebracht wurden bemerkte man, daß die Polizei auf der ganzen Strecke enorme Sicherheitsmaßnahmen getroffen hatte. Alle Straßen die in den Stadtteil Alibeyköy führ-

ten waren gesperrt. Auch die Ein- und Ausgänge der Slumgebiete wurden von der Polizei gesperrt. Alle Menschen die auf den Friedhof wollten wurden festgenommen. Die Polizeiwachen reichten nicht aus deshalb wurden die Festgenommenen in den Stadions untergebracht. Obwohl keine Ausgangssperre verhängt wurde herrschte in dem Stadtteil Alibeyköy faktisch eine Ausgangssperre. Die Festgenommenen, unter ihnen die Familien von Orhan Özen und Riza Boybas sowie ihre Anwälte wurden in Polizeibussen in Sporthallen gebracht. Auf dem Weg dorthin wurden sie von Polizisten geschlagen. Journalisten, die die Festnahmen fotografierten, wurden auf der Stelle festgenommen.

”Sie haben unseren Kinder die Köpfe eingeschlagen und jetzt lassen sie es nicht mal zu, daß wir unsere Kinder beisetzen. Derartiges kennt man nur von dem faschistischen Hitler Regime in Deutschland. Sie nennen unsere Kinder Terroristen, aber sie sind die wirklichen Terroristen.” sagte der Vater von Orhan Özen.

Die Leichen wurden im Beisein der Mutter von Orhan Özen und eines Verwandten von Riza Boybas von Polizisten beigesetzt. Weitere Trauergäste wurden von der Polizei nicht zugelassen.

Die Leiche von Abdülmecit Seckin der ebenfalls bei dem Angriff auf das Gefängnis von Ümraniye umkam, wurde am 5. Januar 1996 von der Polizei entführt und heimlich beigesetzt.

## Schlußbemerkungen

Der Kampf gegen die jüngsten staatlichen Angriffe wurde von fast allen Organisationen in den Gefängnissen gemeinsam geführt. KämpferInnen aller linken Organisationen in den Gefängnissen der Türkei außer der PKK gaben gemeinsame Erklärungen ab und beteiligten sich gemeinsam an den Hungerstreiks. Die Vereinigung der revolutionären Kräfte gegen die Politik des türkischen Staates ist durch diese Haltung

der beteiligten Organisationen ein gutes Stück vorangekommen.

Warum steht die PKK außerhalb dieses Bündnisses? An keiner der Aktionen waren Mitglieder der PKK beteiligt, die PKK lehnte sogar die Solidarität mit den übrigen politischen Gefangenen ab. Sie begründet dies zum Teil mit dem Waffenstillstand, den die PKK einseitig getroffen hat. Die Polizei griff auch tatsächlich keine Trakte der politischen Gefangenen der PKK an, obwohl sie sich in den Kampfgebieten in türkisch-Kurdistan nicht an einen Waffenstillstand hält.

Allerdings verzichtete die PKK schon vor Ausruf des Waffenstillstandes auf eine Solidarisierung oder Beteiligung ihrer Organisation an dem Widerstand in den Gefängnissen. Sie nimmt gegenüber fast allen Aktionen der türkischen revolutionären Linken eine ablehnende Haltung ein. Anscheinend läßt das Bemühen um eine ‘politische Lösung der Kurdenfrage’ keinen Raum für mehr für eine Unterstützung derjenigen, die sich außerhalb der PKK gegen die Unterdrückung des türkischen Staates nicht nur der KurdInnen sondern aller Oppositionelle in der Türkei wehren.

Bei den Ereignissen in den türkischen Gefängnissen verdient das Verhalten der internationalen Presse besondere Aufmerksamkeit. Obwohl das Massaker am 4. Januar das dritte in einer Reihe von Angriffen des türkischen Staates auf die Gefängnisse in den letzten Monaten war, wurde nur von diesem Massaker berichtet. Es steht zu befürchten, daß die Medien, die nur ein ‘sensationelles’ Ereignis aus einer Reihe von vielen Grausamkeiten herauspickten, über die weiteren Entwicklungen des Kampfes in den Gefängnissen gar nicht berichten werden. In der internationalen Presse wird über die Politik in der Türkei abseits des Koalitionskasperletheaters wieder der Mantel des Schweigens gebreitet werden. Der Kampf in den Gefängnissen dagegen wird weitergehen.

*Aylin Deniz*

**Nichts ist wandelnder als die Beständigkeit. Beständig herrscht das Kapital. Was unterliegt - in der Wissenschaft das ausgeschlossene Dritte; in der Ökonomie der Sozialismus -, muß falsch (gewesen) sein. Die radikale Kritik der sozialen und Machtverhältnisse wird als "gestriges Denken" denunziert. Kein Sozialdemokrat mag mehr 'demokratischer Sozialist' genannt werden; ... - Die Ankündigung einer Reform ist heute eine Drohung. - Wer Deutschland nicht im Krieg sehen will, ist Befürworter und Komplize von Menschenrechtsverletzungen. (7).**



## GEGENWEHR

# G

Das Tempo der politischen Regression in Deutschland seit der Wiedervereinigung ist atemberaubend. - In Deutschland hat die Diffamierung jeglicher Vorstellung von einer befreiten Gesellschaft einen Richtungsstreit zur Folge zwischen den Vertretern eher germanophiler Tendenzen, die - die Wiederkehr eines Faschismus 'ohne Auschwitz' durchaus erwägend - spezi-

## Die Offenbarung ...<sup>1</sup>

fisch deutsche Traditionen und Tugenden gegen die westlichen 'Raffgesellschaften' [Helmut Schmidt, Gräfin Dönhoff u.a.; hhm] ins Feld führen ..., und denjenigen, die den westlich geprägten Kapitalismus samt seiner 'Werte' verteidigen. Zwischen diesen Kontrahenten suchen Esoteriker, Postmoderne und Kruzifixanbeter noch ihre Plätze. (8)

Gemeinsam lösen diese Tendenzen die Reste der Linken auf, sofern ihre verbliebenen Mitglieder, längst stolz auf ihre Diskursfähigkeit und nach allen Seiten offen, dieses Geschäft nicht schon selbst erledigt haben. Sinnvoll erscheint nur noch eine solche Kritik der veränderten materiellen Verhältnisse und der mit ihnen synchron sich herstellenden Bewußtlosigkeit, die keinen Ausweg ins System zuläßt.

"Frei wäre erst, wer keinen Alternativen sich beugen müßte, und im Bestehenden ist es eine Spur von Freiheit, ihnen sich zu verweigern." (Theodor Wiesengrund Adorno)

Die beste Möglichkeit zur Erfassung der Wirklichkeit scheint ... im absichtsvollen Wechsel der Stilmittel zu liegen: Analyse, Erzählung, Satire. (9)

### I. Die Sanierung der Profitrate und das Elend des Keynesianismus

Mit dem Sieg der Marktwirtschaft über den konkurrierenden realsozialistischen Block, der Demoralisierung aller sozialen Befreiungsversuche dieses Jahrhunderts, der deutschen Wiedervereinigung und dem vielfachen Ruf aus dem Osten, Deutschland möge doch bitte dort investieren und auch sonst nach dem Rechten sehen, kehrten die deutschen Unternehmer, die sich einige Jahrzehnte lang zurückhaltend gegeben hatten, ihr altes Sendungsbewußtsein wieder nach außen. (11)

"Wir müssen die Krise jetzt nutzen", drängte BDI-Präsident Tyll Necker zur Eile, "denn jetzt sind die Menschen reif ... Wir wollen und müssen erstklassig bleiben", fügte er hinzu, und zu diesem Zweck "die gesamte Gesellschaft entschlacken" (FR, 29.6.1993). ... Leistungskürzungen dürften nicht dadurch in Frage gestellt werden, daß man "den sozialen Frieden zu einer Monstranz" hochstilisiere. (17/18)

Offenkundig war der Kapitalismus nicht in eine Krise neuen Typs geraten, sondern da angekommen, wohin ihn seine Akkumulation immer wieder treibt. Der Zwang zur permanenten Anhäufung von Werten dehnt den Kapitalstock im Verhältnis zur lebendigen Arbeit so lange aus, bis die angeschwollene Kapitalmasse die Grenzprofitabilität sinken läßt. Das fixe Kapital wirft immer mühsamer die angestrebte Profitrate ab, es kann sich nicht mehr ausreichend verzinsen. Solange aber der aus den Arbeitskräften durch Rationalisierungen und technische Verfeinerungen herausgepreßte Mehrwert so hoch gehalten

<sup>1</sup> alle Textgehalte aus: Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Die Offenbarung der Propheten, Hamburg 1995, 360 Seiten; Seitenzahlen in Klammern; Referate, Überleitungen und sonstige Textfüllungen von hhm; wer es genau wissen will, schaue in den Originaltext ...

ten werden kann, daß er die Verzinsung des Gesamtkapitals kompensiert, ist die Produktion gesichert. (23/24)

Um die Profitrate zu sanieren, werden nicht nur überschüssige Kapitalien entwertet und die übrigen konzentriert, sondern auch Produktionen nach Osteuropa verlagert und Arbeitsprozesse neu organisiert. ... Fertigungsstufen, Zulieferungen, Transporte und Dienstleistungen werden ausgegliedert und billiger bei mittelständischen Betrieben eingekauft, von denen etliche über die Grenzen wandern - den niedrigen Löhnen hinterher. Nach dem Vorbild USA-Mexico wird auch die deutsche Produktion - die Okkupation Osteuropas macht sich allmählich bezahlt - durch die Verlegung einiger arbeitsintensiver Sektoren in osteuropäische Länder eine Kombination (28) von High-Tech-Agglomeration und Manchester-Kapitalismus.

... Innerhalb weniger Jahre ist (z.B.) Polen für die deutsche Wohnmöbelproduktion zum Renner geworden. Dort ging auch 1994 für den größten europäischen Möbelhersteller *Schieder* "die Post ab." (FAZ, 28.6.1994) Er war mit zwanzig polnischen Werken der Erfolgreichste der Branche. Von seinen insgesamt 8 900 Arbeiterinnen und Arbeitern verdingen sich inzwischen 5 600 in Polen, 700 in Italien und Portugal und 2 600 in Deutschland. Die Möbelbranche kalkulierte 1994 die Lohnkosten pro Stunde in Deutschland mit etwa 38 DM und in (29) Polen mit 2,70 DM ...

Die Auslagerung eines Teils der Produktion nach Osteuropa und Fernost trägt zur Sanierung der Profitrate bei, indem sie die Kapitalstruktur wieder zugunsten der lebendigen Arbeit verändert. ... Mehr Menscheneinsatz pro Investivkapitaleinheit heißt die Devise. VW-Chef Piëch hat diesen Prozeß so beschrieben: "Wir haben ... versucht, die Menschheit mit einer hochmechanisierten Ausstattung zu beglücken, und dabei vergessen, daß in Spanien Lohn- und Lohnnebenkosten preiswerter, in der Tschechischen Republik noch preiswerter und in China am preiswertesten sind. Es ist unsere Aufgabe, mit einer niedrigen Mechanisierung die Menschen einzusetzen, solange sie wenig kosten, und damit ein gutes Geschäft zu machen." (Handelsblatt, 19.11.1993) (31)

Nach mannigfachen Korrekturen boomt der Weltmarkt wieder. Alle Konjunkturindikatoren zeigen nach oben. Das Ifo-Institut behauptet sogar den Beginn einer langen Aufschwungphase. ...

Gleichgültig aber, wie gut die Sanierung der Profitrate läuft, die Politik à la Notverordnungen hält an und wird von allen Wirtschafts-, Politik- und Ideologiestrukturen unterstützt. ... Bis hin zur Einführung eines Arbeitsdienstes - im Frühjahr 1995 wurde ein Zwangseinsatz zur Beseitigung von Hochwasserschäden diskutiert - gibt es keine Tabus mehr. (36)

Der Kapitalismus kann sich nicht über den Konsum aus einer Krise heraushelfen. Es bedarf zwar des Güter- und Dienstleistungskonsums, (45) aber nur in Aufschwungphasen ist der den Markt ausdehnende Konsum willkommen, und das auch nur dann, wenn er sich nicht schneller ausdehnt als die Akkumulation. ... Das Sozialprodukt kann nur akkumuliert oder konsumiert werden. Was konsumiert wird, ist weg. ... Prinzipiell ist der gesamte Staatsanteil vom Profitsektor erarbei-

tet worden und kann nur in Ausnahmefällen seinerseits produktiv sein. Höhere Profite aber lassen sich gesamtwirtschaftlich nicht über die Staatsnachfrage herstellen, sondern nur über eine Steigerung des Mehrwerts in der Produktion. (46) ... Wenn das Wachstum aufgrund einer gesunkenen Profitrate stagniert und der privaten Wirtschaft ein Teil der verbleibenden Profitmarge für den laufenden Bedarf des Staates und seine Schuldentilgung weggesteuert wird, muß etwas geschehen. Es kommt zu tiefgreifenden Korrekturen. Kaum ein staatlicher Sektor bleibt dann von der Entrümpelung verschont. (49)

## II. Die Verwandlung linker Theorie in Esoterik

Theoretiker, die zumindest in linken Zirkeln einen Namen haben, vermitteln den Eindruck, apokalyptische Stimmungen und mystische Eingebungen hätten inzwischen auch sie ergriffen. ... In ... theoretischen Neuschöpfungen dominiert ein globales Geldkapital, das die Lebensverhältnisse auf der Welt einander angleichen werde, über das schaffende Kapital. (51)

Viele linke Theoretiker sind sich darin einig, daß der Kapitalismus seit etwa zwei Jahrzehnten nicht mehr der alte ist. ... Etwas Außergewöhnliches muß geschehen sein, wenn selbst die alten kolonialistischen, imperialistischen und faschistischen Epochen, die Mord, Totschlag und Raub *in extenso* sowie zwei Weltkriege vorweisen können, vor dieser extremen Destruktivität im Graberschauern. Aber was? (65) Es folgt eine Auseinandersetzung mit Kurz, Roth, Holloway und Hirsch, in der die These kritisiert wird, es werde eine menschenrechtsorientierte, ökologiekritische *One-World* mit Hilfe von via Börsen um den Globus geschickter Geldsündfluten erzeugt, weil angesichts der *Internationalität* des Geldes Nationalismen, Faschismen und sonstige ungleichmachende Ismen keine Chancen mehr hätten, Einfluß auszuüben und Menschen zu unterdrücken. (65-73)

Die aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, daß der internationale Geldfluß den Nationalismus nicht hat eindämmen können. Nirgendwo *entwirklicht* sich der Nationalgedanke. Überall auf der Welt feiern Ethnien, Sippen, Volkstänze einen Aufschwung, und in Deutschland ist mit der Volksmusik das beste Geschäft zu machen. ... (74)

... Kapital und Nationalstaat stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander und befinden sich nicht in einem Prozeß, der eine Seite dieses Verhältnisses zugunsten der anderen aufhebt. Die Geschichte des Kapitalismus ist bis heute auch eine konkurrierender Nationalstaaten. (75)

Globales Kapital fördert nicht das Absterben der Nationalstaaten, sondern benötigt sie. Je globaler das Kapital operiert, desto wichtiger wird ein starker Staat als Basis. Ein wesentlicher Faktor für den globalen Erfolg ist die enge Verknüpfung der Wirtschaft mit der militärpolitischen und diplomatischen Potenz des Heimatstaates. (79)

Es folgt unter der Zwischenüberschrift *Das gute Deutschland in der Theorie von Robert Kurz* eine Kritik der Kurzen Sichtweise, die im Chor mit den deutschen Staatsführern die deutsche Geschichte entlastet, indem sie die Verantwortung für diese auf ein epochales Abstraktum übertragen, dem doch alle gemeinsam zum Opfer gefallen seien: der Krieg als solcher, die Moderne als solche, die globalen Wirrnisse. (86-94)

Während die (Robert)Kurz-Linken sich in das allgemein Geforderte einfügen, indem sie als Subjekt der "Aufhebung"

und "Konfliktformulierung" den Sparkassendirektor hochleben lassen und behaupten, Proletariat und Linke hätten sich rettungslos in den Fallstricken der warenfetischistischen Mode verheddert, war in autonomen und anderen Teilen der Linken - rechtzeitig zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus - der Streit über den strategischen Schwerpunkt linker Politik entbrannt: Wie halt ich's mit dem Proletariat, speziell - weil wir hier wohnen - mit dem deutschen? Hat sich linke Politik mit Bezug auf das Gesamtproletariat mehr um die soziale Frage zu kümmern, oder stehen politische Kategorien wie Antinationalismus und Antirassismus im Vordergrund? Rüstet sich das Subjekt gerade zu revolutionären Großtaten, die von einer lethargischen Linken schlicht verpaßt würden, oder befindet es sich in einer dem deutschen "Gemeinwohl" dienenden Agonie und bildet dabei einen deutschnationalen Flügel aus? Nimmt linke Politik heute in erster Linie Maß am Bewußtsein, wie's nun mal ist, oder an einer soziologischen Klassenanalyse? (95)

### III. Die klassenlose Klassengesellschaft

Es scheint, daß der marxistische Versuch, im entwickelten Kapitalismus ein revolutionäres Subjekt aus dessen sozialökonomischer Stellung abzuleiten, wenn nicht endgültig, dann zumindest auf absehbare Zeit gescheitert ist. Natürlich haben sich Klassengesellschaften deshalb nicht etwa in Luft aufgelöst, im Gegenteil: Die Ursache für das Verschwinden eines Klassenbewußtseins liegt gerade in deren Verfestigung durch die gelungene Identifikation der Ausgebeuteten mit dem Betriebszweck und den marktgemäßen Funktionen, die ihnen rund um die Uhr zugewiesen sind. (109)

Der Kapitalismus stürzt sich nicht mehr in Gestalt der Krämer und Händler auf das Geld der Arbeiterklasse, sondern in Form einer alle Schichten erfassenden ... Konsum- und Freizeitwirtschaft. Der allem gemeinsame Zweck wölbt sich totalitär über Arbeits- und Freizeit. Hier beherrscht die Menschen der Unternehmenszweck, der sich in korrekter Einhaltung aller Termine realisiert, dort herrscht der Zwang, neben den privaten Arbeiten aller Art bei dem, was sonst noch läuft, dabei sein zu müssen. Alle sind zum Erfolg oder wenigstens dem Anschein davon verdammt. Ihn nicht zu verkörpern wird von der Gesellschaft bestraft wie generell das Anderssein. (119)

Marketing-Experten und Kreativ-Büros kennen den geheimen Wunsch der im Einerlei dümpelnden Menschen nach Abenteuer und Individualität, und sie wissen um die Unerfüllbarkeit beider Wünsche. Ihnen fiel die Quadratur des Kreises ein. Den Massen im industrialisierten Teil der Erde wird suggeriert, es gehe ausschließlich um jeden einzelnen, um die besondere Herausstellung seines Typs, doch am Ende sind hundert Millionen gleich angezogen, springen die gleichen Sprünge, folgen den gleichen Anweisungen der Animateure, schwitzen millionenfach für den gleichen Knackarsch, sitzen schweigend an der Iso-Bar, überwachen gegenseitig die Einhaltung der Imagevorschriften, pflegen als gemeinsame (125) Haßobjekte Raucher/innen, Schwache und ausgebeulte Turnhosen. (126)

Manch einer entdeckt im postmodernen Menschen ein Mehr an Individualismus und Hedonismus, das angeblich in einer von der Produktionswelt getrennten Erfahrungswelt während der Freizeit ausgelebt wird. (132) Das angeblich seine Sinnesfreuden und Genüsse verhältnismäßig autonom lebende Wesen resultiert aus einem zentralen Leitgedanken: der Annah-

me, Produktion und Konsum seien im Kapitalismus zwei im wesentlichen voneinander getrennte Sektoren, die zwei verschiedene Menschen schaffen würden. (133)

Jedoch: Die Individuen und die Gruppen, denen sie sich zugehörig fühlen, funktionieren ganz im Sinne des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Nicht einmal der äußere Anschein deutet darauf hin, daß die Menschen mehr Individualität ausbilden. (136) Er oder sie unterliegt der Macht des konsensuellen Konsums, den die Medien predigen und den die persönliche Umgebung vielfältig widerspiegelt. (137)

Nach dem Sieg der Marktwirtschaft über den deformierten realen Sozialismus hat ein Wettstreit begonnen, wer die Reste von kritischem Verstand am gründlichsten zu beseitigen in der Lage ist. Konformistische Ergebnissadressen begraben seither, was vom Befreiungsgedanken noch übriggeblieben war. Durch den unbändigen Wunsch der Menschen aller politischen Couleur, an der Seite der Sieger zu stehen, ist rückwirkend auch der Versuch der Sozialist/inn/en in der Sowjetunion dementiert worden, eine Form der gesellschaftlichen Befreiung angestrebt zu haben, die eine wenigstens einigermaßen egalitäre Gesellschaft möglich machen sollte. Sozialismus wird als mißglückte Nachindustrialisierung denunziert, die marktwirtschaftlich eben besser gegangen wäre. (146)

Auch die Befreiungsversuche im Rest der Welt kommen im Siegerdiskurs nicht mehr vor. Weshalb haben die Leute gekämpft in Rußland, Deutschland, Mexico, Kuba, Vietnam, Angola, Mosambik, Südafrika oder Nicaragua, weshalb in Griechenland, Spanien oder Portugal? Weshalb sind Literaten, Künstlerinnen und Abenteuer von Paris nach Moskau oder Mexiko gezogen? Die Enttäuschungen, die sie erlebten, sprechen doch nicht für den kapitalistischen Weltmarkt und dessen Diktaturen.

Mit dem Sieg der Marktwirtschaft aber ist sie auch für viele Linke gut geworden. Das glitzernde Kaufhaus BRD hat nicht nur den Verstand der Leute im Osten geblendet, sondern, wie sich rasch herausstellte, auch den der Wohlstandslinken im Westen, die nichts mehr hören wollen von der Tatsache, daß das durchschnittliche Versorgungsniveau der kapitalistischen Welt etwa auf der Ebene Chiles anzusiedeln ist und die Verwandlung Rußlands in eine Rohstoffbasis für die reichen Staaten dort einen Lebensstandard etwa zwischen Namibia und Brasilien übrig lassen wird. ... Befreiung mißt sich heute an der Einrichtung von Börsen, Hotels mit Roulettischen und Prostitution. (147)

Betriebs-, Konsument/inn/en- und Vergnügungskollektive haben im Kapital einen gemeinsamen Partner, der ihnen in vielen verehrten Gestalten begegnet: als Ware, Werbefilm, Marke, Lifestyle, sportive Sinngruppe, Arbeitsplatz-, Standort-, Wachstums- oder Erfolgsgarant, Veranstalter, In-Lokal, als Geld oder persönliches Vorbild. Im "think positive" drückt sich das allgemeine Einverständnis aus. Das Klassenbewußtsein wurde durch den Kampf der Positiven gegen die Negativen, gegen die Außenseiter/innen, ersetzt, ohne daß die neuen Marktkollektive dazu Druck von oben benötigten. Sie wirken ohne Kontrolle durch sichtbare Hierarchien, indem sie sich selber kontrollieren und korrigieren. Dieser Umstand war die Voraussetzung für die "Toyotisierung" der Betriebsabläufe. Die nicht-integrierte Minderheit aber ist die gemeinsame Gegenklasse aller anderen. Auf ihrer Seite stehen die Spielverderber/innen, die zum Mitmachen gezwungen werden sollen, die Erfolglosen,

die sich dafür zu entschuldigen haben und womöglich wegen ihres falschen Outfits ausgelacht werden, die Schwächlinge, die nichts dafür können (160) und deren Meinung nichts zählt, Intelligente, die Klugscheißer sind, sofern sie sich nicht angepaßt haben. Dazu kommen traditionell Ausländer, Lesben, Schwule oder Kommunist/inn/en, die einfach den Zug der Zeit verpaßt hätten. Viele Negative kämpfen - der Assimilationsdruck ist wie immer groß - um Akzeptanz, sehen schicker aus als die Schicken, machen sich als Arbeitslose unentwegt zum Schein auf den Weg zur Arbeit, haben noch mehr vor als die Handybewehrten und schimpfen wie die Rohrspatzen über die bereits Stigmatisierten. (161)

#### IV. Die Regression des Bewußtseins

Als hätten sie nur auf den Moment gewartet, der es erlaubt, die ihnen vom "Westen" wie vom "Osten" aufgezwungenen Wertvorstellungen abzustreifen und zu allerlei Deutschtümlichem zurückzukehren, feiern Politiker/innen und Intellektuelle den Herrenreiter Ernst Jünger als Jahrhundertdichter. Mit Botho Strauß entdecken Intellektuelle im mordenden und brandschatzenden Pöbel allerlei produktive Potenzen und im archaisch-sakral interpretierten Flammentod der Verfolgten ein Mittel für das Zusammenschmieden des eigenen, von der zivilisatorischen Entwicklung dissoziierten Stammes. Gemeinsam mit ihnen begeben sich andere "Denker", Polit-Fraktionen und Zitelmäner auf den Weg zu einer neuen Sinnstiftung, die das eigentümlich Deutsche gegen westliche Werte restituieren soll. Revisionistische Historiker sind ohne jede Scham bemüht, den Nationalsozialismus - unter Einräumung einiger Übertreibungen - positiv in die deutsche Geschichte zu integrieren, nachdem er in der Phase der Demokratieübungen von den Konservativen noch als unerklärlicher Betriebsunfall und von den Linksliberalen als Ergebnis einer verhängnisvollen Kontinuität (Sonderweg), die in der Bundesrepublik aber ihr Ende gefunden habe, erklärt worden ist. (168)

Wo die Propaganda behauptet, die Deutschen seien für das Leben in einer Raffgesellschaft einfach nicht geschaffen, lügt sie absichtsvoll, um die ausgebeutete Klasse dazu zu bewegen, sich ohne Gegenwehr berauben zu lassen. Nicht selten raffien gerade die Propagandisten der neuen Solidar-, sprich Volksgemeinschaft geradezu kleptomantisch, was immer sie kriegen können. Während ein ganzes Volk darauf abgerichtet wurde, in den Juden und Jüdinnen die Raffenden zu erblicken, die es ohne Arbeit zu Geld bringen würden, stopften die Naziführer ihre Villen mit geraubten Kunstschätzen voll. Die Masse, die nicht auf ihre Kosten kam, haßte um so mehr die, die ihr als Verursacher ihrer Frustration genannt wurden. (171)

Es hat den Anschein, als habe der von der Bundesregierung gefeierte Schriftsteller Ernst Jünger das eigentliche Defizit der Deutschen be-(210)nannt, als er in seinem Buch "Der Arbeiter" feststellte, die Deutschen "haben den bürgerlichen Geist nie wirklich absorbiert." Die Deutschen hätten sich den in mythische Zeiten zurückreichenden Sinn für Opfer und Gemeinschaft stärker als andere Völker erhalten, während die Menschen der westlichen Welt das Einvernehmen mit dem Elementaren verloren hätten. ... Sah Nietzsche im Krieg eine Selektion zum Zwecke der Erschaffung eines höheren Gattungswesens am Werk, repetiert Jünger in seinem "Stahlgewitter": "Der Krieg ist unser Vater, er hat uns gezeugt im glühenden Schoße der Kampfgräben als ein neues Geschlecht." Schnöde soldatische Vergewaltigungsphantasien müssen nur ästhetisiert werden, und schon entdecken die Schmöcke darin eine "hellsichtige Erzählhaltung" (Peter Glotz, zit. n. Konkret, 4/1995). Aus diesem Holz sind Männer geschnitzt, denen Helmut Kohl nicht nur deshalb gern die Hand reicht, weil in Deutschland wieder

Stimmung für Kriege gemacht werden soll, sondern auch aus der Überzeugung, einen edlen Deutschen zu berühren, der sich erfolgreich vor dekadenter Verwestlichung gehütet hat. Das scheint auch Kohls Angestelltem in der Redaktion des *Parlament*, Uwe Grewe, gelungen zu sein. Grewe hatte in der rechtsradikalen Kampfschrift des Ullstein-Verlags "Die selbstbewußte Nation" für seinen Beitrag die Überschrift "Dekadenz und Kampf" gewählt. Dekadent findet er den westlichen Verfassungspatriotismus, der "blutleer" sei. Gegen "eine Bundeswehr, die ihren Auftrag im Ernstfall nicht erfüllen kann",

stellt er den "Heroismus" der Jüngerschen "Stahlgewitter", das deutsche Militär vor 1945 also, noch unaufgeweicht von westlichen Einflüssen. (211)

Die "Offensive der Antiwestler" (Herzinger/Stein) signalisiert den Anbruch einer finsternen Zeit. Sie wird mit Hilfe jenes geistigen Rüstzeugs herbeigeführt, das zu allem bereit macht, weil es hoffnungsfroh auf die Apokalypse zielt - ob da Nietzscheaner das Stahlbad des Krieges zur Ertüchtigung des Mannes predigen (Jünger), Mächtegermythologen die Notwendigkeit des Blutopfers beschwören (Antje Vollmer) oder Realpolitiker die Zwangsläufigkeit einer wachsenden Massenarmut und weltweiter Ent-(231) scheidungskriege behaupten und damit die Forderung nach einer neuen Opferbereitschaft (Marion Dönhoff, Meinhard Miegel, Wilhelm Nölling, Edzard Reuter, Helmut Schmidt, Richard Schröder, Wolfgang Thierse), ja sogar die Erwägung verbinden, ein neuer Faschismus stehe auf der Tagesordnung.

Eines ... ist auffällig: Die neuen deutschen Ästhetiker wählen



Ebermann (l.) und Trampert (r.):

"It's only capitalism but we hate it!"

die Objekte ihrer Bewunderung recht einseitig. Oder sind auch die Bombennächte von Dresden heiter beschrieben worden? Dresden du Schöne, als die Alliierten dich deflorierten, verglüh-test du wie ein Feuerball. Niemand hat sich bislang gefunden, der die Schönheit des Untergangs der "Wilhelm Gustloff" in Worte gekleidet hätte, bei dem Tausende deutscher Flüchtlinge vom schlaftrunkenen Meer verschlungen wurden und das Krei-schen der Möwen von jener Gelassenheit kündete, die Ernst Jünger empfand, als er ein Erschießungskommando befehligte. (233)

### V. Elemente der Regression

Die Erfüllung seines Lebenswerks hat er noch erlebt. Das sei dem Mann gegönnt, der von den Nazis in die Emigration getrieben wurde und seither immer wieder und stets fälschli-cherweise verdächtigt worden ist, ein vaterlandsloser Geselle geblieben zu sein. ... Auch 1969 befand der Mann, der gerade Kanzler der Bundesrepublik geworden war (Willy Brandt), sich durchaus auf der Höhe seiner Zeit, als er in der 68er Revolte nicht etwa einen Abschied der Jugend vom vaterländischen Muff der Eltern vermutete, sondern eine egoistische Störung des deutschen Gangs der Geschäfte: "Durch das Überwuchern des Materiellen wurden geistige Kräfte über Gebühr gebunden. Selbstzufriedenheit, Selbstsucht, mangelndes Verantwortungs-gefühl haben um sich gegriffen." "Doch er spendete Trost: "Aber die Nation ist im ganzen kraftvoll und gesund" und rief mit Worten, die später Alfred Dregger hätte formulieren können, die verlorene Jugend auf, ins Vaterland zurückzukehren: "Das Volk muß ja sagen können zum Vaterland, sonst kann es auf die Dauer nicht leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu ver-lieren, ohne in Stunden der inneren und äußeren Anfechtung zu stolpern. Wir Deutsche ... können nicht ständig mit Schuldbe-kenntnissen herumlaufen ... Wir sind Patrioten ... Wir wollen alles tun, soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten."

Die Erwähnung Willy Brandts an dieser Stelle soll die Allgemeinheit und Gründlichkeit der deutsch-vaterländischen Gesinnungstradition verdeutlichen und ihn wenigstens nach-träglich gegen die unzutreffenden Vorwürfe der Rechten vertei-digen. Viele dachten wie er. Ernst Reuter sah "seine" Stadt Berlin damals als "Pfahl im Fleische des satanischen, teufl-ischen Systems, das uns und die Welt vom Osten bedroht." Der (276) CDU-Politiker Krone entdeckte dort "ein riesiges Konzentrationslager", Erich Ollenhauer nur ein "großes Kon-zentrationslager". So war in Westdeutschland schon früh die Tatsache verwischt worden, daß in der deutschen Geschichte die Nazis ein Monopol auf Konzentrationslager gehabt haben.

Wie glücklich muß Brandt gewesen sein, als er nach dem Fall der Berliner Mauer feststellen durfte: "Nun wächst zusam-men, was zusammengehört", und als er kurz darauf gemeinsam mit anderen Politikern vom Balkon des Schöneberger Rathau-ses herunter das Deutschlandlied krächzen konnte. (277)

Die "friedliche Revolution" war von Beginn an eine Lüge. Die Ostdeutschen wollten an der Weltmacht ihres übergroßen Bruders teilhaben und berauschten sich an ihrer Unterwerfung, die Westdeutschen kosteten die bedingungslose Kapitulation der DDR aus. ... Gebetsmühlenartig leierte man die Formel "Diktatur in Ostdeutschland - Freiheit in Westdeutschland" herunter, weil sie gleich zweierlei bewirkte: Zum einen wurden den Menschen im Osten noch nachträglich beigebracht, wie mitleiderregend ihre erzwungene Unmündigkeit gewesen sei,

weshalb Dankbarkeit für ihre Befreiung sich von selbst verste-he. Zum anderen konnte man der westdeutschen Bevölkerung verklickern, daß sie sich angesichts des schrecklichen Lebens ihrer Brüder und Schwestern in ihrer eigenen Beschränktheit gefälligst wohlzufühlen habe, weshalb ein gerüttelt Maß an Dankbarkeit für die letzten 50 Jahre durchaus nicht zuviel verlangt sei. (280)

### VI. Die Renaissance des vökischen Prinzips

"Lothringen hat einmal zum deutschen Reich gehört, dar-über besteht kein Zweifel. ... Fast überall, wo die hitzigen deutschen Patrioten sich auf ein altes germanisches Recht berufen, können wir ein noch älteres keltisches belegen, und vor den Kelten lebten dort, wie man sagt, die Allophylen, die Finnen, die Lappen; und vor den Lappen waren es die Höhlen-menschen und vor den Höhlenmenschen die Orang-Utans. Für eine solche Geschichtsphilosophie gibt es als ein dingliches Recht in der Welt nur das Recht der Orang-Utans, die ungerech-terweise von der bösen Zivilisation vertrieben worden sind." Worüber Renan sich 1871 lustig machte, prägt heute die Weltgeschichte. (312)

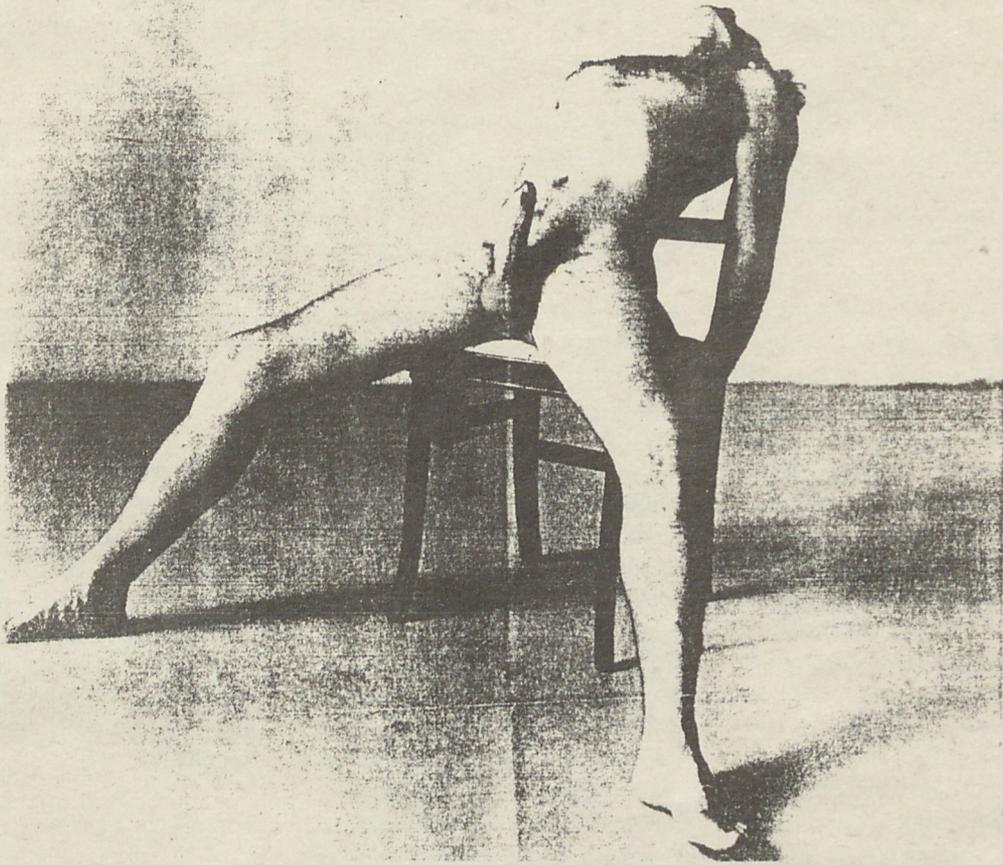
Die Dynamik des Kapitalismus wirft heute über den Hau-fen, was gestern noch galt. Er expandiert durch Kriege, ersetzt in schneller Folge Techniken und Waren durch immer neue. Er betoniert die Erde zu oder gräbt in ihr herum, wo er etwas Verwertbares vermutet. Er treibt Leute in die Produktion und sortiert sie wieder aus. Fachausbildungen sind mit ihrem Ab-schluß bereits wieder veraltet. Die Kulturindustrie übt alle fünf Jahre mit den Kunden neue Musikrichtungen ein, "indem sie sich benimmt, als wäre sie selber ein Kunde." ... Weil aber adas Individuum sich in rascher Folge immer wieder veränderten Anforderungen unterwerfen muß, ist seine Suche nach Dauer und Identität so begreiflich wie absurd - und einträglichen Geschäft für alle professionellen Förderer dieses Unterfangens. Tatsächlich ist sein Ergebnis auch stets nur die "Identitätskrise" ..., aber die Radikalität der Entwurzelung fördert den Wunsch nach Entdeckung und Festschreibung des "eigentlichen Ich", was in den Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaften ein Traum bleiben muß. (333)

\*\*\*

Die Textpassagen sind nicht repräsentativ, geben aber ex-emplarisch Stil und Inhalt wieder. Eine übliche (zumeist kurze) Rezension hätten m. E. zuwenig neugierig gemacht oder zuwenig abgeschreckt ...

harald hellweg-mahrt





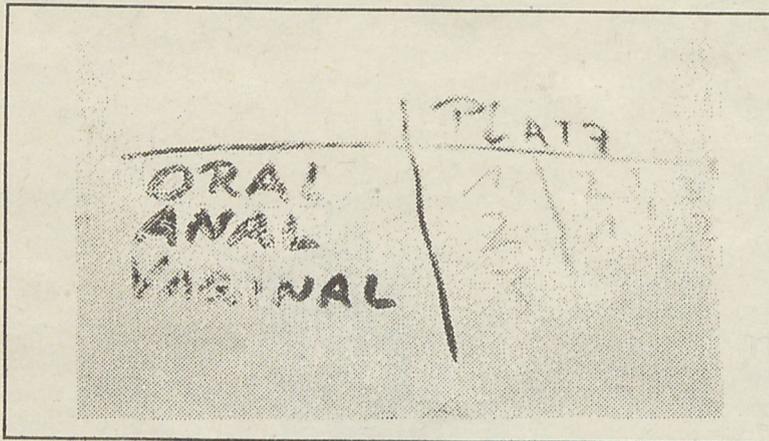
## TH-Underground: Nachrichten aus dem Männerklo<sup>1</sup>, überbracht von Andreas Klärner und Christof Meueler

Wie still ist das stille Örtchen?  
Das typische TH-Klo ist eher lärmig, von Stille kann nicht die Rede sein. In der Massenuniversität wird die Notdurft in einer langen Reihe verrichtet. Das moderne Studi-Klo ist - wie andere öffentliche Toiletten auch - eine Mischung aus Fabrik und Gefängnis. Es herrscht allgemeiner Hochbetrieb: Ausscheiden am Fließband, isoliert in einzelnen Abschnitten am Urinal oder in der WC-Zelle. Wie in Fabrik und Gefängnis ist das Individuum in der Universität zeitweise inhaftiert, es darf nicht tun, was

es will. Wie das tägliche Leben zwingt der Universitätsablauf dem Individuum Regeln auf, die weder problemlos zu durchschauen noch ohne weiteres zu verändern sind. Unter diesen Bedingungen kann die Kommunikation nur eine gestörte sein. Wie in Fabrik und Gefängnis sind die Wände an den unbeobachteten Stellen mit Botschaften versehen. Hakenkreuze, Anarchie-Zeichen, Sprüche, obszöne Zeichnungen. Diese Zeichen wollen bestehende Ordnungen symbolisch zerstören, da die Ordnungen selber als zerstöre-

risch empfunden werden. Die Zeichen stehen hauptsächlich für Gewalt, Sex und Rausch. Illusionäre Wunscherfüllungen, die in der Realität nicht gestattet sind. Sensationen von und für Individuen, die sich als ohnmächtig begreifen. Die alltäglichen Versagungen werden auf den Klowänden in Graffiti umgewandelt. Auf den Männer-Klos ist Sex das wichtigste Thema der Graffiti. Phallus Overkill in jeder Variation. Der überdimensional gezeichnete Monster-Phallus droht dem eigenen wie dem anderen Geschlecht Folter an.

<sup>1</sup> Die im Text in Großbuchstaben geschriebenen Sätze sind Zitate von den Wänden und Türen der TH-Herrentoiletten der Innenstadtmensa und des TH-Hauptgebäudes.



Die dreifache Unterdrückung des Menschen durch Kapital, Patriarchat und Rassismus äußert sich hier in reiner Form. Der in allen drei Unterdrückungsformen von der autoritären Macht zum bloßen willenlos-verfügbaren Objekt degradierte Körper wird auf den Klowänden in allerlei Projektionen abermals gedemütigt, vergewaltigt und gemordet. Diese Projektionen sind Ausdruck der Kultur, in der sie entstehen. Der Körper muß die Last der unfreien Welt tragen. Die Macht befiehlt die Kulturideale Arbeit, Pflichterfüllung und Gehorsam und die Individuen bemühen sich unablässig, diesen Idealen Folge zu leisten, denn alle Abweichungen werden gnadenlos verfolgt. Um optimale Leistung in Arbeit und Freizeit bringen zu können, wird der Körper als Träger von Kraft, Erregung, Schwäche in den offiziellen Diskursen der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft grundsätzlich ausgeforscht, abgehört, katalogisiert, kurz: diszipliniert. Besonders die Rede über Sexualität wird genormt. Sexualität erscheint als Schlüssel für die allgemeine Thematisierung der menschlichen Lebenswelt. Unabhängig vom tatsächlich und persönlich erlebbaren Sex zündet in der Moderne eine „diskursive Explosion“ (Foucault 1983: 27) um den Sex herum, die getrieben ist von der Idee, „daß uns das Wesentliche dauernd entgeht und wir darum stets aufs Neue seine Spur aufnehmen müssen“ (Foucault: 47). Seit dem 17. Jahrhundert wird der gesamte sexuelle Kontinent entzaubert und kartographiert. Anhand der Scheidung von normal/

anormal wird diese Ausforschung vorangetrieben und so der Körper zum Schnittpunkt von Wissens- und Machtbeziehungen gemacht. Die Rede über die sexuelle Praxis ist wichtiger als die sexuelle Praxis selbst. Bis heute wird Sex in allen Talkshows der Welt besprochen, in unzähligen Reportagen in seiner Vielfältigkeit dargestellt. Der permanente Sex-Diskurs eliminiert die in der bürgerlichen Gesellschaft verbreitete Vorstellung, Sexualität sei der Statthalter für ein ganz anderes Leben. Eines, das dem herrschenden Realitätsprinzip widerspricht, weshalb von der Sexualität weggeschaut statt hingeschaut würde. Stattdessen bleibt die Rede über Sexualität in Hinblick auf die Emanzipation des Menschen von Zwang und Furcht sozial folgenlos. Bis heute müssen Frauen dienen, Waren fließen und Fremdes muß verfermt werden. Gerade die Rede über Sexualität begrenzt Sexualität, bzw. Genuß, Lust, Erfüllung. Dies wird vom unentweg-

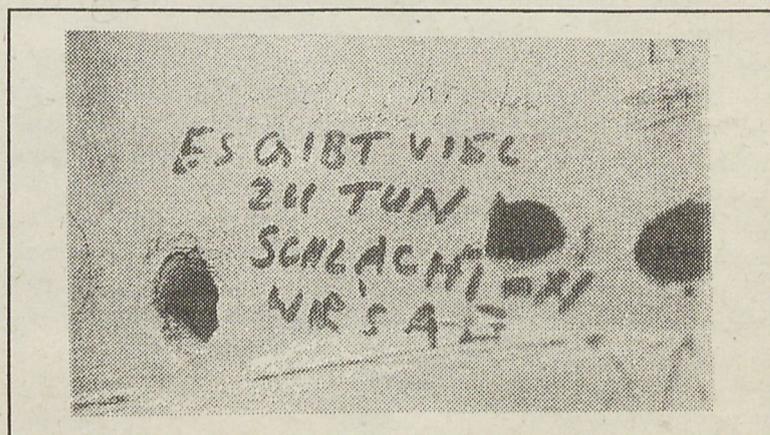
ten Gequassel, Geflimmer und Geflüster der Kulturindustrie täglich bestätigt.

Die Kulturindustrie behandelt Sexualität als Ware, läßt sie in diversen Formen erscheinen (z.B. Reklame, Kino, Fernsehen, Popmusik, Sport), die nahezu sämtlich aus der Perspektive des konventionellen männlichen Herrscher-Blicks auf alles Nicht-Männliche (Frauen und sogenannte Perverse) präsentiert werden und begrenzt sie dadurch. Als Ware figuriert Sexualität und damit der Körper in Gegensätzen wie normal/anormal, männlich/weiblich, stark/schwach, gut/schlecht etc. Obwohl allgemein angenommen wird, die Kulturindustrie wäre herrlich frisch, kunterbunt und locker im Sinne von Nina Hagen („es ist alles so schön bunt hier!“) stärkt sie in Wahrheit verhärtetes Schwarzweiß-Denken, das auf der offiziellen Trennung von Arbeit und Freizeit gründet und die Sicht auf das Ganze und die großen Zusammenhänge (den Kapitalismus, das System, die Macht etc.) verhindern. Dienst ist Dienst, da gibt es kein Pardon. So geht man arbeiten, essen, schlafen und eben manchmal auch Spaßhaben.

### Krieg kein Frieden

Sexualität aber gibt sich damit nicht zufrieden. Der orgasmische Moment stellt sich den Partikularismen des modernen Lebens entgegen: alles fließt ineinander, denn der Orgasmus bedeutet für einen kurzen Augenblick das Ende der Welt.

Die von der Kulturindustrie propagierte Sexualität kann keine Orgas-



men liefern, sondern nur endlose Vorlust. Das macht die Kunden unzufrieden und treibt sie potentiell zur Verzweiflung. Das „Unbehagen in der Kultur“ (Freud 1930) wird durch die permanente Rede über Sexualität, die die direkte Tabuisierung der Sexualität in der frühbürgerlichen Familie abgelöst hat, nicht beseitigt. Jeder Einzelne *bleibt* „ein virtueller Feind der Kultur, die doch ein allgemeinemenschliches Interesse sein soll“ (Freud 1927, [1986]: 140). Die Lektüre der Graffiti auf Männerklos bestärkt diesen Eindruck. ES GIBT VIEL ZU TUN - SCHLACHTEN WIR ES AB, heißt die Parole für den dort skizzierten imaginären Amoklauf. Die täglich diffus verspürte Ohnmacht des Individuums, *eigentlich nichts ändern zu können*, äußert sich in ebenso diffusen Allmachtsphantasien. Angeblich ist man auf dem Klo Mensch und darf es sogar sein. Zumindest der eigene Körper ist in direkte Aktion verwickelt, irgendwas kommt immer dabei raus. Der nur auf dem Klo wahrnehmbare, sonst tabuisierte Geruch von Fäkalien weckt unbewußte Erinnerungen an die autoerotischen Freiheiten der Kindheit, als das Leben regellos schien und das Individuum noch nicht soweit durchsozialisiert war, daß es seine Triebregungen den gesellschaftlichen Konventionen unterwerfen mußte. Eine Zeit, in der die „Entleerung von Harn und von Darminhalt... [noch] einen möglichst großen Lustgewinn“ brachte (Freud 1917 [1992]: 301). Der Klomief riecht nach Kindheit, in der die Welt noch in Ordnung war. Die so stimulierte Phantasie muß sich mühsam gegen die Unterdrückung der menschlichen Triebansprüche artikulieren: MY WAR - MY FIGHT - MEIN KAMPF. Um leichter sprechen zu können, bedient sich das stimulierte Klo-Subjekt der einfachsten Sprache, also der Sprache der Klischees. Die Sprache der männlichen Klo-Graffiti ist dumpf, denn sie bedient sich unoriginell und undifferenziert der Sprache der phalluszentrierten Macht. Wie allgemein in der Pornographie üblich, sind die Inhalte vollkommen reduziert, „alles Handeln wird als eine Folge sexueller Vorgänge begriffen“ (Sontag

1982: 81), nämlich als Unterwerfung der Welt unter den eigenen Phallus. Selbst auf dem Klo, einem Ort, wo kein Talkmaster, Wissenschaftler, Reporter, Lehrer, Chef oder gar ein Elternteil die Äußerung über Körperlichkeit überwacht, wird in vorgegebenen, leistungsorientierten Mustern verharret. Das heißt das Wichtigste am Phallus ist die Quantität. WER HAT LUST, MIR AUF MEINEM DICKEN SCHWANZ MAL SO RICHTIG EINEN ZU BLASEN ODER ICH BEI DIR? ICH BIN SO GEIL, DASS DU ALLES MIT MIR MACHEN KANNST! MEIN SCHWANZ IST 19 CM LANG UND 4,5 CM DICK. Zusätzlich zum positivistischen Phallus-Check und der darin ausgedrückten homosexuellen Klappen-Kultur enthält solch eine Botschaft eine Infragestellung der gesellschaftlich verordneten Zwangsheterosexualität. Das öffentliche Klo dürfte der einzige Ort sein, wo die homosexuelle Rede neben der heterosexuellen Rede gleichberechtigt sich präsentieren darf. Dieser Zustand ist nicht ungefährdet. Drohend wird proklamiert: DIESES KLO IST EINE SCHWULENFREIE ZONE. Trotzdem schafft der offene Phallozentrismus die Plattform für sexuelle Pluralität, da das Objekt, über das der Phallus verfügen soll, im Prinzip qualitätslos und austauschbar ist. Die Reihung ORAL - ANAL - VAGINAL bringt es auf den Punkt. Der Körper soll als Maschine fungieren, antiindividuell und automatisch. Das störende, weil differenzierende und moraltransportierende Bewußtsein wird vom Körper gelöst

und ausgeschaltet, um die kulturell etablierten Vorschriften des Kanons von normal/anormal zu überwinden und die pornographische Grundforderung imaginär zu erfüllen: „Im Idealfall sollte es für jeden möglich sein, sexuelle Beziehungen mit jedem anderen anzuknüpfen“ (Sontag: 81). Dies ist die phantasmagorische Folie, auf die der Phallus Overkill aufbaut und die sich nicht anders als terroristisch artikuliert. Der verstärkt gegen Frauen, aber auch gegen Männer halluzinierte Terror der männlichen Klosprache ist gleichzeitig Ausdruck der Gewalt des allgemeinen Sex-Diskurses, indem er dessen Themen eins zu eins in pornographische Forderungen übersetzt, wie auch Kritik daran, indem er durch diese Übersetzung die Gewalttätigkeit der herrschenden Sexualökonomie, die den Individuen von Kindesbeinen an die Scheidung von normal/anormal anerzieht, offenlegt. Die Obszönität der Klosprache und die ihr eigentümliche Maschinisierung des Körpers zerstört für den Augenblick ihrer Lektüre das von der Kulturindustrie behauptete Dogma der friedlichen Gesellschaft, in der man angeblich über alles reden kann. Diese Kritik bleibt negativ. Sie demaskiert den zivilen Anschein der Gesellschaft als einen im Kern gewalttätigen ohne die Gesellschaft in Richtung einer freieren und gewaltloseren zu transzendieren. So gesehen besteht zwischen Imagination und Realität kein Unterschied mehr. Bestehende Klischees erfahren in den Klo-Graffiti radikale Verschärfungen. Die gesellschaftliche Unterdrückung der Frau wird bis in den Mutterleib hinein gedacht, in

# Crisis und Utopia

dieser Perspektive möchte schon der weibliche Embryo nichts anderes als vergewaltigt werden, so daß die Opfer sexuellen Mißbrauchs als wahre Täter halluziniert werden: ICH HÄTTE GERNE EIN GEILES WEIB, DAS DAMALS SCHON IM MUTTERLEIB, DIE MÖSE SO ZU DREHEN WUSSTE, DAS VATER SIE MITVÖGELN MUSSTE.

### Blick nach vorn im Zorn

In all diesen Sprüchen drückt sich eine tief empfundene Ablehnung der herrschenden Verhältnisse aus, die sich in unreflektierter Form in Gewalt- und Allmachtsphantasien äußert.

Die in den Sprüchen behauptete grenzenlose männliche Lust dokumentiert unbewußt ihren grenzenlosen Zorn auf die sie versagende Gesellschaft. Manchmal verrät sich dieser Zorn in den Sprüchen selbst - als Freud'sche Fehlleistung. MIR KOMMT DAS SPERMA ANGERDICK, WENN ICH DIE JUNGEN DINGER FICK. Das ungewöhnliche Wort „ANGERDICK“ macht keinen direkten Sinn. „Anger“, gefaßt in der Bedeutung von „Wiese“, macht noch weniger Sinn als die Annahme, „Anger“ sei das fehlerhaft geschriebene Wort „Anker“. Die Übersetzung des Wortes aus dem Englischen als Kombination der Worte „Zorn“ (anger) und „Schwanz“ (dick) erscheint sinnvoller. Der zornige Schwanz möchte die Welt, samt der sie zusammenhaltenen

den Kultur, in seinem Sperma untergehen lassen. Solange dieser Zorn auf die Kultur nur unbewußt artikuliert wird, kann die Gewalt der Gesellschaft, die die Körper und Gehirne der Individuen diszipliniert, nicht gebrochen werden. Erst die Anerkennung der Tatsache, daß das „was uns am heftigsten empört, in uns [ist]“ (Bataille), daß heißt, daß die unbewußte Ablehnung der die Individuen befehligen den Disziplinargesellschaft Allgemeingut ist, könnte daran grundlegend etwas ändern. Die Träger des phallogozentrischen Zorns müssen sich ihres Zorns als eines gesellschaftlich motivierten bewußt werden und ihn außerhalb der Klowände offen politisch artikulieren. Die Möglichkeit einer Kultur, die dem Einzelnen weniger Versagungen auferlegt, wäre dann gegeben.

- BATAILLE, Georges (1957), *Die Erotik*, München 1994  
 FOUCAULT, Michel, (1976), *Der Wille zum Wissen*, FF/M 1983  
 FREUD, Sigmund, (1927), „Die Zukunft einer Illusion“, in ders., *Kulturtheoretische Schriften*, FF/M 1986  
 FREUD, Sigmund, (1930), „Das Unbehagen in der Kultur“, in ders., *Gesammelte Werke*, Band 14  
 FREUD, Sigmund, *Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse*, FF/M 1991  
 NINA HAGEN BAND, „TV-Glotzer“, auf dies., *Nina Hagen Band*, LP, 1978  
 SONTAG, Susan, „Die pomographische Phantasie“, in dies., *Kunst und Antikunst*, FF/M 1982

## IMPRESSUM

maximum overdrive wird vom asta der th darmstadt herausgegeben.

redaktion: andreas klärner, christof meueler (verantwortlich), mustafa mostafadarwish.

mitarbeiterinnen dieser ausgabe: klaus dapp, aylin deniz, uli franke, georg fülberth, marcus gottsleben, harald hellweg-mahrt, christian hölzel, tschabo paulo, malte plath, jan raspe, daniel rybski, tilmann schneider, susanne schuckmann.

titelblatt: christian hölzel

anschrift:

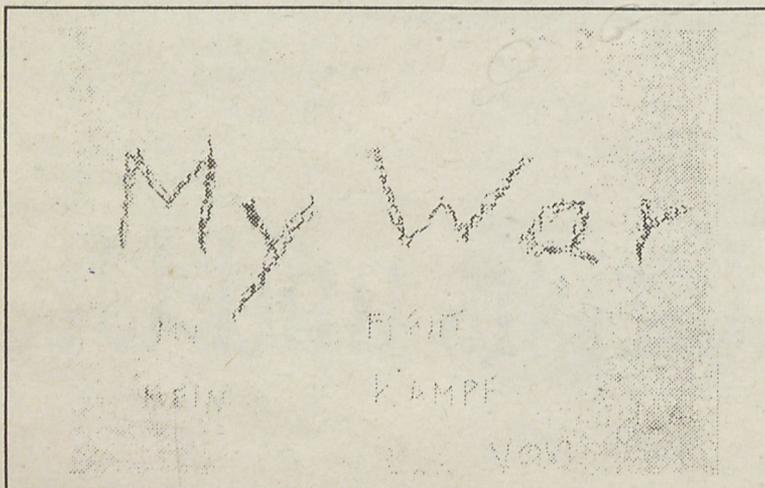
post: hochschulstr. 1, 64277 darmstadt.

e - m a i l :  
 maxover@hrz1.hrz.th-darmstadt.de  
 st000931@hrz1.hrz.th-darmstadt.de (ak),  
 st001499@hrz1.hrz.th-darmstadt.de (mmd).  
 fax: 06151/166026.

druck: asta-druckerei  
 auflage: 2500 stück

namentlich gekennzeichnete artikel geben nicht unbedingt die meinung der redaktion wieder.

www-adresse: <http://www.th-darmstadt.de/fsmathe/Max.O/maxo.html>



# Super-Mario

VS.

# Playmobil

**Kann Spielzeug Kindern Böses tun?**

**Ausgrabungen aus der Kindheit**  
von *Andreas Klärner*.

Phantasie ist wie Sigmund Freud sagte eine „Entschädigung“ für den Lustverzicht, den alle Menschen aufgrund der ihnen feindlich gegenüberstehenden Außenwelt aufbringen müssen. Das heißt in einer Welt, die nicht das Schlaraffenland ist muß man eben arbeiten um an sein täglich Brot zu gelangen und gerade deshalb vom Schlaraffenland träumen, in dem man nicht um 6:30 aufstehen müßte um rechtzeitig zur Arbeit zu kommen.

„In der Phantasietätigkeit genießt also der Mensch die Freiheit vom äußeren Zwang weiter, auf die er in Wirklichkeit längst verzichtet hat“ (S. Freud)<sup>1</sup>.

Darüber hinaus bedeutet Phantasie haben, aber auch die Fähigkeit sich eine andere Welt vorzustellen, die gerechter, d.h. lustvoller für den Einzelnen, wäre als die bestehende, und nach Möglichkeiten ihrer Verwirklichung zu suchen.

Super-Mario ist das Spiel das Nintendos Durchbruch zum führenden Unternehmen Japans<sup>2</sup> am besten symbolisiert, darüber hinaus ist Super-Mario das wahrscheinlich meistverkaufte Videospiel aller Zeiten und hat „allein in Amerika ... sage und

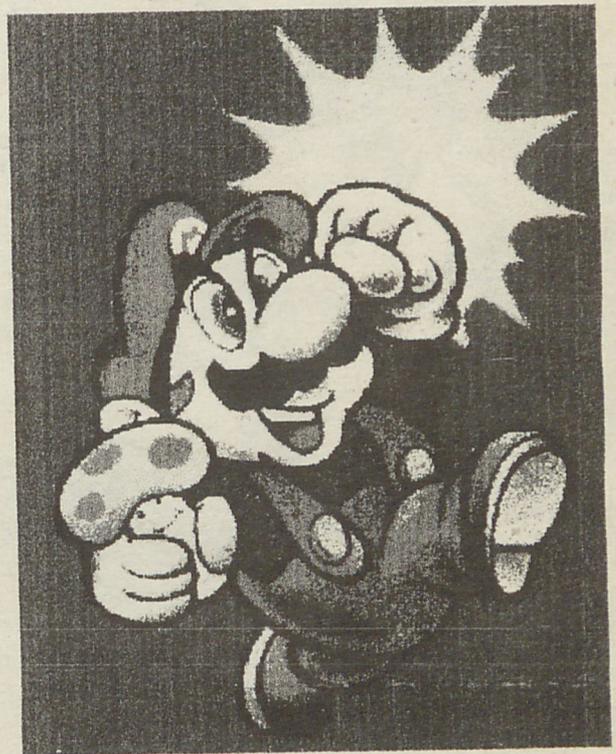
schreibe fünfhundert Millionen Dollar Gewinn eingebracht ... das ist mehr als in der gesamten Unterhaltungsindustrie jemals irgend etwas einbrachte - mit Ausnahme des Films 'E.T.'“<sup>3</sup>

Das Spiel selbst kennt wahrscheinlich jeder - ich stelle es aber trotzdem noch einmal kurz vor, um meine Aussagen belegen zu können. In Super-Mario muß der Klempner Mario sich laufend und hüpfend einen Weg durch eine Phantasiewelt bahnen, um eine Prinzessin zu befreien. Auf diesem Weg kommen ihm allerlei obskure Gegner entgegen, die er durch draushüpfen oder Abschießen eines Schildkrötenpanzers erledigen kann. Als besonders toll an diesem Spiel wird immer wieder hingestellt, daß es doch ganz viele Geheimgänge gäbe, die man finden könnte und in denen dann irgendwelche Bonus-Objekte versteckt sind und daß diese Geheimgänge zur

Lösung des Spiels nicht unbedingt erforderlich sind.

Implizit wird hier also unterstellt, daß nicht nur Reaktion und Kombinationsvermögen zur Lösung des Spiels notwendig sind, sondern daß auch die Phantasie des Spielers angeregt würde. Dieser muß sich ja überlegen oder ausprobieren wo diese Geheimgänge versteckt sein könnten.

Daß diese Geheimgänge in Nintendo- und Videospiel-Zeitschriften gezeigt werden und auch beschrieben wird



<sup>1</sup>S. Freud (1916-17), „Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse“, Frankfurt a.M. 1991, S. 355

<sup>2</sup>nach David Sheff zog Nintendo in den frühen 1991 Jahren an Toyota und Honda vorbei, vgl. D. Sheff - Nintendo 'Game Boy', München 1993, S.11 und 102f.

<sup>3</sup>Sheff, a.a.O., S.9

wie man zu ihnen gelangt, sei nur ein kleiner Seitenhieb. Eine andere Sache ist aber die, daß das Spiel von einem Programmier mit all seinen Geheim- und sonstwie-Gängen gemacht wurde, also sowohl potentiell als auch faktisch begrenzt ist. Was der Programmier nicht implementiert hat ist auch nicht drin und noch soviel Phantasie des Spielers kann daran nichts ändern. Das heißt natürlich auch, wenn wir uns an die oben genannte Phantasie-Definition halten nach der Phantasie heißt, sich eine andere Welt als die bestehende vorzustellen, dann wird bei Super-Mario keine Phantasie benötigt. Die Phantasiewelt ist ja schon da.

Ich möchte das noch einmal illustrieren:

Wenn der Spieler nicht in der vom Programmierer gewünschten Weise reagiert, also z.B. nicht im richtigen Moment springt, stürzt Super-Mario in einen Abgrund und ist tot. In meiner Phantasie könnte aber gerade am Ende des Loches, in das ich hineingefallen bin, nicht der Tod, sondern

etwas anderes, was ICH mir vorstellen wollen, eine neue Welt, nicht der Tod, irgendwas **Anderes** eben. Mit dem Gegebenen muß sich also abgefunden werden, die Welt des Programmierers (soll ich ihn nicht irgendwann nennen wie er es verdient: **Führer**) ist durch mein Eingreifen in keiner, nicht in der geringsten Weise veränderbar. Und das - die Vorstellung von der Unabänderlichkeit des Seins (das *tatsächlich* veränderbar ist) - ist wohl **die** Fähigkeit, die man in unserer heutigen Welt braucht.

Der Spieler wird also gezwungen, sich in die Phantasiewelt des Programmierers (dessen Phantasie ich nicht abstreiten will) hineinzuwenden, wird quasi dem Willen des Programmierers unterworfen, wenn er sich weigert, wird er mit dem (zugegeben symbolischen) Tod bestraft. Zusätzlich bedeutet die Weigerung, Super-Mario zu spielen - bzw. sich nicht am Erkunden der Super-Mario-Geheimnisse zu beteiligen - für den „außengeleiteten“<sup>4</sup> Menschen der

Moderne den nicht nur symbolischen Ausschluß aus einer ziemlich großen Gruppe von Nintendo und Super-Mario-Addicts. Wer mit seinen Freunden nicht über die neuesten Entdeckungen in Super-Mario mitreden will oder kann, bleibt eben außen vor.

Hier werden also auf zweierlei Art und Weise **autoritäre Denkmuster** gefordert und nebenher jegliche **Phantasie reduziert** und somit **eliminiert**.

Wieso heißt dieser Text nun eigentlich Super-Mario vs. Playmobil?

Nun, ein geeignetes Gegenbeispiel zum Super-Mario-Spiel scheint mir das Spielen mit den Figuren von Playmobil zu sein. Bei diesen Figuren wird einem eigentlich nichts als eine äußere Form mitgegeben. Männlein - Weiblein Cowboy oder Indianer, so recht zu durchschauen sind die Unterschiede eigentlich nicht und wenn dann sind sie durch das Austauschen einiger weniger Attribute (Der Bogen in der Hand des Cowboys macht aus ihm schon einen halben Indianer, der Cop kann good guy oder bad guy sein) relativ schnell wieder verwischt.

Ansonsten ist das Spielen mit Playmobil vollkommen frei, Geschichten werden nicht mitgeliefert, Spielregeln existieren nicht oder müssen **zwischen den Spielern vereinbart** werden.

Man kann also sagen bei, Playmobil existiert zwar die Form der Figuren, des Spielgerätes, aber den Inhalt des Spiels müssen die Spieler liefern. Wenn meine Playmobil-Figur in einen Abgrund stürzt kann ich sie doch immer noch durch einen **phantastischen** Streich retten oder sogar zum Leben wiedererwecken.

Zudem ist Playmobil das antiautoritäre Spiel schlechthin, die Regeln werden vereinbart, Regeländerungen können diskutiert werden. Natürlich könnte man einwenden, daß der stärkere Mitspieler notfalls seine Regeln mit Gewalt durchsetzt, aber das ist im wirklichen Leben auch nicht anders. Und hier wie in der Realität kann sich der Schwächere Gegenstrategien überlegen wie er den körperlich Stärkeren überzeugen, umstimmen oder sonstwie überlisten kann.



## FÜR EINE BESSERE WELT - SPIELT MIT PLAYMOBIL

<sup>4</sup> vgl. D. Riesman, „Die einsame Masse“, Hamburg 1958, S. 137-174

Musik Theater Disco

# Februar

# Schloßkeller

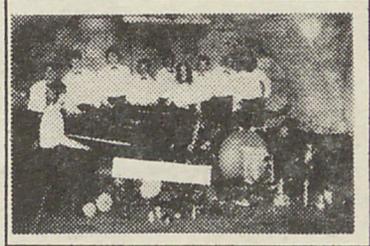
Darmstadt

- 1 Do Offene Bühne  
Sprungbrett für Musik & Theater Eintittt frei!
- 2 Fr Mr. Worf Fusion-Jazz | 6,-
- 3 Sa Muddy  
Boots  
Blues Band 8,-
- 4 So Schwulen- und Lesben Party
- 6 Di Schloßkeller Disco 3,-
- 7 Mi Grenzgänger Folk- Kabarett  
8,-/6,-
- 8 Do Bierabend & Jazz-Session Eintittt frei !
- 9 Fr Swinging Bluebirds Oldtime- Jazz  
8,-
- 10 Sa Flying Circus Pop- Rock 6,-
- 13 Di Schloßkeller Disco 3,-
- 14 Mi
- 15 Do
- 16 Fr
- 17 Sa
- 18 So Schwulen- und Lesben- Party
- 19 Mo Rosenmontagsfete!
- 20 Di Schloßkeller- Disco 3,-
- 21 Mi Film: Ein kurzer Film über das Töten, Polen 1987 Eintittt frei !
- 22 Do Rauchfreie Disco !  
Viel Musik für den Bauch und tanzen statt husten. Ein einmaliges Angebot in Darmstadt. 3,-
- 23 Fr Molly unemployed als Vorgruppe spielt  
Frame Rock 6,-
- 24 Sa Salsa- Disco mit Tanzkurs von 20 bis 22 Uhr 3,-
- 26 Mo Frauendisco Ladies only!
- 27 Di Schloßkeller- Disco 3,-
- 28 Mi Alexander Finkel Deutschland ein Wintermärchen 8,-/6,-
- 29 Do Bierabend & Jazz-Session  
Eintrittt frei!

**Wegen Renovierungsarbeiten  
leider geschlossen !**



Grenzgänger



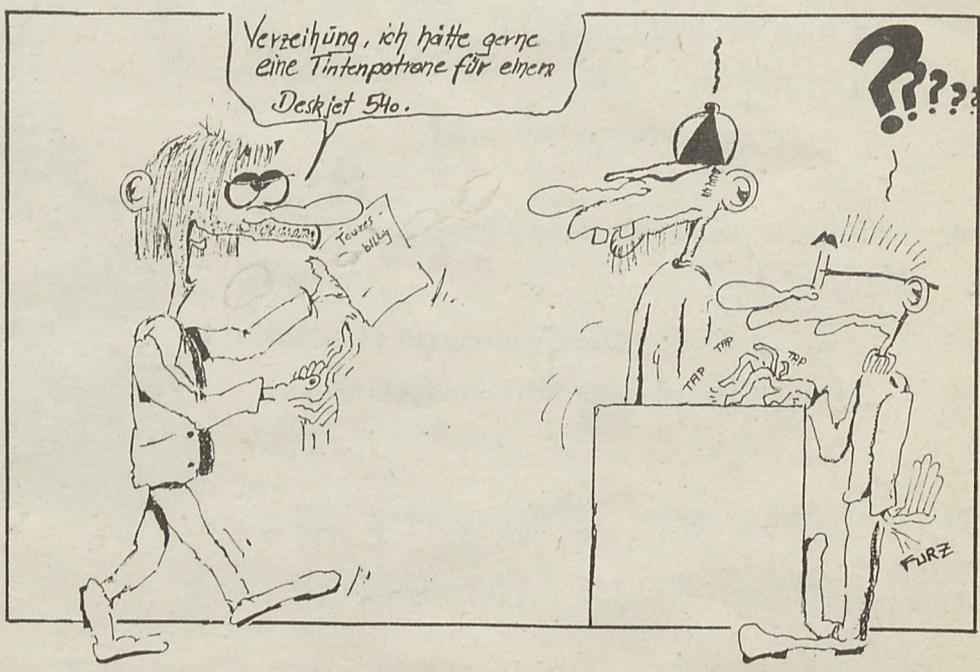
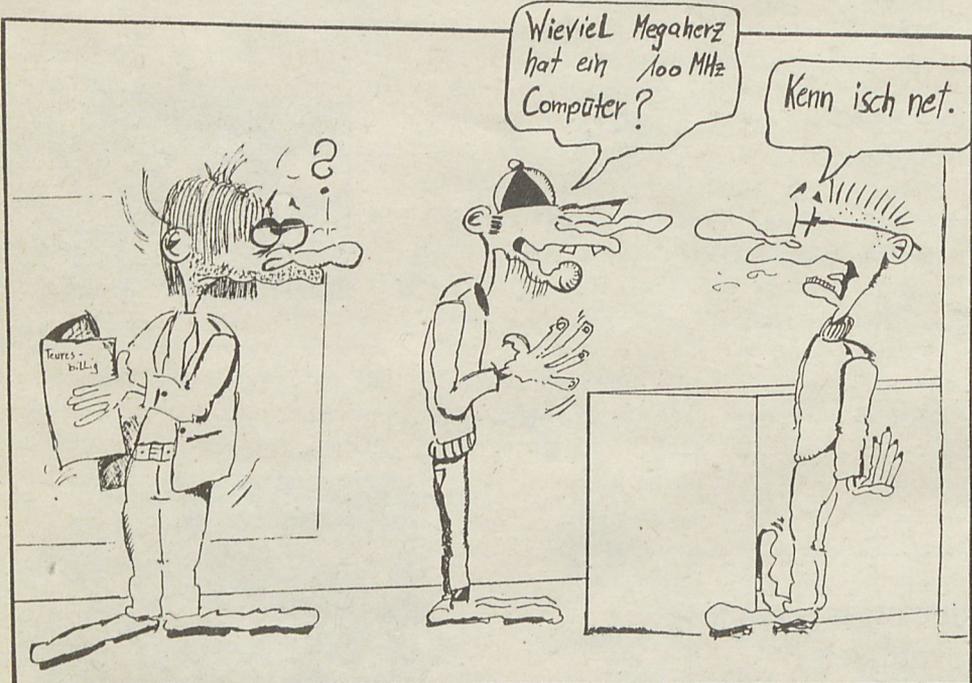
The swinging Bluebirds



Molly.unemployed

**Neue Öffnungszeiten:  
Jeden Abend ab 21 Uhr !  
Einlaß bei Theatervorstellungen  
nur von 20 Uhr bis 21 Uhr !**

Postadresse: StudentInnenkeller im Schloß c/o ASTa THD  
Hochschulstr.1, 64289 Darmstadt Tel: 06151/163117



Momentamal, isch hebb do a Subberangebot für se beide.

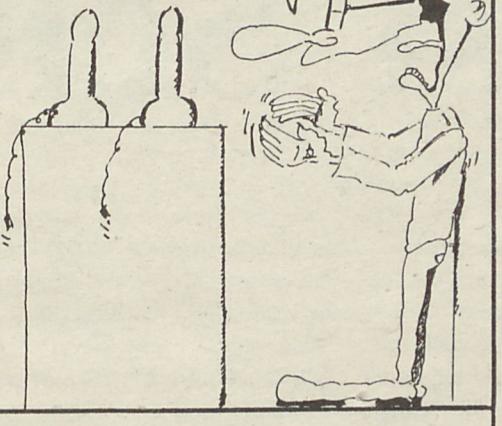
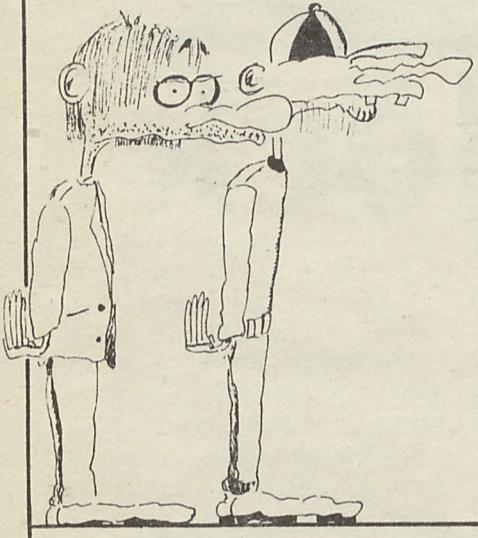


Was'n Kack, nie wieder 200 km Blindenmarathon bei der ROK!



Isch geh tür mal kore ins Loocher

Gugge se mol. Des is a Dildomus, für optimale Cybersex Q112996 im „Net“ gell!



Das Leben ist doch schön.



Fortsetzung folgt

Weil immer noch Millionen Menschen an den guten Geist der Rockmusik glauben, kann man es nicht oft genug sagen: Rock'n Roll ist verraten, verkauft und tot. Eine endgültige Abschiedsrede von *Christof Meueler und Tschabo Paulo*.



No more teenage-rock-hysteria!

# Rock ist Schlock!

Das Hauptproblem an Rockmusik ist, daß deren Struktur sich nach einer Zeit in jeder neuen Musikrichtung durchzusetzen droht. Was auch unternommen wird, am Ende siegt das große Bild des Musikers als Künstlers. Ein Rockmusiker ist unangenehm, da er immer alles besser weiß (vor allem immer das angeblich falsche erkennt). Man kann mit einem Rockmusiker nicht in einem Zimmer sitzen, eine Musik hören, ohne das er nervt. Prinzipiell findet der Rockmusiker alles, was interessant ist, schwach, belanglos oder bestenfalls unausgereift. So werden alle Ideen irgendwann geordnet, absorbiert und in ein marktgerechtes Segment eingeteilt, denn der Rockmusiker ist gierig auf Musik, die er a) nicht versteht, b) nicht selbst macht und c) wahrscheinlich so niemals machen können wird. Das macht ihn zum Vampir. Er raubt der Musik die Energie, und arbeitet sie in abgeschwächter, blutleerer Form in sein belangloses „Klangspektrum“ ein, um dann vor dem Endverbraucher frech zu behaupten, er wäre ein aufgeschlossener Künstler, der keine Tabus kennt.

So glaubt er, alles richtig zu machen. Als gäbe es Musik, die nur auf seine helfende Hand gewartet hat, die die Musik mit „Anspruch“ versorgt. Das gilt für jede Altersstufe, alle sozialen Schichten und unabhängig von Instrumenten. Als Beispiel wären hier zu nennen: U2 (machten aus Punk religiösen Waverock für DDR-Pastoren und aus Rave Deppendisco), Rage against the machine (streiften HipHop den Funk ab und machten Bundeswehr-Metal-Crossover mit alibi-linker Attitüde), Portishead (verleugnen den Partyspaßkontext computergenerierter Beats und basteln stattdessen Ohrensesselmusik für passive Bildungsbürger).

## Spießgott Rockmusiker

Rockmusiker interessieren sich mehr für die Produktion als für die Umgebung der Musik. Musik ist für sie wie ein Kleingarten: sie möchten sie hegen und pflegen und spießig gucken, ob alles im Saft steht. Fixiert auf die vermeintlich reine Form der Musik, ist den Rockmusikern der Inhalt von Musik gleichgültig. Die

Haltungen, die Geheimnisse, die Lebensstile, die durch Musik transportiert werden, gehen an den Rockmusikern vollständig vorbei. Sie wollen wissen, wie es klingt, daß heißt, ihr Hauptproblem ist die Frage, ob das Elvis genauso gemacht hätte. Rockmusiker denken ahistorisch, da für sie die Zeit stehenbleiben soll. Sie glauben an den guten alten Rock and Roll wie andere an Hitlers Autobahnen. Die Zukunft liegt für sie in der Vergangenheit. Sie glauben nicht mehr an Erneuerung und wollen das Rebellion-Light-Prinzip des längst durch die Kulturindustrie abgesegneten „authentischen“ Lebensgefühls Rock konservieren. Deshalb lieben sie die Lüge und erkennen den Fetischcharakter der Musikproduktion nicht. Alle Musik ist künstlich von Menschen hergestellt, und wird von Menschen vertrieben und gekauft. Rockmusiker aber glauben an ewige, unveränderliche Werte, die angeblich in der Musik selber liegen und die nur sie „spüren“ und verwalten können. So gesehen bilden Rockmusiker sich ein, sie hätten den direkten Draht zu Gott.

Wer glaubt, dem wird gepredigt. Rockmusiker lassen kommerziell alles mit sich machen, hauptsache sie dürfen echte „Künstler“ sein. Deswegen haben sie mit dem Kapitalismus keine Probleme, denn dieser behauptet, harte ehrliche Arbeit von Individuen zu belohnen. Solange ihnen das MTV erzählt, fühlen die Rockmusiker sich frei und verzichten auf echte gesellschaftliche Einflußnahme.

### Wiederkehr des Immergleichen

Schuld ist der Rockhörer, denn er kauft blind. Ohne zu zögern greift er bei „seinen“ Gruppen und Stars als Fan ins Regal oder bestellt diese per Mailorder („wird sich schon so anhören wie die letzte Platte“). Der Rockhörer will wissen, was ihn erwartet und leistet deshalb den Hypes der Medien oder dem Begleittext des Mailorder-Katalogs begeistert Folge. Vorher anhören ist seiner Meinung nach was für Anfänger. Hierin sind sich Independent- und Mainstream-Rock-Hörer einig. Sie unterscheiden sich nur dadurch, daß Indie-Hörer sich noch mehr auf ihren Musikkonsum einbilden. Der typische Indie-Hörer hat schon alles gesehen, abgecheckt, gehört und für nicht tauglich befunden. So übt er Definitionsterror mit seiner hermetisch abgeschlossenen „musikalischen Bandbreite“ aus, um sich als letzter Weltretter aufzuspielen. Indie-Hörer bilden eine Sekte, in der auf Verrat sehr empfindlich reagiert wird.

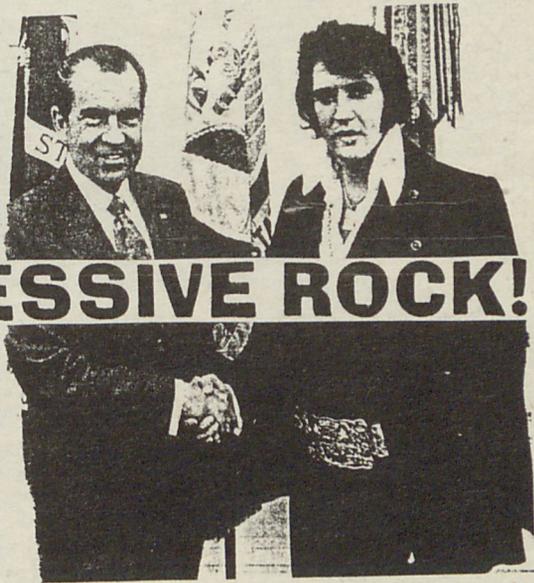
Der Rockhörer allgemein ist stolz auf die Komplexität seines Geschmacks-mikrokosmos' und blickt dabei verächtlich auf die Herab, die die Welt Fragen stellend durchstreifen und nach unformatiert Neuem suchen. Er hingegen sieht überhaupt keinen Sinn darin, sich mit Neuem zu belasten. Stillstand ist sein Hauptprinzip, mit dem er seinen Status als Individuum per Massenware zum Ausdruck bringen will. Die Platte ist für ihn ein perfektes fertiges, unverrückbares Produkt mit Echtheitsgarantie, das passiv entgegengenommen wird. Aus Prinzip haßt der Rockhörer DJing und jegliche Weiterverarbeitung von Sounds und Strukturen. Hieraus erklärt sich seine Aggressivität gegenüber dem Do-it-yourself Prinzip der Partymusiken (House, HipHop, Techno, Jungle, Ragga). Er gleicht dem Museumsbesucher, der vor abstrakter Kunst steht und sie scheiße findet, da er das angeblich auch selbst könnte. Aufgrund der Untastbarkeit von „amtlicher“ Kunst verbietet er sich die Probe aufs Exempel und nährt das duale System von beinahe göttlichen Schöpfern und sich freiwillig im Staube wälzenden Anhängern. Sollte ein Hörer anfangen, Schöpfer zu werden, spricht das Handwerk des Rockmusikers zu erlernen, akzeptiert er das duale System von der anderen Seite und macht sich wichtig. Sein Aktivismus unterstützt das System, denn auch der aktive Part ist nur eine Rolle im Marionettentheater des Rock and Roll. Diese Musik meint immer das Gleiche,

nämlich schon längst eingetragene Türen (Sonntags ausschlagen, aus der Flasche Bier trinken, auf die Strasse spucken) ununterbrochen eintreten zu wollen. Selten durchschauen die Rockhörer die Vergeblichkeit dieses Anspruchs. Passiert ihnen dies trotzdem einmal, dann beeilen sie sich zu versichern, daß das Leben okay wäre - „solange man mit sich selbst im reinen ist“. Mit dieser lethargischen Einstellung stützen sie das System um so mehr. Birth, School, Work, Death.

### Law-and-Order-Sound

Rockmusik ist totalitär und bedroht als Prinzip des Stillstands jede Art von neuer Musik, indem sie sie zwanghaft ordnet und in ihre Schablonen preßt. Ihre Strukturen sind Anfang und Ende, Gesang und Refrain/Strophen, Instrumentalsolo als kontrollierte Eskalation. Zugleich begreift sie den Körper in der Öffentlichkeit von Live-Darbietungen nur aus männlicher Sicht: wer hat den Längsten? Echte Männer sind gefragt, um Musik wirklich fertigzumachen.

Allgemein kennt Rockmusik nur ein oben und unten, dazwischen gibt es nichts. Die Bands, die sie spielen, sind in Chefs und Angestellte gegliedert. Alle für einen und einer für sich selbst. Kollektive Musik funktioniert anders.



**FUCK PROGRESSIVE ROCK!**

Construction project, Atomic Bomb  
The following paper is taken from The Journal of  
Irreproducible Results, Volume 25/Number 4/1978, P.O. Box 234  
Chicago Heights, Illinois 60411. Subscriptions 1 year for \$3.70

## 1. INTRODUCTION

Worldwide controversy has been generated recently from several court decisions in the United States which have restricted popular magazines from printing articles which describe how to make an atomic bomb. The reason usually given by the courts is that national security would be compromised if such information were generally available. But, since it is commonly known that all of the information is publicly available in most major metropolitan libraries, obviously the court's officially stated position is covering up a more important factor: namely, that such atomic devices would prove too difficult for the average citizen to construct. The United States courts cannot afford to insult the vast majorities by insinuating that they do not have the intelligence of a cabbage, and thus the "official" press releases claim national security as a blanket restriction.

The rumors that have unfortunately occurred as a result of widespread misinformation can (and must) be cleared up now, for the construction project this month is the construction of a thermonuclear device, which will hopefully clear up any misconceptions you might have about such a project. We will see how easy it is to make a device of your very own in ten easy steps, to have and hold as you see fit, without annoying interference from the government or the courts.

The project will cost between \$5,000 and \$30,000 dollars, depending on how fancy you want the final product to be. Since last week's column, "Let's Make a Time Machine", was received so well in the new step-by-step format, this month's column will follow the same format.

## 2. CONSTRUCTION METHOD

1. First, obtain about 50 pounds (110 kg) of weapons grade Plutonium at your local supplier (see NOTE 1). A nuclear power plant is not recommended, as large quantities of missing Plutonium tends to make plant engineers unhappy. We suggest that you contact your local terrorist organization, or perhaps the Junior Achievement in your neighborhood.

2. Please remember that Plutonium, especially pure, refined Plutonium, is somewhat dangerous. Wash your hands with soap and warm water after handling the material, and don't allow your children or pets to play in it or eat it. Any left over

Plutonium dust is excellent as an insect repellent. You may wish to keep the substance in a lead box if you can find one in your local junk yard, but an old coffee can will do nicely.

3. Fashion together a metal enclosure to house the device. Most common varieties of sheet metal can be bent to disguise this enclosure as, for example, a briefcase, a lunch pail, or a Buick. Do not use tinfoil.

4. Arrange the Plutonium into two hemispherical shapes, separated by about 4 cm. Use rubber cement to hold the Plutonium dust together.

5. Now get about 100 pounds (220 kg) of trinitrotoluene (TNT). Gelignite is much better, but messier to work with. Your helpful hardware man will be happy to provide you with this item.

6. Pack the TNT around the hemisphere arrangement constructed in step 4. If you cannot find Gelignite, feel free to use TNT packed in with Playdo or any modeling clay. Colored clay is acceptable, but there is no need to get fancy at this point.

7. Enclose the structure from step 6 into the enclosure made in step 3. Use a strong glue such as "Crazy Glue" to bind the hemisphere arrangement against the enclosure to prevent accidental detonation which might result from vibration or mishandling.

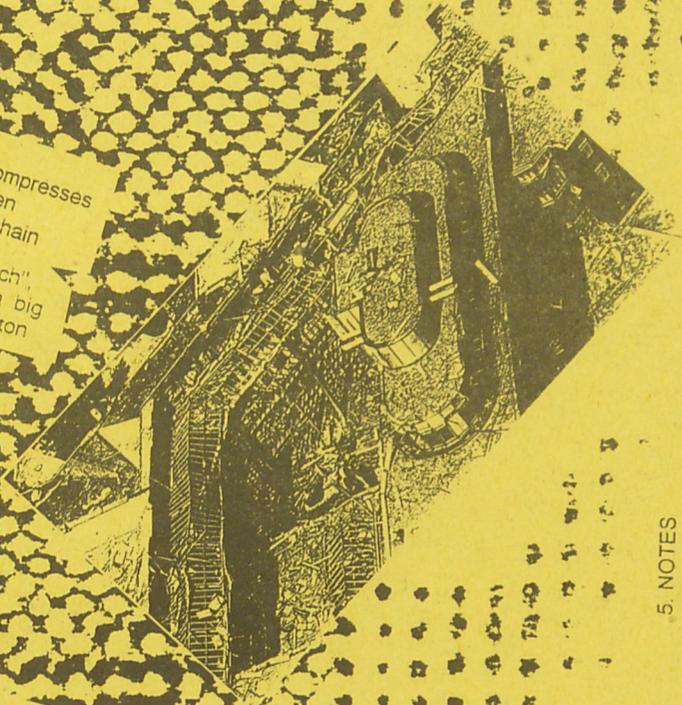
8. To detonate the device, obtain a radio controlled (RC) servo mechanism, as found in RC model airplanes and cars. With a modicum of effort, a remote plunger can be made that will strike a detonator cap to effect a small explosion. These detonator caps can be found in the electrical supply section of your local supermarket. We recommend the "Blast-O-Mactic" brand because they are no deposit-no return.

9. Now hide the completed device from the neighbors and children. The garage is not recommended because of high humidity and the extreme range of temperatures experienced there. Nuclear devices have been known to spontaneously detonate in these unstable conditions. The hall closet or under the kitchen sink will be perfectly suitable.

10. Now you are the proud owner of a working thermonuclear device! It is a great ice-breaker at parties, and in a pinch, can be used for national defense.

### 3. THEORY OF OPERATION

The device basically works when the detonated TNT compresses the Plutonium into a critical mass. The critical mass then produces a nuclear chain reaction similar to the domino chain reaction (discussed in this column, "Dominoes on the March", March, 1968). The chain reaction then promptly produces a big thermonuclear reaction. And there you have it, a 10 megaton explosion!



5. NOTES

1. Plutonium (PU), atomic number 94, is a radioactive metallic element formed by the decay of Neptunium and is similar in chemical structure to Uranium, Saturnium, Jupiterium, and Marisium.

### 4. NEXT MONTH'S COLUMN

In next month's column, we will learn how to clone your neighbor's wife in six easy steps. This project promises to be an exciting weekend full of fun and profit. Common kitchen utensils will be all you need. See you next month!

### 6. PREVIOUS MONTH'S COLUMNS

- 1. Let's Make Test Tube Babies! May, 1979
- 2. Let's Make a Solar System! June, 1979
- 3. Let's Make a Economic Recession! July, 1979
- 4. Let's Make an Anti-Gravity Machine! August, 1979
- 5. Let's Make Contact with an Alien Race! September, 1979
- 4. Let's Make an Anti-Gravity Machine! August, 1979
- 5. Let's Make Contact with an Alien Race!

01

1/1996